DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@t-online.de

278 24. JAHRGANG November 2007 4,50

AUS DEM INHALT:

WIRTSCHAFT

Umweltschutz geht uns alle an, und für den Schutz der Umwelt sind auch fast alle. Ob Klimawandel, Meeres- oder Luftverschmutzung, ob Gifte im Essen oder Bodenerosion, Wassermangel und Ozonloch, Waldzerstörung und Artensterben, das alles sind Probleme für die ganze Menschheit – deren Lasten allerdings höchst ungleich verteilt sind –, wie kaum jemand bestreiten wird. Doch trotz dieses Konsens und jahrzehntelanger Bemühungen um Umweltschutz verschlechtert sich die Umweltlage. Die Vermutung liegt nahe, dass sich »unsere Wirtschaft« und die Umwelt feindlich gegenüberstehen. Seite 3

SELBSTVERWALTUNG GEFÄHRDET

Das Göttinger Studentenwerk begann in den letzten Jahren, die bereits vor Jahrzehnten geschlossenen Kollektivverträge der selbstverwalteten Studentenwohnheime aufzukündigen. »Ende des selbstbestimmten Wohnens?« auf Seite 5.

HAUSPROJEKTE

In Berlin gibt es mehrere hundert Wohnprojekte in unterschiedlichsten Formen. Bei ihrer Entstehung spielten Hausbesetzungen eine wichtige Rolle. Insgesamt 300 Hausprojekte wurden durch den Berliner Senat gefördert. Doch die Zeiten haben sich geändert. Großinvestoren kaufen öffentliche Wohnungsgesellschaften auf und es ist höchste Zeit, soviel Wohnraum wie möglich der profitablen Verwertung zu entziehen und einen Solidaritätsfonds für Hausprojekte zu gründen. Seite 6

GENTECHNIK

Glaubt mensch den Umfragen, so sind 70, zeitweise sogar 80 Prozent der Menschen in Deutschland skeptisch bis ablehnend gegenüber Gentechnik im Agrar- und Lebensmittelbereich. Einen wesentlichen Anteil an dieser breiten Mobilisierung von Öffentlichkeit hatten zwar die oft mit herrschaftskritischen Positionen verbundenen Feldbesetzungen der 90er Jahre, doch unter der anschließenden Führungsrolle von Umweltverbänden mit ihren politischen und PR-Interessen verschoben sich die Begründungen. Gentechnik-Kritik Teil 2 auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

Die innova eG mit Hauptsitz in Leipzig hat zwei Jahre lang u.a. das Projekt »QuaGeno – praxisorientierte Qualifizierung für genossenschaftliche Projektentwicklungen« durchgeführt. Die Entwicklungspartnerschaften werden gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Equal. Über die Erfahrungen aus dem Projekt berichtet Burghard Flieger in einem Interview auf Seite 13.

www.contraste.org

EINE BASIS FÜR SOLIDARISCHE ÖKONOMIE?

Bedingungsloses Grundeinkommen

Solidarische Ökonomie, ökonomische Alternativen zu den Krisen und Ungerechtigkeiten des Kapitalismus. Kann ein allgemeines Grundeinkommen hierfür eine Basis sein, sowohl moralisch akzeptabel als auch ökonomisch verlässlich? Ein bedingungsloses Grundeinkommen, das ohne Ansehen der Person an alle, also individuell völlig unverdient ausgezahlt wird, und das aus den Überschüssen einer erfolgreichen Überflussökonomie finanziert wird?

Illustration: Urzeit-Menschen mit Keule bewachen eine Maschine hinter Stacheldraht

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Robert Ulmer ● Was wäre anders? Heute haben die Projekte der solidarischen Ökonomie zunehmend die Aufgabe, die Not zu lindern, sie sind Solidar- aber auch Schicksalsgemeinschaften. Abgesichert mit einem Grundeinkommen wären die Akteure nicht mehr zum Zwecke der eigenen Existenzsicherung zum kurzfristigen Erfolg verdammt. Ökonomische Experimente wären möglich, die sich erst langfristig, oder auch gar nicht, »rechnen« müssten. Die Mitwirkenden in solidar-ökonomischen Projekten müssten sich selber und einander nicht mehr unter derart hohen Druck setzen. Sehr wohl würden sie einander mit hohen Erwartungen konfrontieren, aber sie wären nicht mehr aus drohender Not auf einander angewiesen.

Auch der ganz normale Arbeitsmarkt wäre nicht mehr der alte. Die Vertragspartner können sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Die Anbieter von Arbeitskraft wären nicht mehr so bedingungslos erpressbar, sie könnten Bedingungen stellen. Heute ist das Arbeitsleben, gerade in den expandierenden Niedriglohn-Regionen, zunehmend erzwungene Kooperation. Anders in einer Grundeinkommensgesellschaft: das ökonomische Interagieren wäre wesentlich freie Kooperation.

Vieles ist umstritten. Ist ein so kapitalismusfremdes »Modul« wie ein bedingungsloses Grundeinkommen im Kapitalismus überhaupt möglich? Denn ein Kapitalismus mit Grundeinkommen wäre ein Kapitalismus ohne Lohnabhängigkeit bzw. mit entscheidend reduzierter Lohnabhängigkeit. Weiter: wer über den Kapitalismus hinaus will, verdächtigt das Grundeinkommen, den Kapitalismus zu stabilisieren.

Denn es gewährleistet eine stabile Konsumnachfrage, es befreit die Unternehmen davon, einen existenzsichernden Lohn zu zahlen (wenn es denn nicht mit einem Mindestlohn kombiniert wird), es führt, als Kombilohn, zu einem immer größeren Niedriglohn-Sektor. Hier ist die Höhe des Grundeinkommens entscheidend: ist es zu wenig, bleibt ein Zwang zum Hinzuverdienst, also ein faktischer Arbeitszwang. Das ausreichend hohe Grundeinkommen dagegen würde die freie Assoziation der Individuen ermöglichen – Kommunismus mitten im Kapitalismus?

Wenn wir den Übergang von einer kapitalistischen in eine nichtkapitalistische Welt denken, so lehrt uns das Thema Grundeinkommen, die individuelle Freiheit im Auge zu behalten. Denn denkbar wäre auch eine nachkapitalistische Welt, zwar ohne Geld und ohne EigentümerInnen an Produktionsmitteln, aber mit Mitwirkungspflichten, die den Einzelnen, und sei es noch so basisdemokratisch, von der Gemeinschaft auferlegt würden. Das wäre dann nicht die Art von solidarischer Ökonomie, die die BefürworterInnen des bedingungslosen Grundeinkommens anstreben. Ihnen geht es um die Stärkung der individuellen Freiheit aller. Die formale Vertragsfreiheit reicht nicht aus, denn sie nützt denen nichts, die vor der Wahl stehen, einen miesen Job zu akzeptieren oder zu verarmen. Mit Grundeinkommen können sie den miesen Job ablehnen; das Grundeinkommen verschafft ihnen eine Option mehr, es stärkt ihre »wirkliche Freiheit« (Van Parijs). Was Feministinnen bereits seit jeher wissen: die Möglichkeit, Nein zu sagen, steht im Zentrum der Freiheit.

Akzeptieren die ProtagonistInnen solidarischer Ökonomien diesen realen Freiheitszuwachs aller, oder bereitet er ihnen »moralische Bauchschmerzen«? Der egoistische Einsiedlerkrebs, den Elisabeth Voß benennt (Seite 7), ist vielleicht das geringere Problem. Mit ihm oder mit einsamen couch potatoes haben wir eher Mitleid. Der größere Skandal ist der berühmte Surfer am Strand von Malibu, der zwar nicht faul sondern sportlich ist, aber gar nicht daran denkt, jemals etwas (für andere) Sinnvolles zu tun. Auch keine Reproduktionsarbeit, denn abends, wenn er, angenehm müde vom Surfen, nach Hause kommt, lässt er sich von seiner Freundin verwöhnen.

Nun wären die wenigen vom Grundeinkommen lebenden »Surfer« die lebenden Beweise dafür, dass auch die anderen sich nicht mehr alles gefallen lassen müssen. Insofern wären sie wichtige Verbündete der dann nicht mehr so erpressbaren Beschäftigten. Wären sie dies auch in einer Welt der solidarischen Ökonomien?●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

ARGENTINIEN

Zanon in Gefahr

Zanon ist eine Keramikfabrik in Neuquén (Patagonien), die nach mehreren Streiks im Oktober 2001 von den ArbeiterInnen besetzt wurde. Eine der bekanntesten Fabriken in Selbstverwaltung kämpft nun ein weiteres Mal um ihr Überleben. Am 20. Oktober 2007 wurde der Belegschaft der Weiterbetrieb unter den bislang gerichtlich abgesicherten Bedingungen untersagt. Die ArbeiterInnen hatten sofort Rechtsmittel eingelegt und für den 25.10. einen Protestmarsch angekündigt.

Redaktion Heidelberg ● Im Juli 2006 überstellte Richter Rafael Barriero den in Konkurs gegangenen Betrieb an die Kooperative der KeramikerInnen. Das Gericht hatte der Kooperative eine dreijährige Betriebserlaubnis zugesagt, die nun aufgrund einer von dem ehemaligen italienischen Zulieferkonzern SACMI S.A. betriebenen Berufung von der Berufungskammer des Handelsgerichtes in Buenos Aires um ein Jahr verkürzt wurde. Anschießend soll die Fabrik versteigert werden.

SACMI S.A. ist einer der Gläubiger des ehemaligen Fabrikbesitzers Luis Zanon. Luis Zanon schuldet ihr 30 Millionen Pesos (1 US-Dollar= 3,10 Pesos). Andere Hauptgläubiger sind die Weltbank, die Schweizer Kreditbank und Regierungsinstitutionen. Die Gesamtschuld beläuft sich auf 170 Millionen Pesos, davon entfallen 22 Millionen US-Dollar auf die Weltbank.

Mariano Pedrero, Rechtsanwalt von Zanon, sieht in der Berufung eine klare Komplizenschaft von Luis Zaron und der SACMI, die Luis Zaron von seiner persönlichen Haftung befreien soll. »Es ist eindeutig, dass SACMI und Luis Zaron gemeinsam operieren, um die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen zu beenden und deshalb die Räumung und Versteigerung fordern.«

Die ArbeiterInnenkooperative FASINPAT, derzeitige Ansprechpartnerin für Regierung und Gerichte, fordert hingegen die Enteignung und Verstaatlichung von Zanon. Sie will eine Versteigerung verhindern. Auf einer Pressekonferenz wurde angekündigt, vor dem Obersten Gerichtshof Rechtsmittel gegen die Berufung einzulegen. Ferner fordern sie ein Gespräch mit dem Gouverneur Jorge Sapaq, um erneut über die Enteignung und Verstaatlichung zu diskutieren. In der Vergangenheit wurden diese Forderungen schon dem Provinzparlament und dem Nartionalkongress unterbreitet.

»Mehr als jemals zuvor fordern wir öffentlich diese Zusammenkunft und wir werden diese Forderung zudem durch einen Marsch am 25. Oktober zum Ausdruck bringen. Denn wir werden nicht zulassen, dass Zanon unter ArbeiterInnenkontrolle versteigert wird. Wir werden nicht zulassen, dass der soziale Sinn der Fabrik zerstört wird und hunderte von Familien auf der Straße stehen«, so die autonome Belegschaft in ihrem Kommunique. »Sie wollen den sozialen Sinn zerstören, den die Fabrik durch die Selbstverwaltung erhalten hat, im Gegensatz zu dem, was sie zuvor gewesen ist«, so Alejandro López, der zudem ankündigte, dass bei einer Versammlung der KeramikerInnengewerkschaft in Neuquén die Organisationen über den Beschluss und alle weiteren Schritte informiert werden.

Unter der Selbstverwaltung der Belegschaft wurden 250 neue Arbeitsplätze geschaffen und Millionenbeträge investiert, um die Maschinen anzupassen und in Stand zu halten. Die Gefahr von Arbeitsunfällen wurde beträchtlich vermindert und tausende Meter Kacheln an soziale Organisationen gespendet. Im Monat September fand der erste Export nach Chile statt.

Die Geschichte beweisst, dass die Fabrik in den Händen der ArbeiterInnen trotz des politischen, justiziellen und legislativen Boykotts effizient geführt worden ist. Die Geschichte Zanons ist eine der erfolgreichsten im Hinblick auf die Zurückeroberung der Fabriken, sowohl was die Produktivität anbelangt, als auch bezüglich der politischen Entwicklung der Region.

siehe auch CONTRASTE Nr. 243, Dezember 2004: »Wozu einen Chef?« – Fabrikbesetzungen in Argentinien.

Links:
Die ArbeiterInnen von Zanon:
www.obrerosdezanon.org
Zanon: Räumung verhindert:
www.wildcat-www.de/aktuell/a027arge.htm

TICKER REPRESSION UND RECHTSFÄLLE

Freispruch I:
Unglaubwürdige Belastungszeugen der Polizei

Das Dilemma ist bekannt: Wer von einem Uniformträger belastet wird, hat eine Verurteilung schon so gut wie sicher. Und noch schlimmer: Wer von PolizistInnen verprügelt wird, hat fast immer eine Anzeige mindestens wegen Widerstand, manchmal auch wegen Körperverletzung oder Landfriedensbruch am Hals. Schließlich können sich die BeamtInnen so vor Stress schützen, wenn es doch ungewünschte ZeugInnen oder gar Fotos bzw. Videos gibt (siehe viele Fälle auf www.polizeizeugen.de.vu). Wenn sie sich allerdings allzu blöd anstellen und die Richter verärgern, indem offensichtliche Falschaussagen mit Einschränkungen der Aussagebefugnis durch die Polizeichefs quittiert werden, dann kann es auch mal zu einem Freispruch kommen. Plötzlich steht dann die Polizei sichtbar so da, wie sie ist: Nackt, verlogen, manipulativ. Ein eindrucksvolles Beispiel lieferte ein Prozess gegen AntifaschistInnen in Berlin:
http://de.indymedia.org/2007/09/194869.shtml.

Freispruch II:
Vermummung

Zweimal haben Gerichte jetzt entschieden, was der Gesetzestext ohnehin hergibt: Gegen das Vermummungsverbot verstößt nur, wer sich so der Identifikation durch die Polizei entziehen will. Verhüllt mensch sich, um sich z.B. gewaltbereiten Nazis nicht zu zeigen, ist das nicht verboten. So jedenfalls sah es unter anderem das Amtsgericht Berlin-Tiergarten:
http://de.indymedia.org/2007/08/192866.shtml.

Urteile:
Demo auf Autostraße ... mehrmonatige Haft

Drei Studierende wurden am Montag, den 27.8. nach einer 11stündiger Verhandlung vor dem Marburger Amtsgericht zu Haftstrafen zwischen 4 und 6 Monaten auf Bewährung verurteilt. Hinzu kommen je 200 Stunden Arbeit bei der Straßenmeisterei. Dieses harte Urteil deutete sich bereits im Vorfeld an, weil Richter Taszis sich weigerte, Strafbefehle auszustellen, um in einer Verhandlung zu prüfen, ob Demonstrationen auf Autostraßen nicht sogar Freiheitsberaubung sind (weil die FahrerInnen die Autos nicht verlassen dürfen). Trotz der vorhersehbaren Abstrafung wollten AnwältInnen und Rechtshilfegruppen auf offensive Verteidigungsstrategien verzichten und mahnten alle zur Ruhe - AnwältInnen sind eben Organe der Rechtspflege, die einen geordneten Ablauf von Prozessen gewährleisten sollen (und die meisten Rechtshilfegruppen sind ohnehin recht defensiv und rechtstreu eingestellt). Spätere Berichte sind folglich deutliche Übertreibungen: »Während der gesamten Verhandlung ging es recht turbulent im Gerichtssaal zu« entstammt offenbar der Wahrnehmung von Menschen, die Widerständigkeit kaum noch gewöhnt sind. Immerhin gab es aber Proteste vor den Gerichtstüren (Protestcamp) und rund um die Verhandlungsphasen. Nach der Urteilsverkündung sollen Clownsnasen auf den Richter und den Staatsanwalt geflogen sein. Sollte es zu einer zweiten Tatsacheninstanz kommen, die dann beim Landgericht wäre, muss neu entschieden werden, wie die Verhandlungstaktik lautet. Absehbar ist, dass AnwältInnen und Rechtshilfegruppen jetzt erst recht auf die Angeklagten Einfluss nehmen werden, die Gerichte nicht zu provozieren. Den Roben- und UniformträgerInnen wird's gefallen. Bericht mit Links auf Indymedia:
http://de.indymedia.org/2007/08/192773.shtml.

Blog zu mg-Verfahren

Es gibt eine neue Homepage zum Verfahren gegen vermeintliche Mitglieder der 'militanten gruppe'. Der Blog ist aus der Überlegung entstanden, dass diejenigen, die Soli-Arbeit für die neuen 129a-Gefangenen machen oder sich öffentlich zu den Verhaftungen äußern, eine eigene Verantwortung haben, sich über die Formen ihrer Solidaritäts-Arbeit zu verständigen:
http://delete129a.blogsport.de.

Antirepression I:
Aktionstag in Wuppertal

Am Freitag dem 31. August fand auf der Hardt der Aktionstag gegen Polizeigewalt statt. Trotz Regens waren etwa 250 TeilnehmerInnen und fünf Livebands gekommen, die das Schweigen über Polizeigewalt in Wuppertal satt haben. In dem Bericht über die Demonstration, die in üblichen Bahnen verlief (Demo als einheitlicher Block, teils vermummt, Polizei benutzt das als Ausrede für massive Übergriffe, die ihr gegen den Einheitsblock auch einfach gelingen) heißt es über die Hintergründe: »Seit zwei Jahren hat sich die Polizeiführung die Strategie des harten Durchgreifens (»Zero Tolerance«) zu eigen gemacht. Grund- und Menschenrechte werden da zu minderen Gütern. Damit fügt sich die Polizeistrategie in Wuppertal in die Linie von Innenminister Schäuble ein: Jeder Mensch ist ein mögliches Risiko für Sicherheit und Ordnung. Grundrechte werden eingeschränkt und von den Ordnungsbehörden immer mehr mit Füßen getreten. Gewünscht wird der Bürger, der zu Haus bleibt und den Mund hält. Die Ausübung des Demonstrationsrechts und der Meinungsfreiheit werden als Gefahr für die Ordnung ausgegeben. Statt immer nur in Autonomen, Punks und friedlichen Demonstrant/innen mögliche Gewalttäter zu erblicken, wäre es erfreulich, wenn die Medien und die Öffentlichkeit die institutionalisierte Gewaltausübung seitens der Polizei als Gefahr für unsere Demokratie begreifen, die in ihre Schranken gewiesen werden muss. Etwa durch Aktionstage gegen Polizeigewalt!« Bericht unter
http://de.indymedia.org/2007/09/192969.shtml, abweichende Auffassungen zur Demokratie unter
www.demokratie-total.de.vu.

Antirepression II:
Weitere Rückzugsgefechte in Gießen

Seitdem Polizei und Justiz in der erbitterten Auseinandersetzung um Kritik an Polizei und Justiz, Knast und Strafe, Überwachungspolitik und den in der Stadt wohnenden hessischen Innenminister Volker Bouffier einige derbe Schlappen und auch öffentliche Darstellungen rechtswidriger Ermittlungsmanipulationen haben einstecken müssen, geht es weiter rückwärts: In einem Verwaltungsgerichtsprozess musste die Polizei einräumen, falsch gehandelt zu haben – und inzwischen ist auch eine Staatsanwaltschaft in einer anderen Stadt mit Ermittlungen gegen RichterInnen, fast den gesamten Staatsschutz in Gießen und mehrere PolizeiführerInnen beauftragt worden, nämlich die in Wiesbaden. Die Gießener Staatsanwaltschaft könnte befangen sein, daher die Ortsverlagerung.
Mehr unter www.projektwerkstatt.de/14_5_06.●

Jörg Bergstedt

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2007

Auf zum Finale!

Nun fehlen noch 1.074 EUR, um die diesjährige Deckungslücke zu schließen. Zu verdanken ist dieses positive Ergebnis vor allem unseren LeserInnen, die zusätzlich zu den Förderbeiträgen oder Abogebühren unser Zeitungsprojekt unterstützt haben.
Hinzu kommen in diesem Jahr 26 neue Abos bzw. Fördermitgliedschaften, bereinigt um Kündigungen, die das Projekt mit 1.170 EUR stabilisieren und dafür sorgen, dass für 2008 weniger Spenden benötigt werden (siehe beiliegenden Spendenaufruf).

Redaktion Heidelberg ● Eine ausreichende Abo-Basis wäre ohnehin unser Traumziel. Zusätzliche Spenden könnten dann in Verbesserungen am Projekt investiert werden. Aber noch fehlen uns weitere 137 Abos, die für die notwendige Stabilität sorgen würden. Oder 337 Abos, um den Abopreis, wie in der Septemberausgabe versprochen, zu senken und trotzdem finanziell über die Runden zu kommen.

Im Monat Oktober 2007 gab es zehn Neuabos und eine Kündigung, ein weiteres Abo musste wegen Nichtzahlung eingestellt werden.

Auf unserem Spendenkonto gabe es weitere Eingänge über insgesamt 208,88 EUR:

- Theo und Monika Bühler, Bonn (150 EUR)
- Buchladen König Kurt, Dresden (30 EUR)
- Norbert Owtscharenko, Köln (23,88 EUR)
- Mischa Meyer, Berlin (5 EUR)

Ein herzliches Dankeschön an alle, die mit einer Fördermitgliedschaft oder einmaligen Beträgen unsere Arbeit ermöglichen. Wir sind auch weiterhin auf Euch angewiesen.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Die Banken berechnen jeweils eine Gebühr für geplatzte Lastschriften, die zusammen 5,50 EUR und mehr betragen kann. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter
contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2007

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2007: 1.074 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 137+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Unter dieser Rubrik stellt ab diesem Monat das Berliner Netzwerk Selbsthilfe e.V. regelmäßig jeweils ein von ihm gefördertes Projekt in CONTRASTE vor. Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist in seiner Umsetzung einzigartig. Die Umsetzung erfolgt auf drei Wegen. Direkte finanzielle FÖRDERUNG durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle BERATUNG und Bereitstellung von Infrastruktur sowie die VERNETZUNG. Um die Zukunft des Fördertopfes zu sichern, braucht Netzwerk neue Mitglieder und Spenden!

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
netzwerk-berlin@t-online.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de

Projekt des Monats

Heute stellen wir ein Projekt vor, dass sich mit dem Thema Arbeit in besonderer Weise beschäftigt und einen finanziellen Zuschuss bei Netzwerk beantragt hat. Die antragstellende Organisation ist die »workstation ideenwerkstatt berlin«, ein gemeinnütziger Verein, der sich seit 1998 mit den Themen Arbeit und Lebensgestaltung beschäftigt und Menschen die Möglichkeit bietet eigene Ideen zu realisieren. Innerhalb dieser Konstellation entstand das Projekt »Initiative selbstbestimmtes Leben«. Die Initiative möchte einen Raum zur Reflexion und Ideenentwicklung zum Thema Leben und Arbeiten bieten. Ab November 2007 ist eine Workshopserie zum Thema »Leben in der Arbeitsgesellschaft« geplant. Mit insgesamt vier Workshops soll sich mit dem Thema auseinandergesetzt werden. Im Gegensatz zu bisherigen Auseinandersetzungen zu diesem Thema soll auf den Workshops nicht auf akademischer oder politischer Ebene diskutiert werden, sondern anhand von partizipativen und kreativen pädagogischen Methoden ein Reflexionsprozess in Gang gesetzt werden.

Die geplante Workshopserie soll Menschen Raum für gemeinsame Auseinandersetzungen geben und sozial relevante Handlungsimpulse setzen. Ziel des Workshops ist eine kritische Reflexion über arbeitsgesellschaftliche Anforderungen und deren Hintergründe an das Individuum. Im Rahmen des Projekts soll der vermeintliche Konflikt zwischen eigenen Neigungen und Talenten, unbezahlter und bezahlter Arbeit thematisiert und hinterfragt werden. Es soll ein Impuls für einen ersten Schritt zu einer selbstbestimmten Lebensführung gegeben werden. Durch die kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema im Rahmen der Workshopreihe soll zudem ein politisches Engagement angeregt werden, in dem die dort angestoßenen Reflexionsprozesse weiter getragen werden.

Die Umsetzung erfolgt in vier Wochenendwork-

shops, die im Theaterhaus Mitte stattfinden. Der Projektzeitraum ist November 2007 bis Februar 2008. Der Ansatz enthält theaterpädagogische Elemente. Kreative Methoden sollen neue Denkprozesse anstoßen und einen Perspektivwechsel auf sich und andere vereinfachen. Für das letzte Modul ist ein künstlerisch/kreatives Produkt des Reflexionsprozesses vorgesehen, um weitergehende Handlungsimpulse in einer breiteren Öffentlichkeit zu initiieren. Wer mehr wissen will, kann sich unter http://und-was-machst-du-so.de.vu informieren.●

Klaus Eckert für Netzwerk Selbsthilfe e.V.

KOOPERATION STATT TAUSCH UND KONKURRENZ

Arbeit und Wachstum für Umwelt? – Nein Danke!

Umweltschutz geht uns alle an, und für den Schutz der Umwelt sind auch fast alle. Ob Klimawandel, Meeres- oder Luftverschmutzung, ob Gifte im Essen oder Bodenerosion, Wassermangel und Ozonloch, Waldzerstörung und Artensterben, das alles sind Probleme für die ganze Menschheit – deren Lasten allerdings höchst ungleich verteilt sind –, wie kaum jemand bestreiten wird. Doch trotz dieses Konsens und jahrzehntelanger Bemühungen um Umweltschutz verschlechtert sich die Umweltlage. Die Vermutung liegt nahe, dass sich »unsere Wirtschaft« und die Umwelt feindlich gegenüberstehen.

Von Andreas Exner & Lothar Galow-Bergemann ● Weil »unsere Wirtschaft« aber das alltägliche Leben scheinbar wie ein unhinterfragbares Naturgesetz bestimmt, schließen viele diesen Gedanken von Grund auf aus. Und so kommen sie immer wieder zu dem Schluss, Umweltschutz solle Wachstum ankurbeln und Arbeit vermehren. Umweltschutz, der diesen Namen verdient, zielt jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Er muss Wachstum schwächen und Arbeitsplätze vernichten! Diese Vorstellung ist freilich das reinste Horroszenario für Gewerkschaften, für Unternehmer und überhaupt für alle, die an »unsere Wirtschaft« glauben. Es gilt jedoch zu erkennen: *Schutz der Wirtschaft und Schutz der Umwelt sind ein Widerspruch. Man kann sich nur für eines von beiden entscheiden.* Denn Wirtschaft und Umwelt funktionieren nach ganz anderen Gesetzen; »unsere Wirtschaft« muss daher vieles wollen, was wir letztlich gar nicht wollen können.

Wahre Kosten

Die Umwelt ist für »unsere Wirtschaft« nichts wert. Es gibt keine »wahren Kosten« des Umweltverbrauchs, die wir mit einberechnen, also »internalisieren« könnten.

Das Thema »Umweltschutz« wird heute meist im Rahmen »nachhaltiger Entwicklung« behandelt. Nachhaltig soll eine Entwicklung sein, wenn sie die Bedürfnisse der gegenwärtig Lebenden befriedigt, ohne die Bedürfnisbefriedigung kommender Generationen einzuschränken. Prinzipiell stimmen alle darin überein, dass die heutige Entwicklung nicht nachhaltig ist.

Konsens gibt es anscheinend auch darüber, wie eine nachhaltige Entwicklung erreichbar wäre: durch »Kostenwahrheit« und die Anwendung eines »Verursacherprinzips«. Die »wahren Kosten« des Naturverbrauchs, so heißt es, seien viel höher, als die heutigen Produktpreise erkennen ließen. Stellte man die Preise für Naturgüter »richtig«, würden vermehrt erneuerbare Ressourcen und Arbeitskraft zum Einsatz kommen, während der Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen (z.B. Öl, Kohle, Gas, Uran) zurückginge. Allerdings sind »wahre Kosten« willkürlich – denn was kostet ein stabiles bzw. menschenfreundliches Klima, der Flug eines Vogels? Deshalb wird »Kostenwahrheit« indirekt angepeilt, und zwar vor allem mit dem Konzept der Öko-Steuer.

Wie ökologisch ist die Öko-Steuer?

Die Öko-Steuer ist ein Dilemma: sie ist entweder ökologisch erfolgreich und ein finanzielles Desaster oder umgekehrt.

Während die Öko-Steuer den Verbrauch an Ressourcen drastisch einschränken will, wachsen »unsere Wirtschaft« und ihre Gewinne dabei angeblich weiter. Sie besteuert den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen, während sie Arbeit durch Senkung der Lohnnebenkosten verbilligt. Die Öko-Steuer will damit zugleich mehr Arbeitsplätze schaffen und dem Staat mehr Steuern einbringen. Entgegen der vorherrschenden Meinung ist eine *ernsthafte* Öko-Steuer aber ein Konzept mit vielen Haken. Warum?

Erstens steckt sie in einem unlösbaren Dilemma. Entweder sie erreicht ihr Ziel und der Ressourcenverbrauch sinkt. Dann sinken auch ihre Einnahmen, womit der Staat in Finanzierungsprobleme kommt, verzichtet er doch im Gegenzug auf Einnahmen aus der Besteuerung von Arbeit. Oder aber die Öko-Steuer verfehlt ihr Ziel, und der ständig wachsende Ressourcenverbrauch macht aus ihr eine wahre Goldgrube.

Um dem Dilemma zu entgehen, wollen viele die Steuer mit jedem Einsparungserfolg der Wirtschaft erhöhen. Eine solche »Erdrosselungssteuer« würde aber bedeuten, dass Ressourceneinsparung mit höheren Steuern bestraft würde, also das genaue Gegenteil der »eigentlichen« Intention der Öko-Steuer.

Zweitens schafft billige Arbeit nicht unbedingt ein Mehr an Arbeitsplätzen, vor allem nicht solche, die gut bezahlt sind.

Drittens ist Ressourcenverbrauch nur begrenzt durch Arbeit ersetzbar; auch 1.000 Arbeiter können einen Hochofen nicht ersetzen. Energieintensive Branchen werden daher abwandern, was zu Arbeitsplatzverlusten und verschärften Krisentendenzen führen würde.

Und schließlich würde eine Öko-Steuer, senkte sie denn den Ressourcenverbrauch, die Weltmarktpreise für den derzeit wichtigsten Energieträger Rohöl nach unten treiben. Damit entfiele wiederum der Anreiz zur Einsparung, der Staat hätte bestenfalls vorübergehend ein Einnahmenplus und die ölproduzierenden Länder das Nachsehen. Dies ist allerdings nur das kurzfristige Szenario, denn die mittlerweile absehbare Erschöpfung billig ausbeutbarer Ölvorräte (»Peak-Oil«) wird die Preise schon im Vorfeld in die Höhe treiben und das Wachstum weiter drosseln bzw. im schlimmsten Fall zum Erliegen bringen.

Umwelt gegen Arbeit

Nachhaltige Entwicklung braucht weniger Lohnarbeit als »unsere Wirtschaft«.

Viele glauben, dass eine nachhaltige Entwicklung mehr Lohnarbeit schaffe als »unsere Wirtschaft« heute verlangt. Leider gibt es zu diesem Thema keine detaillierten Untersuchungen. Doch voraussichtlich trifft gerade das Gegenteil zu. Erstens ist es gerade unter ökologischen Gesichtspunkten in vielen Branchen notwendig, Produktionen stillzulegen. Das betrifft z.B. Marketing, Verpackung, Automobilindustrie und Transport, Bauwesen, militärische Produktion, Rohstoffausbeutung und chemische Industrie. Zweitens würde der notwendige Umstieg auf langlebige Güter und auf ressourcenschonende Dienstleistungen (»Teilen statt Kaufen«, »Borgen statt Besitzen«) sowie eine generelle Absenkung des Verbrauchsniveaus an Gütern und Diensten den Produktionsaufwand reduzieren. Drittens werden in einer nachhaltigen und damit angenehmeren Gesellschaft viele Arbeiten unnötig, z.B. Lebenshilfe, Sozialarbeit, Arbeitsmarktverwaltung oder der »Ersatzkonsum« für mangelnde Lebensfreude. Viertens würden kooperative Produktionsformen ohne Profit und Wachstumszwang an Bedeutung gewinnen, in denen keine Lohnarbeit existiert, weil freie Kooperation an die Stelle des Verkaufs von Arbeitskraft tritt. Im System »unserer Wirtschaft« jedenfalls ist arbeitsintensive Produktion unproduktiv, wettbewerbsschwach und unrentabel. Sie schafft daher im Endeffekt kaum Arbeitsplätze – eher im Gegenteil.

Das Ende des Wachstums

Das Wachstum »unserer Wirtschaft« bedeutet langfristig wachsenden Ressourcenverbrauch. Die ökologisch notwendige absolute Entkoppelung von Wirtschafts- und Verbrauchswachstum ist mit »unserer Wirtschaft« nicht möglich.

Tagbau Nochten: Potsdam, Institut für Klimafolgenforschung; www.pik-potsdam.de

Wie hältst Du's mit dem Wachstum? Das ist die zentrale Frage für alle Umweltbewegten. Heutzutage gehen die meisten davon aus, dass Wachstum und Umweltschutz kein Widerspruch sind, sondern sich ergänzen. Doch sehen wir da einmal genauer hin. Jede Produktion verbraucht Stoffe und Energie. Dies gilt auch für alle Dienstleistungen, die derzeit großteils in Informationsverarbeitung bestehen. Herstellung, Betrieb und die permanente Modernisierung der dafür benötigten Technologien verbrauchen sehr viele Ressourcen. Solche Dienstleistungen dienen zudem vor allem dem Wachstum der ressourcenintensiven Warenproduktion.

Wachsende Warenproduktion bedeutet also zwangsläufig steigenden Verbrauch an Ressourcen, das heißt wachsende Erschöpfung von Rohstoffquellen und Überlastung von Abfallsenken. Laut Umweltstudien müssen wir den Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2050 aber um rund 90% verringern. Wie soll das bei einem fortdauernden Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 2 bis 5%, in manchen Weltregionen (z.B. China) sogar an die 10%, gelingen?

Wird mit einer Einsparung an Ressourcen auch Geld erspart, was ja unter gegebenen Verhältnissen der Anreiz zur Ressourcenersparnis ist, so wird damit in »unserer Wirtschaft« selbstredend wieder in die Warenproduktion investiert. Das aber kompensiert den positiven Umwelteffekt. Ressourcenersparnis in der Autoproduktion z.B. bleibt ökologisch unwirksam, wenn die Autoproduktion insgesamt zunimmt. Auch personenbezogene Dienstleistungen wie Massage oder Therapie, die wenig Ressourcen verbrauchen, können nicht endlos wachsen. Deren Wachstum ist nämlich durch die für ihren Konsum notwendige Zeit ebenso begrenzt wie durch die fehlenden Masseneinkommen.

Kreislauf statt Durchlauf

Die Natur lebt in Entwicklungskreisläufen. Die scheinbar endlose Wachstumsspirale »unserer Wirtschaft« führt deshalb in eine Katastrophe für Mensch und Natur.

Ökologische Vernunft und wirtschaftliche Logik unterscheiden sich grundlegend. Das wird insofern zum Problem, als »unsere Wirtschaft« immer von ihrer natürlichen Umwelt und deren Funktionsweise abhängig bleibt. »Unsere Wirtschaft« basiert auf der Natur, nicht umgekehrt.

Das »Prinzip« der Natur ist die *qualitative Entwicklung*: Mit ein und demselbem Aufwand an Stoffen und Energie werden immer neue Individuen, Arten, Lebensformen und Lebensnetze geschaffen. Das Prinzip »unserer Wirtschaft« ist hingegen das *quantitative Wachstum*: Mit einem ständig wachsenden Ressourceneinsatz wird letztlich das immer Gleiche produziert, nämlich Geldgewinn. Weil sich Geld von Geld nur der Menge nach unterscheiden kann, ist der einzige Zweck dieses Vorgangs, aus Geld mehr Geld zu machen. Unabhängig vom Willen der Unternehmer erzwingt das aber auch die Konkurrenz. Wo aus Geld nicht mehr Geld wird, werden keine Waren produziert, gibt es auch keine qualitative Entwicklung, keinen technologischen Wandel.

Natürliche Materialflüsse vollziehen einen Kreislauf. Der Materialverbrauch »unserer Wirtschaft« macht hingegen eine Spiralbewegung, die uns von unserer natürlichen Lebensgrundlage immer weiter entfernt. In einem Ökosystem zirkulieren (im idealen Modellfall) alle Stoffe, während die Energie der Sonne durch es hindurch fließt. »Unsere Wirtschaft« funktioniert genau entgegengesetzt. Sie ist eine gigantische Gleichmacherin, die alles über einen Kamm schert: Nichts ist ihr heilig, keine unterschiedliche Qualität erkennt sie an, alles und jedes setzt sie miteinander gleich: »Was ist etwas wert? Wieviel ist es wert im Vergleich zu anderem?« Dieser alles beherrschende »Wert« zirkuliert in »unserer Wirtschaft« in der Form von Geld als erstarrte, verselbstständigte, tote »gesellschaftliche Energie«. Und ganz anders als in einem Ökosystem fließen nunmehr die Stoffe durch eben diese In-Wert-Setzung und Verwertung hindurch und müssen sich deren Bedürfnissen beugen. Und so produziert »unsere Wirtschaft« fortlaufend stofflichen Abfall, während Geld, das selbst kein sinnvoller Produktionszweck ist, immer wieder in die sinnlose Produktion von mehr Geld zurückfließt und sich akkumuliert. Die Natur geht dabei zugrunde. Und mit ihr der Mensch.

Eine ökologisch vernünftige Wirtschaftsweise muss diese Logik überwinden. Stoffe sollen möglichst im Kreis laufen. Die »gesellschaftliche Energie« hingegen muss »lebendig« sein; sie muss in den sinnlich-konkreten sozialen Beziehungen liegen: in der Beziehung zwischen Mensch und Mensch – vermittelt über gesellschaftliche Institutionen, die ohne Bankomat und Sparbuch, ohne Preis und Kassa, ohne Markt und Marktverwaltung auskommen. Das geht aber nur, wenn sie nicht als »tote Lebensenergie« – die das Geld ja darstellt – eine »Zombie«-Existenz neben uns Menschen führt.

Kooperation statt Konkurrenz

Die heute schon bekannten, ernstzunehmenden ökologischen »Wirtschaftsmodelle« sind letztlich nicht vereinbar mit den Prinzipien von Wertverwertung, Geldwirtschaft, Profitlogik und Konkurrenz. Denn sie gehen von uns Menschen selbst und unserem Bedürfnis nach einem besseren Leben aus. Deswegen kann eine echte Ökologisierung auch nicht vom Staat verordnet werden.

Ökologische Wirtschaftsweisen sind vielfältig und haben doch Eines gemeinsam: sie setzen auf Kooperation statt auf Tausch und Konkurrenz. Sie sind bedürfnisorientiert. Geld spielt in ihnen daher keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Sie organisieren sich selbst und verzichten – mehr oder weniger weitgehend – auf »Vater Staat«. Was freilich nicht heißt, dass es auch sinnvoll und möglich sein kann, staatliche Zugeständnisse und Unterstützungen für solche Projekte zu erkämpfen.

Die Permakultur etwa, eine Alternative zur Agro-Industrie, strebt gleichzeitig nach einem Minimum an Arbeitsaufwand und Ressourceneinsatz, einem Maximum an Ertrag und Schönheit sowie dem Aufbau einer emotionalen Nahebeziehung zur Natur. Ökologische Wohnmodelle wie das Co-Housing setzen auf Gemeinschaft und sparen dadurch nicht nur Geld, sondern auch Ressourcen. Gemeinsames Kochen in der Siedlung – wesentliches Element des Co-Housing – stärkt die Gemeinschaft, bringt viel Freude und spart Zeit. Gemeinsame Großeinkäufe sparen Verpackung, Transportwege und Nerven. Ähnliches gilt für das Prinzip »Teilen statt Kaufen«, das an die Stelle von »Kaufen und Horten« tritt. Denn seien wir einmal ehrlich: Muss wirklich jede Familie ihre eigene Bohrmaschine besitzen, wenn sie im Schnitt einmal pro Jahr Verwendung findet? Viele solcher Fragen wären noch zu stellen.

Ökologische Lebens- und Wirtschaftsmodelle sind nicht nur »effizient« in der Befriedigung materieller Bedürfnisse. Sie schaffen auch gleichermaßen Schönes wie Lebensfreude, stärken die Gesundheit und sind von Achtsamkeit, Muße und Ausgewogenheit geprägt.

Trotz dieser guten Aussichten – im Grunde wissen viele ja, worin »der richtige Weg« bestünde – dürfen wir uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Ökologisierung nicht gemeinsam mit »unserer Wirtschaft«, sondern nur gegen sie verwirklichbar ist. Wo heute »unsere Wirtschaft« ist, muss eine ökologische Lebensweise erst noch werden.●

Links und Literatur zum Weiterlesen:

www.streifzuege.org
www.krisis.org
www.social-innovation.org
www.geldlos.at
www.umsonstladen.de
Gruppe Krisis: »Manifest gegen die Arbeit«, erhältlich über www.krisis.org

Dieser Text ist auch im Internet zu finden und kann dort als pdf-Datei heruntergeladen werden: www.streifzuege.org

Die Autoren sind erreichbar unter: GutesLeben@streifzuege.org

Anzeige

EIN REISEBERICHT

Bei den Ökoaktivisten von Sardinien

von Elisabeth Meyer-Renschhausen ● Cristina Cornetti ist praktizierende Ärztin und Kunstsammlerin. Ihre Gäste essen in ihrem wunderbar großen Esswohnraum mit traditioneller Balkenstrohdecke, den außer vielen Büchern vor allem die erstaunlichsten Kunstwerke an den dunkelrot gestrichenen Wänden schmücken. Das imposanteste aber ist die Küche, stelle ich fest, als es mir gelingt, mir mit dem Ansinnen helfen zu wollen (das Tischgespräch verlief gerade über wenig interessantes), hinein zu schleichen. Eine riesige Restaurantküche, alles in glänzendem Stahl. Eine Wand jedoch – von oben bis unten bald drei Meter hoch oder mehr – voll mit den buntesten Kacheln in sanften grün, gelb und rot Tönen! Beeindruckend. Ja, sagt Christina, damit wir ein bisschen Spaß haben bei der Arbeit. Denn Christina hat ihre Praxis in Verona aufgegeben und betreibt jetzt bei Oristano auf Sardinien eine alternative Pension. Sie und ihre Freundin Fioli kochen täglich für ihre Pensionsgäste, meistens vegetarisch, Ökogemüse aus der Region, eine allerfeinste Küche. Bei gutem Wetter wird auf der Terrasse serviert, mit Blick auf das große Anwesen, in dem die Obstbäume um die Wette wachsen. Am anderen Ende des Grundstücks sind die Pensionszimmer, jedes in einem anderen Stil liebevoll eingerichtet.

Zu großen sozialen Treffen, wie etwa das der ÖkoaktivistInnen Sardiniens, oder den Philosophinnen und Aktivistinnen rings um die Frauen vom Frauenbuchladen von Mailand »Libreria di la Donne«, kommen die alten Freundinnen aus Verona helfen. Ich erwische eben so ein Ereignis: Wir sitzen hier anlässlich der Jahrestagung des Vereins »AGHE« zum Thema »Die Erde auf dem Teller«. Es geht um die Zusammenhänge von Klimawandel und Ernährung, um die Zusammenhänge zwischen WTO-Politik und Not der Kleinbauern vor Ort. Zweck der Tagung ist eine verbesserte »Regionalentwicklung« und Vernetzung.

Die AGHE-Frauen haben die Organisation übernommen und in das Zentrum des Obstanbaus ins westliche Sardinien eingeladen. In ihrem Wohnort Milis nahe Oristano bekamen sie dafür von der Gemeinde ein schön renoviertes Gerichtsgebäude aus dem 16. Jahrhundert zur Verfügung gestellt. Das Gebäude rot und gelb gestrichen, liegt direkt am Dorfanger der Ortschaft. Einige Palmen und jetzt, Ende November noch immer blühende Rosensträucher, zwei Cafés und alte Männer, die sich zu bestimmten Stunden des Tages auf den Bänken vor dem Gebäude einfinden. Hinter dem Gerichtsgebäude ist unter offenem Himmel ein Amphitheater errichtet worden, wo wir die Mittagssuppe bekommen. Sie wird in einem ausgehöhlten Brot gereicht, das man natürlich mitverzehren kann. Die Suppe besteht aus wildem Mangold, der hier in der Gegend überall frei wächst, und Kartoffeln. In der abgeschnittenen Kappe des runden Brots, die oben drauf liegt, sind zwei kleine Stückchen echter Parmesankäse und zum Nachtisch gibt es Maronenküchelchen, kaum gesüßte Stückchen aus Kastanien. Dazu gibt es eine Papiertüte, damit die Esser das restliche Brot, was sie zu vertilgen nicht schaffen, mit nach hause nehmen können, um es am nächsten Tag verspeisen zu können.

Es sind nicht allzu viele Ökoaktivisten auf der dünn besiedelten Insel, aber die Stimmung ist bestens. Ein wunderschöner Tag mit ausnahmslos guten und engagierten Vorträgen, von Biobauern und Umweltaktivistinnen aus ganz Italien. Die gute Atmosphäre macht die anschließende leidige Debatte, über wie man die jeglichem Kleinunternehmertum feindlichen Zeiten durchstehen soll, erträglich. Ein drahtiger 60jähriger verkauft selbstgemachten Honig. Er erläutert mir in gemächlichem Englisch zu jeder Honigsorte, welche Heilwirkung sie entfalten kann. Ich bin fasziniert und kaufe ein Glas von einem besonders teueren Honig, der im Krankheitsfall Wunder bewirken kann. Als er merkt, wie ich verzweifelt versuche, mir seine Weisheiten zu merken, steckt er mir ein Erläuterungsblatt zu.

Neben seinem Stand steht Pietro hinter dem Bücherstand vom Szene-Buchladen »La Pergamena« der 12 km entfernt liegenden Stadt Oristano: von Vandana Shiva bis zu den schönsten Bildbänden zu sardischer Folklore ist alles da, liebevoll aufgebaut und schön anzusehen. Leider dasselbe wie auch bei uns: die sardischen Umweltaktiven sind vielfach »low-budget Künstler« und sparen daher ausgerechnet bei den Büchern. Aber das Buchhändlerpaar ist findig und hat das Sortiment jetzt um Mancherlei aus der Weltladen-Bewegung ergänzt, dass noch mehr Farbe ins Sortiment bringt. Außerdem hat der Honigmann gerade beschlossen, das Brotbacken wieder aufzunehmen. Das hatte er nämlich wieder eingestellt, da er nicht genügend Käufer fand. Aber seitdem er sein Brot nicht verteilt, treffen sie sich kaum noch. Vielleicht ging die Buchladenkundschaft ja auch zurück, weil auch der Buchladen als eine Verteilstation für die dunklen Körnerbrote fungierte.

Es ist so, erklärt mir Udo, der Lehrer aus Deutschland, der in Sardinien hängen geblieben ist, und den ich im Buchladen treffe, die Leute hier sind äußerst erfinderisch. »Kürzlich traf ich einen Freund, der gerade arbeitslos geworden war. Und was machst du jetzt, fragte ich ihn erschrocken. Denn Sozialgelder gibt der italienische Staat grundsätzlich nicht sofort, sondern erst nach einer Wartezeit von einem Jahr.« Aber der Freund, ein echter Sarde, blieb ganz ruhig, na, Mangold sammeln und Pilze, meinte er, und bald gibt es auch wieder den wilden Spargel am Wegesrand. Am Meer gibt es die Seeigel, die zwar unter strengem Naturschutz stehen, die man aber trotzdem sammeln und an der Straße verkaufen kann. Außerdem kann man sich als Handwerker hier und dort verdingen, diesem Nachbar beim Hausbau helfen und jenem beim Neuverputzen des Lehmhauses, dem dritten bei der Olivenernte helfen. Dazu pflegt man dann zu hoffen, dass im Sommer in der Touristensaison wieder irgendwelche Tellerwäscherjobs anfallen.

Sardinien ist Gewisserweise noch immer eine Bauern- und Nomadengesellschaft, noch immer leben 80% der Sarden auf dem Land in kleinen Dörfern 13% sind laut Statistik in der Landwirtschaft beschäftigt. Höchstens ein Drittel aller Sarden hat eine reguläre Beschäftigung mit voll sozialversichertem Acht-Stundentag. Viele arbeiten als schlecht verdienende kleine Selbständige, unterhalten Campingplätze, Autoklitschen oder Tischlereien. Ein Drittel der Festangestellten arbeitet beim Staat, als Polizist, wovon es mehrere Sorten gibt, oder bei der Post, als Lehrer oder Gemeindediener. In dieser ländlichen Gesellschaft sind die Familienverbände stark, die Leute haben oft Jahrzehnte lang nicht das Geld, von zu Hause auszuziehen, aber die Familie hilft auch, wenn einer seinen Job verliert.

Das Schlimme ist, dass seit 1989 und der WTO-Öffnung der EU-Agrarpolitik, es auch den bäuerlichen Bergtreibern in Sardinien an den Kragen ging. In seiner Gegend, der Region um Nuoro, ist in den letzten 15 Jahren fast alle bäuerliche Landwirtschaft verschwunden, erzählt mir Maurizio Fadda. Wenn er heute lokale Früchte, lokales Gemüse einkaufen will, sei das fast nicht mehr möglich. Deshalb müsse unbedingt eine bessere Vernetzung zwischen den Biobauern und Biokonsumenten in Sardinien her.

Das Büro von Biosardinia

Nuoro liegt im unwirtlichen Gebirgsgebiet von Ostsardinien, nicht weit von den beliebten Stränden. Schon die Römer konnten diese halbnomadisch lebenden Gebirgsbauern nicht »befrieden«, sie blieben immer ein Stachel im System. Vorher waren weder die Phönizier, noch die Punier und nach den Römern weder die Spanier oder ihre Nachfolger, die Pietmonteser bzw. Italiener, an sie heran gekommen. Seitdem der italienische Nationalstaat – der parallel zum deutschen im Verlauf des 19. Jahrhunderts aus diversen Einzelstaaten entstand – Sardinien von den Spaniern übernommen hat, gelten die widerständigen Bauern von Nuoro, die mit ihren Schafen und Ziegen zu Pferde oder zu Fuß durch die zerklüftete Landschaft zogen, als »Banditen«. Weiblichen Touristen wurde noch vor 30 Jahren abgeraten, die Gegend allein zu besuchen. Heute funktionieren derartige disqualifizierende Gerüchte nicht mehr.

Die Gegend von Nuoro ist im Katalog der UNESCO vielmehr zu einem »Hotspot« der Biodiversität aufgestiegen. Liegt das vielleicht daran, dass hier die bäuerliche Bevölkerung teilweise sogar noch Trachten trägt? Dass man in der »Barbarei«, der »Barbagia«, wie die Gegend seit Römerzeiten heißt, noch Trachten trägt und die alten Feste feiert, selbst wenn die meisten Männer sich zumindest zeitweilig auswärts in Lohnarbeit verdingen? Als Zentrum des Widerstandes gegen alle Kolonisierungsversuche produzierte die Gegend auch die meisten Künstler, Literaten und Dichter.

Die Vielfalt an Pflanzen und Tieren der Insel ist erstaunlich und in der »Barbagia« besonders vielfältig: Kleintiere. Eulen, Eidechsen, Geckos, vielerlei bunte Schmetterlinge und Insekten und die vielfältige Mittelmeervegetation, noch ist alles da. Diese Vielfalt ist heute aber auch extrem gefährdet, seitdem die Umweltfeindliche Agrarpolitik der Europäischen Union auch in Sardinien die Umstellung auf industrielle Landwirtschaft fördert. Die neun Großbauern pflügen und besäen sogar steile Berghänge, die dadurch beim nächsten unzeitig früh kommenden Platzregen wahrscheinlich ihre Ackerkrume unweigerlich verlieren werden. Viele Bauern haben Esel, Schweine und Ziegen abgeschafft und sind zu einer Monokultur der Schafhaltung übergegangen, obschon man weiß, dass der Verbiss der Schafe auch nicht unproblematisch ist. Lammfleisch und Schafskäse sind die berühmten Delikatessen der sardischen Landwirtschaft, deren sich die Sarden sehr gerne auch selbst regelmäßig erfreuen.

Seitdem die bäuerliche Landwirtschaft Sardiniens in Not ist, empfiehlt auch die Regierung Italiens Dorfbewohnern den »Agrotourismos« als Zusatzeinkommen, um über die Runden zu kommen. Schließlich sind andere Arbeitsplätze in Sardinien nicht in Sicht. Aber bisher zieht es die meisten Touristen lediglich an den Strand, die ethnische Vielfalt der Insel haben sie noch nicht entdeckt. Die sardinische Biobauernorganisation jedoch bietet denjenigen, die auch das Land selbst kennen lernen wollen, »Ökotouren« durch das wilde Innere der Insel an. »Archo Touri« führen zu den vielen Überbleibseln der steinzeitlichen Megalithkultur und der vorrömischen Zeit. Eine »Ethno Tour« bringt die Fremden in jene Dörfer, wo Trachten noch gebräuchlich sind, und erklärt die sardischen Stein- und Lehmbauweisen sowie die zum sardischen Leben unbedingt dazu gehörenden, jahreszeitlichen Feste und traditionellen Handwerke.

Dazu bieten die sardischen Umweltaktivisten aber auf dem Lago Cedrino auch Touren im Kajak an oder Fahrradtouren entlang der Via del Cannonau oder auch zu den Olivenbauern im Südwesten der Insel, denn viele von ihnen haben diverse Jahre fern der Heimat gelebt und wissen, was in Europa heute beliebt ist.

Was die Regierung noch nicht verstanden hat, ruft die Biologin Anna Lacci uns auf der kleinen Tagung in Milis zu, ist, dass die Biodiversität sich nicht erhalten lässt, ohne die ethnische Vielfalt! Wenn EU und WTO der (klein-)bäuerlichen Landwirtschaft den Garaus machen, dann verschwindet auch die Artenvielfalt! Mit der (klein-)bäuerlichen Landwirtschaft, verschwinden nicht

nur Esel und sardisches Braunvieh, Milchschafe, Gänse und Schweine, sondern auch die Kleintiere aus den Hekken und Feldmauern. Mit den knorrigen Korkeichen am Straßenrand verschwinden auch viele Vögel. Gefährdet sind auch die alten Olivenbäume, die hohen Schilfwälder und die Gemsen aus der Macchia und den Bergen. Neben mir nickt eine der Bäuerinnen. Sie hat einen Gemüsebaubetrieb aufgebaut, obwohl ihre Eltern etwas ganz anders gemacht haben. Aber in den letzten Jahren reicht ihr Einkommen kaum noch zum Leben. Wie eigentlich stellt die Regierung, wie stellt sich Brüssel einen florierenden Agrartourismus ohne Bauern vor?!

Von der Prodi-Regierung mache er sich keine allzu großen Hoffnungen, erklärt mir Pietro, der Buchhändler, denn leider fahre er das gleiche liberale Modell wie Blair, Clinton und Schröder: alles zu privatisieren, statt alternative Erwerbsmöglichkeiten für die Erwerbslosen und Armen zu schaffen. Und sogar der sympathische neue Regierungschef von Sardinien macht die gleichen Fehler wie überall: Gerade hat er die weitere Bebauung der Strände rigoros verboten. Dafür spricht einiges, denn die italienischen Reichen haben die Strände mit ihren bunten Ferienwohnungen arg voll gepflastert. Aber warum muss man dann gleich damit auch den Fischern das Leben erschweren, die ihre traditionellen Strohhütten am Meer als Sonnenschutz und Notunterkunft brauchten, wo sie ihre Netze aufbewahrten und sich auch mal eine Suppe kochen konnten? Auf den Postkarten werden diese Strohhütten noch immer als sardische Besonderheit angepriesen, obwohl sie in Wirklichkeit schon lange unbedachten Hygiene- und Küstenschutzmaßnahmen zu Opfer gefallen sind.

Aber Zelten darf man nach wie vor auch direkt am Meer, es ist allerdings vergleichsweise etwas teurer: z.B. 8,50 Euro pro Mann sowie Zelt in der Hauptsaison im August, sonst erheblich weniger: www.nurapolis.it, man kann hier auch für 40 Euro die Nacht Wohnwagen mieten und sich von den Betreibern des Campingplatzes durch die Gegend führen lassen, Räder ausleihen oder sich nach den örtlichen Festen erkundigen. Sollte der Campingplatz voll sein, gibt es in unmittelbarer Nachbarschaft zwei weitere Campingplätze, allesamt im schattigen Pinienwald gelegen, ein Restaurant gehört dazu, am

Fortsetzung nächste Seite

Reisetipps:

AGHE Benessere possiblie bei Milis (Oristano) Localitá Murdegu. Behindertengerechte Pension mit ökologischer Küche, gegebenenfalls ärztlicher Ernährungsberatung und Wellnessmöglichkeiten und großem Garten, 20 Autominuten vom Meer und Oristano: Tel. und Fax ++39 0783 590 138 oder cell 328 27 10329
www.aghesardegna.it (Übernachtungskosten je nach Ausstattung der Zimmer 28 Euro mit Frühstück bis 60 Euro bei Vollpension.)

Wer ganz traditionell wohnen möchte, zieht vielleicht die hübsche Kleinpension von Milis, betrieben von einer Frau allein: Bed and Breakfast »Sa Domu Desogus« di Liliana Sirca sadomu.desogus@tiscali.it, www.milis.org (ebenfalls im hübschen Obstbau-Örtchen Milis) 20 Autominuten vom Meer entfernt, das von hier aus – über die Ebene – auch mit dem Rad schnell erreichbar ist. (Tel. ++39 0783-51622, in dieser Minipension in einem schön renovierten alten Haus bezahlen normale Touristen 25 Euro für die Nacht samt Frühstück, Tierschützer aber 3 Euro weniger.)

Ökoferien in Sardinien: Associazione Biosardinia, Via Trento 70 Nuoro, Tel. ++39 – 0348 – 390 51 86 oder Coordinamento Servizi Turistici Mediterrane Adventure, Tel. 0338 – 810 5141 telemaco.murgia@tiscali.it) – Am besten meldet man sich aber gleich beim Biobauern und Koordinator Maurizio Fadda direkt in Nuoro: Tel. ++39 – 0784 – 36 8 67 oder per mail:
mauri.fadda@tiscalinet.it
www.biosardinia.it an.

Wer in einem wilden Bergort in einem wunderschön hergerichtet alten Herrenhaus nächtigen möchte, sei an das »Antica Dimora del Gruccione« (übersetzt in etwa »das alte Haus zum Bienenfresser«) verwiesen, das jedes Zimmer anders, in den historischen Origionalmöbeln hergerichtet ist, Kostenpunkt 38 Euro Übernachtung mit Frühstück: www.anticadimora.com. Auch diese Pension wird von einer Frau allein betrieben.

Zelten direkt am Meer, je nach Saison von 4,50 bis 8,50 Euro pro Mann sowie Zelt in der Hauptsaison im August, sonst erheblich weniger: www.nurapolis.it. Man kann hier auch für 40 Euro die Nacht Wohnwagen mieten und sich von den Betreibern des Campingplatzes durch die Gegend führen lassen, Räder ausleihen oder nach den örtlichen Festen erkundigen. In unmittelbarer Nachbarschaft befinden sich zwei weitere Campingplätze allesamt im schattigen Pinienwald gelegen. Auch ein hübsches Hotel »La Baja« befindet sich hier direkt in Strandnähe.

VIER GÖTTINGER STUDENTENWOHNHEIME STREITEN FÜR IHRE SELBSTVERWALTUNG

Ende des selbstbestimmten Wohnens?

Das Göttinger Studentenwerk begann in den vergangenen Jahren, die bereits vor Jahrzehnten geschlossenen Kollektivverträge der selbstverwalteten Studentenwohnheime aufzukündigen, um durch konventionelle Einzelmietverträge wieder mehr Einfluss auf Mieter und Mietdauer zu erhalten. Die über 100 BewohnerInnen der letzten vier selbstverwalteten Wohnheime traten im Mai 2007 an die Öffentlichkeit. Sie starteten die Kampagne: »Here to stay – selbstverwaltete Strukturen verteidigen«. Seither versuchen die Wohnheimaktivisten, ihre teilweise seit den frühen 1970er Jahren bestehende Selbstverwaltung zu erhalten.

Johannes Feldmann, Redaktion Göttingen ● Der 29-jährige Politikstudent Stefan Schneider wohnt gemeinsam mit sieben Erwachsenen und einem Kind im Wohnheim in der Gotmarstraße. Weitere derzeit noch selbstverwaltete Wohnheime befinden sich in der Goßlerstraße, der Roten Straße und dem Kreuzbergring.

Die Selbstverwaltung in Stefans Wohnheim soll beendet werden, wenn es nach dem Willen des Göttinger Studentenwerks geht. Laut »Here to stay«-Website , sagte Christina Wathling-Peters, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Studentenwerks, die selbstverwalteten Wohnheime seien »nicht mehr zeitgemäß«. Eine Aussage, die möglicherweise zutrifft, wenn man nur die Entstehungsgeschichte der Wohnhäuser betrachtet.

Bereits Ende der 50er Jahre entwickelte sich die Göttinger Georg-August-Universität zunehmend zur Massenuniversität. Die Zahl der Studenten stieg von knapp 6.000 im Jahre 1959 auf mehr als 10.000 im Jahre 1965. Doch während der Ausbau der Universitätsgebäude massiv vorangetrieben wurde, um den enormen Andrang von Studenten zu bewältigen, wurden Verbesserungen der studentischen Wohnsituation vernachlässigt. Gerade in Universitätsnähe und in der Innenstadt wurde Wohnraum immer knapper, denn auch die Gesamtbevölkerung stieg. Im gesamten Stadtgebiet ergriffen Studenten und andere Wohnungssuchende zur Selbsthilfe. Sie besetzten abrissgefährdete Häuser und begannen mit deren »Instandbesetzung«.

Provisorische Wohnheime in Abrissgebäuden

Um zur Entschärfung der Wohnsituation beizutragen, entschloss sich das Studentenwerk Anfang der 70er Jahre zum sogenannten »Göttinger Modell«. Zur Linderung der Wohnungsnot wurden noch bewohnbare, aber abrissgefährdete Gebäude angemietet und den Studenten als provisorische Wohnheime zur Verfügung gestellt. Auch die Gotmarstraße 9 wurde so zum Wohnheim.

Ein langfristiges Mietverhältnis war hierbei jedoch nicht beabsichtigt. Das Studentenwerk suchte lediglich nach einer kurzfristigen Entlastung des Wohnungsmarktes. Die Befristung dieser Maßnahme spiegelte sich schon in einer Vertragsklausel wider. Die Klausel besagte, das Studentenwerk sei im Falle eines Abrisses nicht verpflichtet, Ersatzraum zu stellen.

Den Bewohnern wurden die neuen Wohnheime in freier Selbstverwaltung überlassen. Das Studentenwerk vergab sogar zinsfreie Kredite an die Bewohner des Kreuzbergring-Wohnheims. Die Kredite wurden zum Kauf von Baumaterialien genutzt, um das Haus in Eigenarbeit für Wohnzwecke herzurichten.

Das Wohnheim Gotmarstraße 9 wechselte von 1972 bis 1993 mehrfach den Eigentümer und war mehrmals der Gefahr ausgesetzt, abgerissen zu werden. Während dieser Zeit bewohnten die StudentInnen weiterhin das Haus. Im Sommer 1990 schloss der von ihnen begründete »Verein für kommunikative Wohnformen e.V.« einen kollektiven Mietvertrag mit dem Studentenwerk ab.

Kollektivverträge als Segen

Für die Bewohner erwies sich dieser Kollektivvertrag als wahrer Segen. Sie unterlagen nahezu keinen Mietauflagen und durften ihre Mitbewohner selbst auswählen. In der Gotmarstraße darf – laut derzeit gültigem Vertrag – jeder wohnen, der studiert, sein Studium beendet hat oder beabsichtigt, zu studieren. So weitreichende Freiheiten genießen nicht einmal die anderen drei selbstverwalteten Wohnheime.

Die Bewohner von konventionellen Wohnheimen, die dem Studentenwerk direkt unterstehen, haben keinen nennenswerten Einfluss auf ihre Zimmernachbarn. So wuchsen die Gotmarstraßen-Bewohner im Laufe der Jahre zusammen: Zum einen durch das gemeinsame Erstreiten und Verteidigen ihres Wohnraums und zum anderen durch die Möglichkeit sich zukünftige Mitbewohner selbst auszuwählen. Die Gemeinschaft wird dementsprechend groß geschrieben. »Wir kaufen gemeinsam ein, wir entscheiden alles zusammen, wir renovieren zusammen – wir leben zusammen«, erklärt Stefan Schneider.

Durch das angekündigte Aufkündigen der alten Kollektivverträge drohen weitreichende Veränderungen für die Bewohner. In den neuen Einzelverträgen will das Studentenwerk Einfluss auf die Auswahl der Bewohner nehmen und die Mietzeit auf maximal sieben Semester begrenzen. Durch diese »Zwangszusammenführung« und die verkürzte Wohndauer scheint absehbar, dass die Bewohner der selbstverwalteten Häuser zukünftig ähnlich anonym nebeneinander leben werden, wie die StudentInnen auf konventionellen Wohnheimfluren. »Wir sind halt kein normales Wohnheim, sondern eher wie eine enge WG«, veranschaulicht Stefan Schneider.

Unterstützung durch Hoffest

Alle Bewohner der vier selbstverwalteten Göttinger Wohnheime wehren sich dagegen, in Einzelmietverträge gepresst zu werden. Die Mitglieder von »Here to stay« fordern, dass Ihre Wohnsituation so bleibt, wie sie ist.

Diverse Göttinger Veranstaltungen unterstützen die Forderung der »Here to stay«-Kampagne: So das Hoffest des Wohnheims in der Roten Straße, das 25-jährige Jubiläum des Jugendzentrums Innenstadt (JUZI), eine Demonstration am 11. August 2007 in der Göttinger Innenstadt sowie die geplante »OpenUni«, ein autonomer Tag der offenen Tür an der Universität.

Ob sich das Studentenwerk noch zum Einlenken bewegen lässt, bleibt abzuwarten. Die Vertragskündigung an die Bewohner der Goßlerstraße wurde bereits verschickt. Die Kündigungen für die anderen selbstverwalteten Wohnheime scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. Die Homepage von »Here to stay« gibt sich jedoch kämpferisch und verspricht »Da geht noch einiges...«. Und um einiges geht es, ohne Zweifel. Stefan und die meisten seiner Mitbewohner würden heute nicht in der Gotmarstraße 9 leben, wenn sich das Studentenwerk schon früher mit seinen Forderungen durchgesetzt hätte. Die meisten Bewohner haben das siebte Semester bereits überschritten, sie sind Doktoranden oder haben das Studium bereits beendet. Sie passen nicht in das Bild, das sich das Studentenwerk für die Zukunft der Göttinger Wohnheime vorstellt.●

Aktuelle Informationen unter www.heretostay.de

Das Wohnhaus Gotmarstr. 9 in Göttingen gehört zu den vier Wohnheimen, denen das Studentenwerk ihre Selbstverwaltung entziehen will. Mit Transparenten streiten die BewohnerInnen für ihr selbstbestimmtes Zusammenleben Foto: Kai Budler

AUSLIEFERUNG DER ERSTEN STRIKE-BIKES AN GLÜCKLICHE KUNDiNNEN

Völlig selbstverwaltet und ohne Chefs – Die Belegschaft vor der besetzten Fahrradfabrik

Markus, FAU ● Um zehn Uhr war es endlich so weit, das ganze Warten und Fiebern hatte sich doch gelohnt. Markus K. aus Berlin Friedrichshain hält endlich sein knallrotes Strike-Bike mit der fauchenden Katze vorne drauf in Händen.

Seit dem 22. Oktober pünktlich um 7 Uhr morgens wird in der »besetzten« Fahrradfabrik Bike Systems GmbH vom Belegschaftsverein »Bikes in Nordhausen e.V.« in Eigenregie der MitarbeiterInnen das mittlerweile legendäre Strike-Bike produziert. MedienvertreterInnen aus aller Welt berichteten live von diesem Ereignis.

Markus hat bereits seit einiger Zeit mit dem Gedanken gespielt sich ein neues Fahrrad zuzulegen, als sich dann die Meldungen verdichteten, die BesetzerInnen würden selbstverwaltet ein Fahrrad produzieren, war für ihn klar: »Das ist es!« Qualität und Preis passen zu Design und Farbe.

Die 275 Euro hat er im Freundes- und Bekanntenkreis zusammengepumpt, dafür fährt der Hartz IV-Empfänger zukünftig mit dem Strike-Bike bei Bewerbungsgesprächen vor, schont die Umwelt und spart das Geld, das sonst wohl der zu privatisierenden Bahn und den Berliner Verkehrsbetrieben BVG in den Rachen fiele. Durch eigene Erfahrungen mit DGB-Gewerkschaften war es für ihn keine Frage praktische Solidarität zu üben und als Internationalist sowieso selbstverständlich.

Sein früherer Arbeitgeber, das Callcenter MCS mit 500 Mitarbeitern, das bis Anfang 2005 im Namen der T-Com die Auskunft 11833 machte, wurde unter den Augen von ver.di abgewickelt. Diese hat sich nur mit Besitzstandswahrung bei den »echten« T-Com MitarbeiterInnen beschäftigt. Die einzigen die hier soldarisch waren und praktische Unterstützung boten waren die »ach so chaotischen« AnarchosyndikalistInnen der FAU. Leider ist ein Callcenter kein Produktionsbetrieb und die Motivation der MitarbeiterInnen war ungleich niedriger, aber durch sachliche Informationen über MitarbeiterInnenrechte und gemeinsames Handeln wurde sowohl die Geschäftsleitung des Callcenters als auch der Telekom AG nachhaltig beeindruckt. Der damalige Verdacht, daß dies nur der Anfang sei, hat sich schneller Bewahrheitet, als befürchtet. Mittlerweile hat die Telekom weitere zehntausende Mitarbeiter als zu teuer bewertet, ihre Gehälter gekürzt oder sie für überflüssig erklärt.

Diese Verfahrensweise ist den FahradbauerInnen in Nordhausen auch bekannt. Vielleicht sind sie für die MitarbeiterInnen anderer Betriebe ein Beispiel, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, wie aktuell in Hamburg die von der Schließung bedrohte Firma Kolbenschmitt. Beispiele aus Argentinien, Venezuela und anderen Ländern Lateinamerikas gibt es genügend, wird durch die Strike-Biker, Nordhausen (www.strike-bike.de) ein neues Kapitel des ArbeiterInnenkampfes aufgeschlagen? Geschichte wird gemacht – durch Handel(n)!

Zwar weiß bis heute niemand, wie es am 01. November nach Ende der Produktion der 1.805 Fahrräder in Nordhausen weiter gehen soll, die Erfahrung und das Selbstbewusstsein können den 135 Strike-BikerInnen nicht mehr genommen werden. Auch wenn es nicht die Revolution ist, so wurde hier unter Beweis gestellt, dass es möglich ist, selbstverwaltet etwas auf die Beine zu stellen und etwas zu bewegen. Werden sie sich »nur« in den Geschichtsbüchern zu anderen Erfolgen sozialer Kämpfe einreihen?●

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Strand entlang ist man nach 20 Minuten zu Fuß im nächsten Örtchen mit weiteren Lokalen. Auch ein hübsches Hotel »La Baja« befindet sich direkt in Strandnähe. Alle Campingplätze werden zusammen von einer Kooperative betrieben, die ursprünglich zu der entschiedenen Linken Sardinien gehörte. Entsprechend litt der Campingplatz anfangs daran, regelmäßig Besuch von der Polizei zu bekommen, die angeblich Drogen bei der jugendlichen Betreibergruppe vermutete. Und zwar, obwohl der Staat Italien damals derartige Jugendgenossenschaften propagierte und förderte, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Aber der Staat förderte leider nur äußerst halbherzig, die Einkommensmöglichkeiten blieben dermaßen schlecht, dass es zu Streit innerhalb der Gruppe kam. Die heutigen Betreiber haben sich mit den herrschenden Machtstrukturen arrangiert und ihre Jugendprojekte eingestellt, auch wenn sie dem Kommunismus treu geblieben sind, denn noch immer hat man in Sardinien mehrere kommunistische Parteien.

Am letzten Sonntag des Novembers schleppen Elisabeth und Pietro mich an die Küste. Als Pietro meine Sandalen sieht, runzelt er die Stirn. An der klüftigen Basaltküste kann man nur Wandern, wenn man ordentliches Schuhwerk trägt. Er selbst steckt in leichten Wanderschuhen. Nach langem Bergauf und Bergab entlang wilder Küstenabschnitte, die sich mit leeren Sandstränden abwechseln, kommen wir schließlich zur antiken Stadt Tharros, die um 800 v. Chr. von den Phöniziern gegründet worden war. Unter den Karthagern (509 v. Chr.) und den Römern (238 v. Chr.) erreichte die Stadt ihre Blütezeit. Ungefähr um 500 n. Chr. wurde die Siedlung völlig aufgegeben.

Abends geht es zum Olivenfest in Seneghe. Seneghe ist ein malerischer Bergort 20 km nördlich von Oristano mit verwinkelten Straßen aus uralten Steinhäusern, die in den letzten Jahren renoviert wurden. Zum Olivenfest laden die zahlreichen Senegher Olivenbauern die Bewohner der Umgebung ein. Man feiert die Ernte, das frisch gepresste Olivenöl mit freiem Weinausschank und Olivenölbrötchen samt vielen Zigaretten. Überall wird frisch kalt gepresstes Olivenöl angeboten und verkauft. Das kostet hier ebenso viel wie in den Bio- und Feinkostläden des Festlandes. Obwohl die meisten Sarden wenig Geld verdienen, würde hier niemandem einfallen, an etwas so lebensnotwendigem wie dem Öl zu sparen und schlechtes bereits erhitztes Speiseöl vom Großhändler zu kaufen. Gegen Abend treten auf dem Gelände der großen Genossenschafts-Ölpresse die einheimischen Sängerchöre auf, zu denen bald auch die Ersten, paarweise oder zu dritt und viert, die traditionellen Hüpftänze beginnen. Ich bin beeindruckt, dass die Jugend Sardiniens sowohl bei dem klassischen Männerquartettgesang engagiert dabei ist als auch die alten Volkstänze noch beherrscht. Später treten auch andere größere Sänger-Gruppen auf, die eine – in meinen Ohren sehr gelungene Mischung – von alten und neuen Musikstilen darbieten. Ich bin fasziniert von diesem Fest, das die Sarden ganz für sich ausrichten, ohne alles Schielen auf Touristen, frohgelaunt und weinfröhlich, in einer spannenden Mischung von alten Traditionen und neuen Lebensformen.●

SOLIDARITÄTSFONDS FÜR BERLINER UND BRANDENBURGER HAUSPROJEKTE

3 Säulen der Solidarität

In Berlin gibt es mehrere Hundert Wohnprojekte in unterschiedlichsten Formen. Bei ihrer Entstehung spielten Hausbesetzungen eine wichtige Rolle. Im Westteil der Stadt wurden in den 1980er Jahren etwa 80 besetzte Häuser legalisiert, fast ebenso viele dann nach der Wende auch im Osten. In baulicher Selbsthilfe durch die BewohnerInnen wurden diese heruntergekommenen Altbauten saniert – ebenso wie eine Reihe weiterer, von vornherein legal erworbener Gebäude.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Insgesamt etwa 300 Hausprojekte wurden durch den Berliner Senat aus einem Selbsthilfeprogramm mit öffentlichen Mitteln von bis zu 85% der Sanierungskosten gefördert. Damit wurde für die BewohnerInnen dieser Häuser dauerhaft preiswerter Wohnraum geschaffen. Aber das ist Geschichte, neue Hausprojekte in Berlin bekommen keinerlei öffentliche Förderung mehr. Sie sind darauf angewiesen, ihre Häuser aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Nachdem der Berliner Wohnungsmarkt sich in den letzten Jahren entspannt hatte, ziehen nun die Mieten und Immobilienpreise an. Großinvestoren kaufen bisher öffentliche Wohnungsgesellschaften auf und es ist höchste Zeit, so viel Wohnraum wie möglich der profitablen Verwertung zu entziehen und dauerhaft für die Nutzung im Interesse der BewohnerInnen zu sichern.

Die Idee eines selbstorganisierten Solidaritätsfonds für Hausprojekte geistert schon länger durch die Szene. Jetzt scheint die Zeit reif zu sein für seine Umsetzung. Nach etwa eineinhalb Jahren der Diskussion wurde das Vorhaben am 21. September der Öffentlichkeit vorgestellt. Bis zur Gründungsversammlung am 20. November 2007 sollen die Details ausgearbeitet werden.

Grundidee ist ein verbindlicher, solidarischer Zusammenschluss von Hausprojekten zur gegenseitigen Hilfe bei der Finanzierung. Insbesondere neue Hausprojekte sollen unterstützt werden und verpflichten sich dafür, selbst dem Fonds beizutreten und zukünftig auch andere Häuser zu unterstützen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich am Hausprojektefonds zu beteiligen.

Eine Möglichkeit ist das einmalige oder regelmäßige Geben von Geld als Spende (gegen steuerlich abzugsfähige Spendenbescheinigung) oder durch Verschenken (ohne Spendenbescheinigung). Schon durch kleine Beträge von wenigen Cent pro Quadratmeter und Monat, die bei den BewohnerInnen kaum ins Gewicht fallen, können im Laufe der Jahre erhebliche Beträge zusammen kommen, mit denen viel bewirkt werden kann. Selbstverständlich sind auch Spenden von solidarischen Einzelpersonen gerne gesehen.

Darüber hinaus kann Geld an den Fonds ausgeliehen werden, zinsfrei oder gegen einen geringen Zinssatz. Diese Variante bietet sich vor allem an als Möglichkeit, die Instandhaltungsrücklage, die bei vielen Häusern ohnehin nur auf einem Spar- oder vielleicht sogar Girokonto liegt, anderen Hausprojekten für eine begrenzte Zeit zur Verfügung zu stellen. Auch Direktkredite für Hausprojekte sollen über eine noch zu erstellende Website des Solidaritätsfonds vermittelt werden.

Als dritte Unterstützung können Bürgschaften für andere Hausprojekte übernommen werden. Vor allem für neue Häuser erleichtert das den Zugang zu dringend notwendigen Bankdarlehen. Der Solidaritätsfonds organisiert die Vermittlung dieser Bürgschaften.

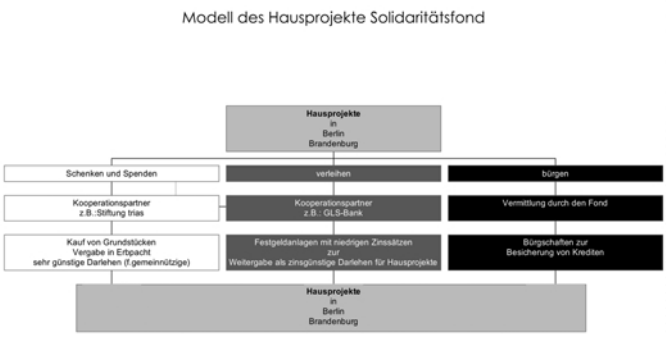
Damit auf lange Sicht immer mehr solidarisches Geld in den Fonds fließt, ist der Hausprojektefonds als revolvierender Fonds vorgesehen. Das heißt er verschenkt kein Geld, sondern vergibt Darlehen oder ermöglicht es, dass Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden. So können zunehmend mehr Hausprojekte unterstützt werden.

Um keinen umständlichen und teuren Verwaltungsapparat aufzubauen, ist der Solidaritätsfonds als ideeller Zusammenschluss ohne eigene Rechtsform und ohne Geschäftsbetrieb geplant. Er wird also selbst überhaupt kein Geld verwalten, sondern die Umsetzung professionellen und erfahrenen Kooperationspartnern überlassen. Dies sind bislang die Stiftung trias und die GLS-Bank.

Die Stiftung trias erwirbt mit gespendeten Geldern des Hausprojektefonds Grundstücke und vergibt sie in Erbpacht an die Gruppe der BewohnerInnen. Bei der GLS-Bank können Instandhaltungsrücklagen und andere Gelder sicher angelegt werden, aus denen dann zinsgünstige Darlehen an Hausprojekte vergeben werden.

Die Versammlung der Mitgliedsprojekte des Fonds wird darüber entscheiden, welche antragstellenden Hausprojekte als besonders förderungswürdig gelten. Dafür werden noch Kriterien erarbeitet. Die Kooperationspartner sind an die Förderentscheidung des Solidaritätsfonds gebunden und müssen zusätzlich ihre eigenen formal erforderlichen Kriterien anlegen.

Die InitiatorInnen und UnterstützerInnen des Häuserfonds stammen selbst großteils aus Hausprojekten die sich am Fonds beteiligen möchten, wie zum Beispiel die Genossenschaften Bremer Höhe, Forum Kreuzberg, Gewerbehof Saarbrücker Straße, Habitat, Leuchtturm,



SelbstBau Berlin, Selbstbaugenossenschaft Berlin, und in anderen Rechtsformen organisierte Häuser wie Kastanienallee 86, Kinzigstraße 9, Marianne Teuffel, Oranienstraße 7 und Regenbogenfabrik.

Die **Gründungsversammlung des Solidaritätsfonds für Berliner und Brandenburger Hausprojekte** findet statt am **Dienstag, 20. November 2007 um 18 Uhr** in der Kulturkantine der Gewerbehof Saarbrücker Straße eG, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin.

Kontakt bis dahin: Irene Mohr, Mohr + Winterer GmbH, Tel.: (0 30) 693 48 84, info@mohr-winterer.eu

Schon jetzt können Spenden für den Hausprojektefonds eingezahlt werden bei der Stiftung trias, Konto Nr. 103 269 600 bei der GLS Bank, BLZ 430 609 67, Verwendungszweck »Häuserfond Berlin«.●

Rezension: Berlin – Wohnen in eigener Regie!

Gemeinschaftsorientierte Strategien für die Mieterstadt

Die Broschüre erschien rechtzeitig zur ersten öffentlichen Präsentation der Idee eines »Solidaritätsfonds für Berliner und Brandenburger Hausprojekte« in der Genossenschaft Gewerbehof Saarbrücker Straße, im Rahmen des »Aktionstag Zukunftsfähigkeit« am 21. September 2007 in Berlin.

Gemeinschaftliches Wohnen finden wir in ehemals besetzten Häusern und Kommuneprojekten ebenso wie in Baugemeinschaften und generationsübergreifenden Wohnprojekten. Immer mehr Menschen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen haben den Wunsch, in einem mehr oder weniger verbindlichen sozialen Umfeld zu leben. Die Bedeutung dieser Wohnformen für die Stadtentwicklung, gerade in problematischen Quartieren, ist unbestritten. Trotzdem beschränkt sich die öffentliche Unterstützung in der Regel auf warme Worte. Das kalte Geld müssen die BewohnerInnen selbst aufbringen.

16 Beiträge von AutorInnen, die überwiegend aus der Projektepraxis kommen, beleuchten das Thema unter den Aspekten Politik und Stadtentwicklung, sowie Kommunikation, Planen und Bauen. Es werden drei Projekte vorgestellt und Strategien zur Unterstützung von Wohnprojekten diskutiert. Es geht ebenso um die Frage, wie ältere Arme zu einem Wohnprojekt kommen, als auch um die kritische Reflektion des Phänomens der neuen Baugruppen.●

Elisabeth Voß

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung und Mathias Heyden (HG.): Berlin – Wohnen in eigener Regie. Gemeinschaftsorientierte Strategien für die Mieterstadt, Berlin 2007, 80 Seiten, 5 EUR

Ilse Schwipper

gestorben am 27. September 2007

wir haben gern mit dir gestritten
wir trauern und vermissen dich
Uta, Haike, Scout und Bea

Lebenslauf
(Erich Fried)

Ich war kein Stein keine Wolke
keine Glocke und keine Laute
geschlagen von einem Engel oder von einem Teufel
Ich war von Anfang an nichts als ein Mensch
und ich will auch nicht etwas anderes sein

Als Mensch bin ich aufgewachsen
und habe Unrecht erlitten
und manchmal Unrecht getan
und manchmal Gutes

Als Mensch empöre ich mich
gegen Unrecht und freue mich
über jeden Schimmer von Hoffnung
Als Mensch bin ich wach und müde
und arbeite und habe Sorgen
und Hunger nach Verstehen
und nach Verstandenwerden

Als Mensch habe ich Freude an meinen Freunden
und habe Freude an Frau und Kindern und Enkeln
und habe Angst um sie und Sehnsucht nach Sicherheit
und will mit Menschen sein und manchmal allein sein
und bedauere jede Nacht ohne Liebe

Als Mensch bin ich krank und alt
und werde sterben
und werde kein Stein sein
keine Wolke und keine Glocke
sondern Erde oder Asche
und darauf kommt es nicht an

IN ERINNERUNG AN ILSE SCHWIPPER

Wir haben gern mit dir gestritten

Mit dem Abschied von Ilse sind unsere Erinnerungen an sie und die gemeinsam gelebte Zeit ganz lebendig. Unvorstellbar, dass unsere Freundin nicht mehr dabei ist und mit uns ist, bei unseren Diskussionen, Ausflügen, Veranstaltungen, Festen...

Wir haben uns erstmals im Frühjahr 1994 getroffen – damals im libertären Café »El Locco« in der Kreuzbergstraße in Berlin. Es war die erste unserer zahlreichen Zusammenkünfte in den 13 Jahren in denen wir als anarcha-feministische Frauengruppe »las loccas« zusammenarbeiteten.

Die Idee, die uns damals zusammengebracht hat, war eine Ausstellung zu revolutionären Frauen. Die Geschichte unterschiedlichster Frauen, zu verschiedenen Zeiten, mit verschiedensten Lebensentwürfen und Utopien hielt uns ab jetzt gefangen. So unterschiedlich wie wir selbst waren, mit dem, was wir aus unserem Unterwegssein mitbrachten. Ilse als die älteste unserer Gruppe, mit ihrem Fundus an politischen und geschichtlichen Auseinandersetzungen, war von Anfang an aktiv und engagiert bei unseren wöchentlichen Treffen.

Für uns alle, die wir über zahlreiche Wechsel in der Gruppe zusammengeblieben sind, war es ein Glücksfall herauszufinden, dass wir ähnliches unter politischem Leben und Arbeiten verstehen: mit Spaß Veranstaltungen organisieren, gemeinsam Veranstaltungen besuchen, immer im Austausch sein, sich gegenseitig unterstützen – finanziell und freundschaftlich –, gemeinsam feiern, renovieren, kochen, Ausflüge machen, Museen besuchen, gemeinsam auf Demos gehen – all die Jahre gehörte dies zu unserem Leben mit Ilse. Unsere Frauengruppe war über die politische, thematische Arbeit immer auch ein Ort, an dem wir miteinander aufgehoben waren.

Wer Ilse kennt, weiß, dass sie immer präsent war in der linken und libertären Bewegung und sich seit ihrer Haftentlassung unermüdlich im Anti-Knast-Kampf engagiert hat. Die Inhalte zahlreicher Treffen, Kongresse und Publikationen hat sie immer auch in unsere Gruppe hineingetragen. Zum einen, um die Positionen miteinander zu diskutieren, aber auch um den Spagat zu bewältigen, anarcha-feministische Positionen in die klassisch männlich besetzte Polit-Szene zu bringen.

Ilse war umgekehrt auch immer offen und neugierig für Anstöße, die wir aus anderen Kontexten mitgebracht haben. Manchmal war es für sie nicht so einfach, sich neuen Blickwinkeln zu öffnen. Was haben wir gesessen und nächtelang gestritten – miteinander gestritten. Mit etwas Abstand und darüber nachdenken ging es dann doch immer wieder weiter für uns.

Veranstaltung mit Antje Schrupp »Nicht Marxistin und auch nicht Anarchistin – Frauen in der 1. Internationale«, Oktober 2001, Ilse Schwipper (links)

Noch im Mai dieses Jahres waren wir mit Ilse nach Wien eingeladen als Referentinnen zu Anarcha-Feminismus im dortigen Frauenzentrum. Trotz aller gesundheitlichen Einschränkungen und massiver Schmerzen war Ilse mit großer Begeisterung dabei. Und sie ließ es sich auch nicht nehmen, die Stadt in vollen Zügen zu genießen.

Am 24. Juni feierten wir ihren 70. Geburtstag, so wie es ihr sehnlicher Wunsch war. Mit Freundinnen und Freunden aus den verschiedensten Lebensabschnitten, Zeiten und Orten. Danach war ihre Kraft erschöpft und innerhalb weniger Monate mussten wir schmerzhaft miterleben wie ihr Leben zu Ende ging.

Wir vermissen sie. Wir vermissen ihre Zuwendung, ihre solidarische Unterstützung, ihre Zuverlässigkeit und ihr nicht zu brechendes politisches Engagement. Wir vermissen ihre Kuchen, ihre kleinen Aufmerksamkeiten, ihre spontanen Besuche.

Wir vermissen sie als Mitstreiterin für eine befreite Gesellschaft.●

Es war schön mit dir, Ilse, deine »las loccas«

Im Alltag hatten wir nicht so viel wie die »las loccas« mit Ilse zu tun, da wir nicht in Berlin leben. Wir waren mit Ilse mehr als zehn Jahre auf unseren zweimal jährlich stattfindenden Treffen im politischen und persönlichen Austausch, haben uns mit ihr auf vielen Wanderungen in die Natur vergnügt und möchten den Nachruf aus vollem Herzen unterstützen. Ilse, du wirst uns fehlen.

Anarchafeministische Gruppe

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Bedingungsloses Grundeinkommen

Es ist genug für alle da?

Kaum geht es um das Thema »Bedingungsloses Grundeinkommen« (BGE), können andere Fragestellungen einpacken. Es scheint nur Pro und Contra zu geben, und beide Positionen werden von den ProtagonistInnen mit einem hohen Grad an emotionaler Energie vorgetragen. Ähnlich heftige Debatten habe ich – im Bereich der alternativen Ökonomie – bisher nur in Diskussionen um Regionalwährungen erlebt. Was ist das besondere am BGE, und was kann es für eine Solidarische Ökonomie bedeuten?

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Ein BGE befreit von Armut und vom Zwang zur Erwerbsarbeit, damit setzt es kreative Potentiale der Selbstverwirklichung und eines glücklichen Lebens frei – propagieren die einen. Mit einem BGE werden die ohnehin schon Benachteiligten endgültig ins gesellschaftliche Aus manövriert, chancenlos abgespeist mit einem Geldbetrag, der ihnen gerade noch eine Kümmerexistenz zwischen TV und Eckkneipe erlaubt – setzen die anderen dagegen.

Mir sind beide Positionen nachvollziehbar. Vielleicht liegt der Grund für die Heftigkeit der BGE-Diskussionen darin, dass die BefürworterInnen häufig so reden, als hätten sie nun eine Lösung für alle gesellschaftlichen Probleme gefunden. Der Auftritt des Chefs der dm-Drogeriekette Götz Werner vor einem Jahr in Berlin in der Heilig-Kreuz-Kirche hatte etwas bedrängend-messianisches. Daneben schien mir sein trockener Gesprächspartner, der bündnisgrüne Bundestagsfraktionsvorsitzende Fritz Kuhn, plötzlich ungewohnt sympathisch. Trotzdem halte ich ein BGE immer noch für eine sehr vernünftige Sache. Aber bitte nicht als Heilslehre, sondern als bedenkenswertes und präzise zu gestaltendes Instrument gegen Armut und Ausgrenzung, für menschliche Freiheit und Solidarität.

Es gibt nicht »das« BGE, sondern sehr unterschiedliche Konzepte, insbesondere hinsichtlich der Fragen, aus welchen Mitteln ein BGE finanziert werden sollte, wie hoch es sein sollte und welche gesellschaftlichen Sozialleistungen neben dem BGE erhalten blieben. Bei der Frage wer ein BGE bekommen soll, fällt die Bedingungslosigkeit unter den Tisch, sobald es um Bedürftigkeit oder Arbeitsbereitschaft geht. Bedingungslos wäre es, wenn es »alle« bekämen, aber was heißt das? Ein BGE nur hier, in einem Land, für wen? Für alle die hier leben? Ab wann hätten ZuwanderInnen einen Anspruch auf ein BGE? Was wäre mit nachziehenden Angehörigen, Flüchtlingen, Geduldeten?

Ich gehe hier mal hypothetisch davon aus, es gäbe ein BGE, das wirklich bedingungslos, nicht rassistisch ausgestaltet und ausreichend hoch wäre, und das aus einer Besteuerung der Einkommen (nicht des Konsums, wie Herr Werner es gerne hätte) finanziert würde. Darüber hinaus wäre es eingebettet in tragfähige soziale Sicherungssysteme für besondere Lebenslagen wie z.B. Behinderung, Krankheit, Pflegebedürftigkeit. Und es wäre Vorsorge getroffen, dass das BGE nicht von lohndrückenden Unternehmen als Kombilohn missbraucht werden könnte, es gäbe also einen durchsetzbaren Mindestlohn, der auch bei Teilzeitarbeit von zum Beispiel 30 Stunden pro Woche zum Leben ausreicht. Was würde ein solches BGE für eine Solidarische Ökonomie bedeuten?

Ein solches BGE würde vor allem von den Hartz IV-Gebeutelten eine große Last nehmen. Die Entkoppelung von Lohn und Leistung würde bedeuten, dass die Würde eines jeden Menschen, unabhängig davon ob, wie viel oder was sie oder er arbeitet, unabdingbar gegeben wäre. Diese Würde müsste nicht mehr verdient werden, sie wäre einfach selbstverständlich vorhanden.

In der nun möglichen Muße, ohne jeden Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft, entstünde die Möglichkeit, die Welt ganz neu und anders anzusehen. In den Freiräumen, die sich Menschen in den Betrieben und Projekten der alternativen Ökonomien seit den 1970er Jahren erobert hatten, sollte die Arbeit revolutioniert werden. Die Inhalte der Tätigkeiten, die Art und Weise wie gearbeitet wurde und die Entscheidungsprozesse darüber waren selbstbestimmt. Aber die Autonomie stieß an Grenzen. Da waren zum einen die externen Grenzen des Marktes – auch alternativ hergestellte Produkte und Leistungen mussten am Markt verkauft werden und standen damit in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz mit all ihren Zwängen. Zum anderen waren da die internen Grenzen der Kommunikation – Menschen, die unter hierarchischen Bedingungen sozialisiert wurden, werden nicht von heute auf morgen zu solidarischen, nicht-sexistischen ProduzentInnen.

Trotz dieser Grenzen ist in den Jahren der Kollektive vieles entwickelt worden. Technische Neuerungen (v.a. im Bereich der Ökotechnik) und soziale Innovationen (z.B. Gestaltung von gleichberechtigten Diskussionen in Gruppen und Organisation von Entscheidungsprozessen) haben in die Gesellschaft und in die Wirtschaft ausgestrahlt. Der Umgang mit Rechtsformen, Verträgen und Geld musste oft schmerzhaft erlernt werden. Die Gruppen selbst haben sich im Laufe der Zeit verändert, professionalisiert, hierarchisiert oder aufgelöst. In neuen Gründungsinitiativen steht immer mehr der Zwang zum Geldverdienen im Vordergrund.

Ein BGE würde kollektive Arbeitsprozesse vom Zwang der Verwertung befreien und damit ihre innovativen Potentiale freilegen. Es ginge nicht vorrangig darum, das Produzierte am Markt zu verkaufen, sondern herauszufinden: Was möchte ich eigentlich tun? Welche Art der Tätigkeit liegt mir, worin finde ich meine Bestätigung, mit welchen Menschen möchte ich mich auf welche Art von Arbeitsprozess einlassen? Und nicht zuletzt: Wo werde ich gebraucht, was kann ich Sinnvolles tun? Die Selbstentfaltung der Individuen in ihrer Tätigkeit würde ungeahnte kreative Prozesse in Gang setzen.

Ebenso wie der Produktionsprozess befreit würde, könnten auf Basis eines BGE auch neue Formen des Austauschs gefunden werden. Wenn nicht mehr für den Markt produziert werden muss, dann gibt es auch keine zwingende Notwendigkeit mehr dafür, das unter diesen anderen Bedingungen Produzierte am Markt zu verwerten. Das Computer-Betriebssystem Linux ist ein Beispiel dafür, wie die kollektive Kreativität von Menschen ein Produkt schafft und weiterentwickelt, das dauerhaft der Vermarktung entzogen ist.

An einer Ökonomie des Nutzens statt des Profits könnten auf Basis eines BGE sehr viel mehr Menschen teilhaben, als es heute möglich ist. Dadurch könnten nach und nach immer mehr Wirtschaftsbereiche dem Verwertungszwang entzogen und in solidarische Formen überführt werden. Sicherlich würden trotzdem viele Produkte und Leistungen noch verkauft werden, schon um das BGE aufzustocken, aber ohne den drückenden Zwang zur Verwertung. In einer sich ausdehnenden Praxis solidarischen Wirtschaftens würden wichtige Erfahrungen gemacht, neue Produkte und Produktionsweisen entwickelt, nicht nur für heute sondern auch für ein Leben jenseits des Kapitalismus.

Linke GegnerInnen eines BGE befürchten eine Individualisierung und Aufweichung kollektiver Handlungsmöglichkeiten. Mit der Befreiung vom Zwang zur Erwerbsarbeit gäbe es auch keine Notwendigkeit mehr zu gewerkschaftlicher Organisierung. Aber ein BGE löst nicht alle Probleme. Es würde ja nach wie vor ein großer Teil der Bevölkerung unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Die Gestaltung von Löhnen, Arbeitsbedingungen und betrieblicher Mitbestimmung wären nach wie vor Aufgabenfelder für gewerkschaftliche Betätigungen, sogar unter verbesserten Machtverhältnissen. Eine Individualisierung findet ohnehin statt, sowohl der Erwerbslosen als auch der prekär Beschäftigten. Ein BGE würde zuallererst die individuell zu ertragende Armut mindern, und damit auch die Angst, in Armut zu fallen, wenn mensch sich gegen Ausbeutung und Unterdrükkung am Arbeitsplatz wehrt.

Vielleicht hätten dann wieder mehr Menschen den Kopf frei dafür, sich mit ihren Lebensbedingungen kritisch und aktiv auseinander zu setzen. Denn auch mit einem BGE wäre noch genug zu tun. So bietet zum Beispiel die Privatisierung der Daseinsvorsorge ein großes Feld für notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Auch hier sind die Gewerkschaften gefragt.

Die Diskussion ums BGE wirft die Frage nach dem Menschenbild auf. Ist der Mensch in seinem innersten Kern ein soziales Wesen oder doch nur ein egoistischer Einsiedlerkrebs? Wenn wir vom Menschen als einem sozialen Wesen ausgehen, dann brauchen wir soziales Handeln nicht erzwingen, sondern können darauf vertrauen, dass sich in Freiräumen zur Entwicklung der individuellen Bedürfnisse dieses Soziale noch besser entfalten wird als bisher. Menschen werden aus einem inneren Bedürfnis heraus gemeinsam mit anderen die Dinge tun, die sie als notwendig erachten und gerne tun möchten. Sollte sich wider Erwarten doch die Variante Einsiedlerkrebs durchsetzen, hätten wir es wenigstens versucht.

Ein anderer Vorbehalt lautet, die AkteurInnen würden nur von sich selbst ausgehen und nicht an die vielen anderen denken, die nicht gelernt haben, ihre kreativen Potentiale zu entfalten und selbstorganisiert tätig zu werden. Das sehe ich teilweise ähnlich. Die Vorstellung, gerade jungen Menschen, die perspektivlos und allein gelassen in der Welt stehen, ein paar Kröten in die Hand zu drücken und ihnen dann den Rücken zuzukehren, finde ich auch nicht besonders hilfreich. Aber wie heute mit ihnen umgesprungen wird, ist noch schlimmer. Arbeitszwang oder Leistungskürzung ist kein würdiger Umgang mit denen, die die Zukunft unserer Gesellschaft darstellen.

Da vertraue ich lieber darauf, dass ein BGE genug soziales Potential und Arbeitsvermögen freisetzen wird, aus dem heraus soziale Projekte entstehen werden, die Empowermentstrategien und Angebote für Ausgegrenzte entwickeln. Gerade junge Menschen suchen Herausforderungen, in deren Bewältigung sie sich bestätigen können, und sie sollten dazu eingeladen statt gezwungen werden. Das gilt ebenso für alle anderen, von denen die GegnerInnen eines BGE befürchten, sie würden sich dann vollends aus dem sozialen Leben verabschieden. Gesellschaftliches und demokratisches Engagement kann nicht erzwungen werden. Individueller Rückzug kann viele gute Gründe haben, wer sollte das Recht haben, dies

Fortsetzung auf Seite 8

Gesehen auf der Website www.zukunft-grundeinkommen.de (Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen Berin)

Vier Arbeiter an Seilen hängen vor dem Ziffernblatt einer überdimensionierten Uhr

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

LINKS ZUM THEMA

www.archiv-grundeinkommen.de
aktuelles.archiv-grundeinkommen.de
www.attac.de/genug-fuer-alle
www.buergergeldportal.de
www.buergergeldrechner.de
www.die-linke-bag-grundeinkommen.de
www.freiheitstattvollbeschäftigung.de
www.grundeinkommen.at
www.grundeinkommen.ch
www.grundeinkommen.info
www.grundeinkommen.tv
www.initiative-grundeinkommen.ch
www.labournet.de
www.mindesteinkommen.de
www.pro-buergergeld.de
www.solidarisches-buergergeld.de
www.unternimm-die-zukunft.de
www.zukunft-grundeinkommen.de

KURZINFO

Pro und Contra
Garantiertes Grundeinkommen
Herausgeber:
Bildungswerk Berlin der
Heinrich-Böll-Stiftung (HG.), Berlin 2007,
92 Seiten, 5 EUR, oder kostenloser
Download unter:
www.bildungswerk-boell.de/download/Pro-Contra-Grundeinkommen-2Aufl.pdf

FRAGEN

Bedingungsloses Grundeinkommen

Eine Basis für solidarische Ökonomie?

Beginnen wir mit ein paar Klärungen: Wenn ich im Folgenden von Grundeinkommen spreche, dann von einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) ohne Bedürftigkeitsprüfung. Unter solidarischer Wirtschaft verstehe ich eine Wirtschaft, die sich von der Selbstvermehrung des Kapitals löst und sich am Bedarf und der Entwicklung des Menschen orientiert. Systemimmanente Regelungen wie Mindestlohn, Teilzeitarbeit und alle Leistungen, die gesonderter Nachweise bedürfen, lasse ich in dieser Betrachtung beiseite. Das verdient eine gesonderte Auseinandersetzung.

Blick über einen tristen Häuserblock aus Plattenbauten

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Kai Ehlers ● Das genannte Modell des bedingungslosen BGE wirft bereits genügend Fragen auf:

- Wie hoch soll das BGE sein? Und wie wird es finanziert?
- Wer garantiert? Wird der Mensch mit dem Anrecht auf ein BGE geboren oder muss das Anrecht auf BGE erst erworben werden? Wodurch wird es begrenzt?
- Wer kommt für die Kosten der Gemeinschaftseinrichtungen, die soziale Infrastruktur auf, in dem ein vom BGE gesicherter Alltag gelebt wird?

Zur ersten dieser drei Fragen wurde bisher schon heftig gerechnet. Der Thüringische Ministerpräsident Althaus (CDU) hat sich dabei, was die Zahlen betrifft, mit dem Modell eines monatlichen »großen« und eines »kleinen« Grundeinkommens« am weitesten vorgewagt. Das große soll 800 EUR, das kleine 400 EUR betragen, von denen 200 EUR in die allgemeine medizinische Versorgung zurückfließen sollen. Die Empfänger des »großen Grundeinkommens« sollen bei Zuverdienst 50% Steuern bezahlen; ab 1.500 EUR Zuverdienst soll das »kleine Grundeinkommen« an dessen Stelle treten, dafür sollen aber nur 25% Steuern gezahlt werden. Alle anderen Sozial- und Steuertransfers sollen damit abgegolten sein. Sonderzuwendungen müssten gesondert beantragt werden.

Rechnet man diese Angaben durch, kommt so zutage, dass dieses Modell die jetzt bestehende Teilung der Gesellschaft in einen Sockel von Sozialhilfeempfängern und wenig Verdienenden und eine darauf aufgebaute Pyramide von Mehr- und Großverdienern nicht relativieren, sondern effektivieren würde. Als radikale Steuerreform, die den wuchernden Bürokratismus zu lichten imstande wäre, könnten die Althaus-Vorschläge durchaus durchgehen und wären vermutlich sogar nützlich. In eine vom Existenzdruck befreite Gesellschaft führen sie nicht.

Anders sieht sie Sache aus, wenn Götz Werner die Kosten für die Ausschüttung des Grundeinkommens aus einer allgemeinen Verbrauchssteuer gewinnen will. Hier würde der Gesellschaft in der Tat ein neuer Schub verpasst, insofern die Finanzierung nicht mehr über das Einkommen, den Lohn, die Produktion, sondern über den Verbrauch von Produkten geschähe. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Automation und Effektivität des Kapitals, durch die immer mehr Menschen von der Lohnarbeit freigesetzt werden, die aber doch versorgt sein und am gesellschaftlichen leben teilnehmen wollen, macht dieses Modell einen Sinn. Noch mehr Sinn würde es machen, wenn in die Steuer auch der Verbrauch von Ressourcen einbezogen würde, einschließlich des vorhandenen Kapitals. Dann könnte dieses Modell tendenziell in die Richtung einer, wie ich es nenne, Nutzungsgesellschaft führen, in der das vorhandene Kapital nicht mehr Privatbesitz sein müsste, sondern allen Menschen – nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und eingebunden in soziale Zusammenhänge – zur Nutzung gegen Gebühr, also Steuern oder Mieten, zu Verfügung stünde.

Noch sind wir allerdings nicht so weit, denn noch müssen auch die Fragen zwei und drei beantwortet werden, nämlich wer garantiert das Grundeinkommen? Reden wir dann nur noch von einer Gemeinschaft der Konsumenten, in der alle Menschen vor der Ware gleich sind? Könnte also jeder und jede jederzeit überall ein solches Grundeinkommen in Anspruch nehmen? Natürlich nicht; es gibt Grenzen, grob gesagt: Wer produziert den zu verteilenden Reichtum? Und wie? Gleich wo mit der Einführung eines Grundeinkommens – auf welcher Höhe auch immer und selbst im abgespeckten Modell des Herrn Althaus – begonnen werden mag, es wird immer eine Grenze geben, hinter der Menschen leben, die nicht zu der Solidargemeinschaft gehören, welche die Kosten für das Grundeinkommen aufbringt, es sei denn es gelänge, den gesamten Globus auf einen Schlag auf diesen Weg zu bringen. Warum?

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus einer genaueren Betrachtung der oben gestellten dritten Frage, nämlich, wer für die Kosten der Gemeinschaftseinrichtungen, für die ökonomische, die soziale und die kulturelle Infrastruktur der Gemeinschaft aufkommt, aus der das Grundeinkommen aufgebracht und verteilt wird. Ohne Grundorganisation, die Produzenten und Konsumenten miteinander verbindet – und sei sie noch so klein, wird es nicht gehen. Sagen wir es so: was nützt mir ein Grundeinkommen von 800, 1.000, gar 2.000 oder mehr Euro, wenn die Kosten für die allgemeine Infrastruktur so hoch sind, dass das Grundeinkommen dafür nicht reicht und ich als Einzelner keinen Einfluss auf die Höhe und die Gestaltung dieser Grundkosten habe?

Unter allgemeinen gemeinschaftlichen Grundkosten verstehe ich alle sozialen Einrichtungen von Geburtsstätten, in denen die Kinder zur Welt kommen dürfen, über Verkehrswege, Kommunikationswege etc. bis hin zur Versorgung der Sterbenden und der Toten. Diese gemeinschaftlichen Grundkosten relativieren jede der bisher genannten absoluten Zahlen. Kommt hinzu, dass auch keiner der bisherigen Vorschläge davon ausgeht, die Selbstverwertung des Kapitals außer Kraft setzen zu wollen. Weder bei Althaus, noch bei dem Vorschlag der Konsum besteuerten Grundeinkommensgesellschaft wird erklärt, durch welche sozialen Mechanismen und durch wen der Geldwert so stabil gehalten werden soll, dass die Kaufkraft von 1.000 EUR auch morgen noch 1.000 EUR wert ist.

Kurz: Es muss einen Kern geben, wie klein auch immer, eine Solidargemeinschaft, einen Wirtschafts- und Lebenszusammenhang, aus dem heraus ein Grundeinkommen samt dazugehöriger allgemeiner Grundversorgung aufgebracht, getragen und sozial gestaltet werden kann. Damit sind wir endlich beim oben angekündigten Thema: Grundeinkommen bezieht, das wäre die Schlussfolgerung, wer einer Solidargemeinschaft angehört – und sei es als Gast (Selbst im Falle einer weltweiten Regelung blieben ja immer noch die Aliens...!).

Im Ernst: Unter Solidargemeinschaft verstehe ich jede Gruppe, jeder Art von Gemeinschaft, das betone ich, um Missverständnisse zu vermeiden, die ihre Arbeit so organisiert, dass sie davon Grundeinkommen auszahlen und die allgemeine Grundversorgung tragen kann. Andererseits, das sei jetzt auch noch gesagt, wäre die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, wie rudimentär auch immer, im Gegensatz zur jetzigen individualisierenden Hartz IV Regelung, in der Lebensgemeinschaften als Grund betrachtet werden, Zuwendungen zu minimieren oder gar zu streichen, selbstverständlich gemeinschaftsfördernd, auch wenn sein Bezug nicht an die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft gebunden wäre. Förderlich wäre sie einfach deshalb, weil mehrere Personen, die sich zu einer, zudem vielleicht noch ökologisch orientierten Gemeinschaft, einem Betrieb, einer Kommune, gar einem Dorf zusammenfinden, durch ein Grundeinkommen ungleich mehr Power hätten als ein einzelner, der einsam auf seinem Lohn, selbst Lohn plus Grundeinkommen sitzt. Eine Gesellschaft, die sich zum Grundeinkommen entschließen würde damit – ausgehend von lokalen und regionalen Einheiten – weitaus effektiver produzieren und zugleich Initiative und Kreativität freisetzen. Im Ergebnis könnte auch der Einzelne in von ihm oder ihr selbst gewählten Zusammenhängen umso freier dem nachgehen, was er oder sie, wie Bergmann meint, »wirklich, wirklich will.« Grundeinkommen, Bildung solcher produktiven Solidargemeinschaften und Eigenarbeit greifen wie drei Ringe ineinander. Was so entstehen könnte, nenne ich eine integrierte Gesellschaft.●

Siehe dazu:
Kai Ehlers, Grundeinkommen als Sprung in eine integrierte Gesellschaft. Pforte, 2007
Das Buch zeigt anhand bestehender Projekte und historischer Erfahrungen, wie neue Formen der Selbstversorgung und Gemeinschaftsbildung sich mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens und der kreativer Eigentätigkeit in einem integrierten Prozess zur Herausbildung einer gesellschaftlichen Alternative verbinden können.
www.kai-ehlers.de

FORTSETZUNG SEITE 7

zu sanktionieren? Viel wichtiger ist es doch, denjenigen die teilhaben möchten, dies auch zu ermöglichen.

Darin sehe ich eine große Aufgabe für eine Solidarische Ökonomie unter den Bedingungen eines BGE: Niedrigschwellige und ausreichend attraktive Arbeitsmöglichkeiten anzubieten als Befreiung aus Isolation und Ausgrenzung für die vielen, die gerne dabei wären. Auch für »Normalos«, die äußerlich, in ihrer Sprache und ihrem Verhalten nicht zur alternativen oder politischen Szene gehören. Die Erfahrungen aus Beschäftigungsmaßnahmen und Bürgerarbeit zeigen ja deutlich, wie viele Menschen froh sind, selbst diese Arbeiten unter den gegebenen Zwangsbedingungen auszuführen, nur um eine Aufgabe zu haben. Es sollte doch möglich sein, ihnen etwas besseres anzubieten. Und wer diese Angebote wirklich nicht annehmen möchte, sollte sie in Würde ablehnen können und dazu nicht noch hungern müssen.

Ein weiteres ernstzunehmendes Argument gegen ein BGE ist, dass es als »Herdprämie« wirken und Frauen zu Hausfrauen degradieren könnte. Aber jeder Mensch sollte über die Gestaltung des eigenen Lebens selbst entscheiden, und die Ergebnisse dieser Entscheidungen haben mit den Wahlmöglichkeiten zu tun. Die alternative Ökonomie war lange sehr männlich geprägt. Ein BGE würde viele Frauen aus der Abhängigkeit vom männlichen Ernährer befreien, wodurch sie überhaupt erst den ökonomischen Freiraum hätten, sich eigene Arbeitsbereiche zu erschließen und die entstehenden Projekte und Betriebe so zu prägen, dass sie auch für andere Frauen attraktiv würden.

Ein BGE ist sowohl ein ökonomisches als auch ein didaktisches Projekt. Das Denken im Kapitalismus ist so tief in Zwängen verhaftet, dass wir uns heute kaum vorstellen können, zu welchen Leistungen Menschen beflügelt werden könnten, wenn sie davon befreit wären. Der

Zwang Erwerbsarbeit leisten zu müssen um essen zu können, sitzt tief. Die Großzügigkeit, anderen auch ohne diesen Zwang ein gutes Leben zu gönnen, wird sich nur langsam entwickeln. Vielleicht mit der Erfahrung, dass die Ergebnisse freiwilliger Arbeit um vieles besser sind als die Ergebnisse unter Zwang.

Ein BGE würde sowohl Freiräume schaffen für solidarisches Wirtschaften, als auch selbst schon den Ansatz einer Keimform für eine andere, nichtkapitalistische Welt darstellen. Denn die Grundlage einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Verwertungszwänge wäre, dass jede und jeder sich nach ihren und seinen Fähigkeiten einbringt, und erhält, was sie oder er zum Leben braucht. Dieser Grundlage würde ein BGE sich so weit annähern, wie es in einer Welt des Geldes möglich ist, und damit diesen neuen Erfahrungsbereich gedanklich und emotional erschließen.

Ungelöst wäre nach wie vor die Frage des Eigentums an den Produktionsmittel. Ein BGE deckt den täglichen Bedarf ab und mindert die bitterste Armut, aber es ändert nichts an der Kluft zwischen Arm und Reich, und es schafft keine Grundlagen für Investitionen. Ob das Signal eines BGE: »Es ist genug für alle da« eher befriedend wirkt oder zur Infragestellung weitergehender Ungerechtigkeiten ermuntert, darüber kann nur spekuliert werden. Aber es gibt kein Instrument, das allein alle Probleme lösen könnte, weder das BGE noch irgend etwas anderes. Allein die Linderung von Armut und die Möglichkeit der Entwicklung solidarischer Freiräume in der Wirtschaft sind es wert, vehement für die Einführung eines BGE einzutreten.●

GRUNDEINKOMMEN & ARBEITSMORAL

Bedingungsloses Grundeinkommen

Bedingungslos und unverdient!

Am Grundeinkommen begeistert mich von unserem Standpunkt www.unverdient.de vor allem die Bedingungslosigkeit!

Leider ist unser gesellschaftliches Zusammenleben seit 400* Jahren so programmiert, dass jeder einzelne durch einen Trick in die gesellschaftliche Arbeitsteilung integriert wird: nur wer eine berechenbare Gegenleistung erbringt, darf am gesellschaftlichen Reichtum (Sozialprodukt) teilhaben. Er muss sich sein Leben, seine Existenzberechtigung ständig und unerbittlich verdienen. »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!«.

Von Uli Frank ● Diese Logik ist (vielleicht) sinnvoll, solange bittere Armut und prinzipielle Güterknappheit herrschen. Aber die Menschen haben jetzt unter diesem historisch einmalig dynamischen gesellschaftlichen »Betriebssystem« 400 Jahre lang daran gearbeitet, bittere Armut und allgemeinen Mangel tendenziell zu überwinden. Allmählich könnte die Menschheit den alten Fluch los werden.

Erich Ribolits, der kluge linke Erziehungswissenschaftler, dessen Texte ich sehr gerne lese, schaffte es vor ein paar Wochen, das Grundeinkommen ausführlich zu kritisieren, ohne auch nur ein einziges Mal die Bedingungslosigkeit zu erwähnen.

Ohne die Bedingung der Bedingungslosigkeit kommt dabei heraus, dass die Forderung eines Grundeinkommens kein »revolutionäres« Projekt sei:

...Die Forderung nach einem Grundeinkommen paralysiert somit in letzter Konsequenz den Anspruch, den Zustand der Entfremdung generell zu beseitigen und Menschen zu befähigen, Formen des Zusammenlebens zu kreieren, die nicht vom Diktat der Verwertung bestimmt sind.

Die andere, konservative, »wirtschaftsfreundliche« Seite (am Beispiel: Horst Siebert, Gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen, FAZ vom 27.6.07) könnte sich mit einem individuell verdienten Grundeinkommen schon anfreunden. Diese Position stößt sich aber gerade an der Bedingungslosigkeit:

Der schwerwiegendste Fehlanreiz bestünde darin, dass die Motivation der Individuen, ihre Arbeitskraft der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen, schwindet... Die Arbeitsmoral würde zerrüttet, die Grundlagen der Arbeitsethik...würden zerstört.

Beide Kritikansätze halte ich (vom Standpunkt aus unverdient) natürlich für unzutreffend.

Foto: Chr. Dietsch/Version

Natürlich glaube ich Horst Siebert nicht, dass das bedingungslose Grundeinkommen die Arbeitsmoral »zerrütten« würde, sondern im Gegenteil einen gewaltigen Motivations-, Kreativitäts- und Innovationsschub auslösen würde; dass Lust auf sinnvolle Betätigung, Begeisterung, Engagement entstehen würde – wie bei der Freien-Software-Bewegung. Und ich glaube, dass genau dieser Paradigmenwechsel von der erzwungenen (Erwerbs-) Arbeit zur bedingungslosen Wahl des individuellen Betätigungsfeldes innerhalb der Gesellschaft die entscheidende Neuerung des BGE ist... und dass Horst Siebert, der »Mann der Wirtschaft«, genau das spürt und befürchtet.

Dass die Bedingungslosigkeit überhaupt diskutiert wird, halte ich für eine der gewaltigsten Bewusstseinsveränderungen der letzten 400 Jahre. Trotzdem hoffe ich gleichzeitig, dass er (und Erich Ribolits) (vorerst) recht haben.

Denn bevor diese neue freie intrinsische Arbeitsmotivation sich verbreiten kann, muss erst einmal die alte Sklavenmentalität, die alte protestantische, traditionelle Arbeitsmoral aufgegeben oder obsolet werden. Noch hängt aber unser aller Leben an der Zuverlässigkeit des gesellschaftlichen Zwangssystems der Geldlogik. Es war ja schon eine geniale Leistung, das hierarchische feudalistische »Betriebssystem«, das auf direkter personaler Herrschaft beruhte, vor 400 Jahren durch eine »Tauschlogik« zu ersetzen, in der alle Menschen (formal) gleich und frei sind. Und der Preis dafür war die Installation eines absolut zuverlässigen und verbindlichen (abstrakten) Koordinatensystems (»Wert«/ Äquivalentprinzip/ Geldlogik). Ich halte es fast für ein Wunder, dass das einigermaßen funktioniert – und möchte NICHT, dass es von heute auf morgen zusammenbricht.

Deshalb begrüße ich auch die von Erich Ribolits kritisch gemeinte Einschätzung: *Das (bedingungslose) Grundeinkommen ist keine explizit »revolutionäre« Forderung – das ist gut so!*

Ich bin sicher, dass der Paradigmenwechsel, das revolutionär Neue, voll und ganz aus dem Alten kommen und sogar ein Stück weit »alt aussehen« muss, damit es überhaupt irgendeine Realisierungschance hat. Es muss aus der herrschenden Logik kommen und von Teilen der alten Gesellschaft aus ihrem eigenen Interesse heraus unterstützt werden. Es ist ja kein Zufall und auch kein Fehler, sondern wunderbare »List der Vernunft«, dass ein erfolgreicher Unternehmer wie Götz Werner mit dieser Idee des bedingungslosen Grundeinkommens öffentlich Erfolg hat. Genau das ist es, was Bekenntnismarxisten und traditionelle Linke nicht haben können, dass eine neue Idee nicht in der Fachsprache der Marxschen Revolutionstheorie formuliert ist. Unser verehrter André Gorz, der gerade verstarb, schrieb am 13.1.07 an die Redaktion der »Streifzüge«: *»...Man kann den Kapitalismus nicht heimlich abschaffen, ohne dass er das gleich erkennt...«* Und tatsächlich zeigt das ja auch die heftige Reaktion des Wirtschaftsmenschen Horst Siebert. Andererseits ist das Thema der Bedingungslosigkeit eines Grundeinkommens nicht durch einen moralischen Wandel, eine intellektuelle Läuterung der Menschen in die öffentliche Debatte geraten, sondern durch das Schwächeln des bestehenden Systems, durch die wachsende Angst und Unsicherheit der Betroffenen, durch das zunehmende Versagen und die immer schlechtere Performance der alten (Geld-)Logik. Also muss neu nachgedacht werden; denn, wie Götz Werner immer so schön sagt, Probleme können nicht mit der Logik gelöst werden, die diese Probleme hervorgerufen hat.●

* **Anm.** Wir beziehen uns mit dieser genauen Datierung (1620!) auf Eske Bockelmann, Im Takt des Geldes, Springe 2004 (ISBN3-934920-37-3)

Er beschäftigt sich auf spannenden 511 Seiten mit der »Genese modernen Denkens« und kommt zu dem zwingenden Schluss, dass die Neuigkeit der Neuzeit nur mit der Durchsetzung der Geldlogik um 1600 erklärbar ist. Dieses historisch neue gesellschaftliche Faktum muss die Alltagswelt der Menschen derart nachhaltig verändert, »revolutioniert« haben, dass nicht nur die Grundlagen des Denkens umgewälzt wurden (Stevin, Bacon, Galilei, Descartes, Newton, Leibnitz), sondern sich auch der Taktreflex jedes einzelnen Menschen radikal umstellte (zum Takt-Rhythmus). Und diese Umstellung lässt sich sehr genau auf 1620 datieren. Weiteres unter: http://unverdient.de/uv/pmwiki/index.php?n=Unverdient.1620

»ARBEITSPLATZ SICHERN« – EINE INIVIDUELL VERSTÄNDLICHE, ABER KATASTROPHALE DEVISE

Ökologie, Transformation und Emanzipation

Zuerst soll an den Zusammenhang von Ökologie (Beziehung zwischen Organismus und natürlicher/ sozialer Umwelt), Ökumene (Menschengemeinschaft) und Ökonomie (Haushalt) erinnert werden. Den Begriffen zugrunde liegt das griechische Wort oikos, das Haus. Bürgerlich-kapitalistische und patriarchale Wirtschaftslehren (Neoklassik, Keynesianismus) sind unfähig, die komplexen Beziehungen des ganzen Hauses zu erfassen.

Von Ronald Blaschke ● Solche reduktionistischen Theorien sind Ausdruck der realen Herauslösung der (Markt-)Wirtschaft und der Arbeit aus ihrem natürlichen und sozialen Zusammenhang. Dieser Zusammenhang als auch (Spät-)Folgen vermeintlich produktiv-ökonomischen Tuns werden ausgeblendet:

Nur das, was sich im geldvermittelten Arbeits- und Kapitalbereich abspielt und erfassen lässt, wird als sinnvoll erachtet – weil es »ökonomisch« sei, Arbeitsplätze, Konsumgüter und Dienstleistungen zu schaffen oder Profit zu machen. Die staatliche Politik wird für diese reduktionistische Ökonomie in die Pflicht genommen. Der kapitalistische »Beschäftigungsstaat« hat eine ökologisch und sozial fatale Logik: »'Arbeitsplätze schaffen' – das ist oft Vorwand, die geschichtliche Entwicklung zurückzudrehen. Es ist der Vorwand für Bundespolitiker, um die Industrialisierungsgewinne steuerlich zu entlasten, es ist der Vorwand für Landespolitiker, den Energiekonzernen zu helfen, veraltete, 'fossile' Energiekonzepte durchzusetzen, und es ist der Vorwand für Kommunalpolitiker, mit Steuermitteln den Investoren dabei zu helfen, mit riesigen Einkaufs- und Entertainmentcentern auf der grünen Wiese der Bevölkerung das wenige noch verbleibende Geld aus der Tasche zu ziehen.« (1)

Der reduktionistischen ökonomischen Denkweise entspricht es auch, dass beim Airbus-Arbeitsplatzkampf das Flugzeug als Klimakiller Nr. 1 und Airbus als Rüstungsproduzent keine Themen waren. Vor zwanzig Jahren gab es bei den IG Metallern noch eine heftige Debatte über ihre Rüstungs-/Kriegsproduktion. Heute verhindert die pure Existenzangst der Lohnabhängigen derartige Diskussionen. »Arbeitsplatz sichern« ist die individuell verständliche, aber katastrophale Devise. Mit der reduktionistischen ökonomischen Denkweise lässt sich auch der ungeheuerliche Verschleiß natürlicher und menschlicher Ressourcen erklären, der durch die »ökonomisch sinnvolle« Verkürzung der Lebens- und Attraktivitätsdauer von Konsumgütern und Moden entsteht. »Ökonomisch sinnvoll« ist auch die Entsolidarisierung und Kolonialisierung der sozialen Lebenswelt – durch die zunehmende Dominanz »ökonomisierter«, nämlich professioneller und bezahlter Dienstleistungs-Arbeit.

Die nun schon über dreißig Jahre währende Kritik an der Zerstörung der sozialen Ökologie, des solidarischen Zusammenhalts und der sozialen Integration, ist kaum noch hörbar! Dazu passend findet sich in den genannten »ökonomischen« Lehren der eigensinnige Oikos des Mikrosozialen (Familie, Freund- und Nachbarschaft, bürgerschaftliches Engagement) nicht wieder. Auch nicht die alltäglich geleistete immaterielle Produktion des Individuums, seines lebendigen Wissens, seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten. Karl Marx z. B. sah in diesem Fähigkeitsreichtum und der dämmernden Wissensökonomie die transformatorische Vergesellschaftung von Arbeit, Produktion und Distribution möglich werden. (2) Eine der Eigenschaft des lebendigen Wissens gemäße Ökonomie ist das Vorbild Solidarischer Ökonomie – das dem Tauschwert immanente Äquivalenzprinzip ist aufgehoben. An seine Stelle tritt der *Mehrwert für alle*, der im Wissens- und Fähigkeitstausch erzielt wird. Das heißt auch, wenn in Solidarischer Ökonomie der konkrete Gebrauchswert wesentlich ist, ist die mit der Produktion verbundene soziale Mehrwertschöpfung ebenso wichtig.

Marx hatte einen Begriff vom Menschen, der die Produktion seines Lebens bewusst bestimmt und die Welt nach seinen Bestimmungen des Schönen gestaltet. Eine Abkehr von der reduktionistischen Ökonomie hin zur Solidarischen Ökonomie hieße zuvörderst gesellschaftlich und individuell zu reflektieren: Was braucht mensch eigentlich zum guten und schönen Leben? Was heißt eigentlich »gut und schön leben«? Bewusst, solidarisch und mit ästhetischem Anspruch die Produktion und das Leben gestalten und genießen – das ist dem Menschen gemäß! Der Ruf nach »Arbeitsplätzen« und »Beschäftigung«, nach »Massenkaufkraft«, »Export- und Binnenkonjunktur« dagegen ist Ausdruck des Schlafes der menschlichen Vernunft, welcher viele hässliche und lebensbedrohliche Ungeheuer gebiert. Und wenn im Namen der Vernunft Arbeitsplätze in ökologisch verantwortbaren Produktionsbereichen geschaffen werden, löst sich das Problem noch nicht. Denn eine Ökonomie des ganzen Hauses verweist darauf, dass massenhaft ökologisch und sozial unverantwortbare (desaströse) Arbeitsplätze stillgelegt werden müssen.

Diskutiert werden muss also, was eigentlich von mensch verantwortbar gewollt und konsumiert werden kann, folglich produziert werden soll. Verantwortbar meint, dass mögliche Ungewissheiten bezüglich der (Spät-)Folgen des Tuns sich erst ethisch und demokratisch rechtfertigen. Sensible demokratische und technische Frühwarnsysteme müssen installiert werden. Im Zweifelsfalle ist das Unterlassen höchste menschliche Leistung! Die Anwendung Grüner (Pflanzen) und Roter (Menschen) Gentechnik ist solch ein Zweifelsfall. Denn deren mögliche Folgen sind unkontrollierbare Manipulationen des Natürlichen, Sozialen und Individuellen bis hin zur totalitären Machtkonzentration.

Nach der Entscheidung über das Ob der Konsumtion und Produktion wäre nunmehr über das *Wie*, zu befinden. Dabei auch darüber, in welcher Organisationsform das als notwendig und sinnvoll Erachtete produziert werden soll – im makrosozialen, im mikrosozialen oder individuellen ökonomischen Kontext. *Diese* hier genannten politisch-diskursiven Prozesse stellen kapitalistische Herrschaftsverhältnisse radikal in Frage. Sie sind Essential einer Solidarischen Ökonomie, die es mit o. g. sozialem Mehrwert und auch mit der Ökologie ernst meint.

Zum Ansatz der Solidarischen Ökonomie gehört auch die Emanzipation des Individuums vom Zwang zum ökologisch, sozial und ökonomisch unverantwortbaren Tun. Vonnöten ist die konsequente Abwehr des Zwanges, weil das ökologische und soziale Gewissen des Einzelnen prinzipiell über den Bestimmungen der Vielen bzw. der Mehrheit steht – seien diese noch so demokratisch eingestellt. Das existenzsichernde bedingungslose Grundeinkommen ist *eine* Möglichkeit der Abwehr – weil es den existenziellen oder institutionellen Zwang zum unverantwortbaren Tun abschafft, die individuelle Freiheit als Voraussetzung von gelebter Verantwortung und Demokratie materiell absichert. Das bedingungslose Grundeinkommen ist darüber hinaus die der unbedingten Würde des Menschen adäquate Form der existenziellen Grundabgesichertheit. Drittens ermöglicht es erst freie Kooperationen, egal in welcher ökonomischen Sphäre. (3)

Existenziell oder institutionell erzwungene Kooperation dagegen beschädigen Solidarische Ökonomien nachhaltig. Viertens ermöglicht das Grundeinkommen allen Menschen ein Mehr an autonomen Tätigkeiten, die im Gegensatz zur Erwerbsarbeit, der immer ein Maß an Heteronomie innewohnt, sich als Selbstzweck gelten. Autonome Tätigkeiten realisieren Güter und Dienstleistungen, die um ihrer selbst geschätzt werden. Diese Tätigkeiten ermöglichen so eine Kultur der Selbstgenügsamkeit (autarkeia), die einer Ökologie sehr zuträglich ist. (4)

Neben dem Grundeinkommen ist die höchstmögliche Öffentlichkeit und Transparenz der Produktion und Konsumtion eine *weitere* Möglichkeit der Abwehr ökologisch und sozial unverantwortbaren Produzierens und Konsumierens. Hier sind die Stichworte ökologischer und sozialer Produzenten- und Verbraucherschutz. Nur wer weiß, was und wie produziert wird, kann verantwortungsbewusst Produkte bearbeiten bzw. konsumieren.

Solidarische Ökonomie als Ökonomie des ganzen Hauses ist gebunden an eine radikale Demokratie und an den Respekt vor der Eigensinnigkeit und der Eigenständigkeit der äußeren Natur, der sozialen Lebenswelt und des Individuums. So kann sie eine gesellschaftstransformatorische und emanzipatorische Funktion entfalten.●

Ronald Blaschke ist Begründer des Netzwerkes Grundeinkommen, www.grundeinkommen.de

1) **Günther Moewes:** Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern. Wien, München 2004. S. 142.

2) **Siehe Karl Marx:** Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Band 42. S. 600ff. Mit diesem Vergesellschaftungsschub begründete André Gorz das bedingungslose Grundeinkommen und solidarische Formen der sozialen Infrastruktur und Produktion, die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft generell. **Siehe André Gorz:** Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt am Main 2000 und ders.: Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie. Zürich 2004.

3) **Siehe Christoph Spehr (Hrsg.):** Gleicher als andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation. In: Reihe Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bd. 9. Berlin 2003, S. 77f. und 105.

4) **Siehe Otto Kallscheuer:** Freiheit und Gemeinsinn. In: Hans Leo Krämer / Claus Leggewie (Hrsg.): Wege ins Reich der Freiheit. André Gorz zum 65. Geburtstag. Berlin 1989, S. 148.

WERTPRODUKTION?

Bedingungsloses Grundeinkommen

Von der Wirklichkeit zur Utopie

Die Diskussion über Grundeinkommen hält bei Linken und Konservativen seit Jahren an. Das drückt ein unabweisbares Bedürfnis nach einer gesicherten menschlichen Existenz aus und zwar in einer Gesellschaft, in der Waren im Überfluss produziert werden und zugleich viele Menschen durch Erwerbsarbeit ihre Lebensgrundlage nicht mehr sichern können. Angesichts des sachlichen Reichtums in der Bundesrepublik etwa ist es skandalös, dass Menschen durch working poor oder/ und per staatliche Alimentierung auf dem elenden Harz IV Niveau vegetieren und durch erniedrigende Auflagen schikaniert werden. Könnte ich, würde ich die gönnerhaften Entscheider zum Selbstversuch zwingen.

Von Uli Weiß ● Dass ein Grundeinkommen diese Zumutungen überwinden könnte, ist zur selbstbetrügerischen Utopie geworden. Wen das verwundert, der oder die müsste sich u.a. mit folgenden Fragen beschäftigen:

1. Gibt es im Kapitalismus eine andere Quelle der Wertproduktion als die Lohnarbeit?
2. Bedeutet Grundeinkommen Übertragung von Wert ohne das Äquivalent geleisteter (Lohn-)Arbeit durch den Empfänger?
3. Ist eine derartige Übertragung von Wert grundsätzlich mit Kapitalismus vereinbar?

Wenn ja, welche Bedingungen ermöglichten bzw. erzwangen einen solchen (scheinbaren) Verstoß gegen das Wertgesetz?

4. Gibt es Entwicklungsstufen der kapitalistischen Warenproduktion, auf der diese Bedingungen verschwinden und damit eine massenhafte nichtäquivalente Übertragung von Wert immer unmöglicher?
5. Wenn nicht mehr über die Wertform vermittelt, wie könnte unter solchen Bedingungen materielle Existenz gesichert werden?

In der hier gebotenen Kürze nur soviel: Zum Ersten und Zweiten ist zu diskutieren, ob das Wertgesetz in der kapitalistischen Produktionsweise gilt. Doch selbst wer dies verneint, kann nicht ignorieren: Für das Grundeinkommen sollen Waren erworben werden, Dienstleistungen eingeschlossen, die andere Menschen in Lohnarbeit schaffen. Die Annahme, das Grundeinkommen koppele menschliche Existenz von Lohnarbeit ab und habe ein antikapitalistisches Moment, ignoriert genau dies. Weiter wird oft behauptet: »Geld ist genug da. Es muss anders verteilt werden« oder »Es gibt sehr wohl lohnarbeitslose Vermehrung von Wert – Zinsen, Vermehrung spekulativen Kapitals, nichtäquivalente Austausche (so zwischen Nord und Süd, unentgeltliche Verausgabung von Arbeit im Bereich menschlicher Reproduktion)«. Richtig ist: Zinsen, Aktiengewinne usw. sind Ansprüche auf den Gewinn aus gegenwärtiger bzw. zukünftiger Warenproduktion, also Lohnarbeit. Dass die Bereiche spekulativen Kapitals sich immer weiter von der Realproduktion entfernen, hebt diesen Zusammenhang nicht auf. Der bringt sich periodisch wie eine Naturgewalt zur Geltung, so in Immobilien- und Finanzkrisen. Es ist die verbreitete Identifikation von Geld und tatsächlichem Wert, die zur Illusionen von arbeitsloser Wertvermehrung führt und auch heute noch zur Annahme, es sei nur eine Frage des politischen Willens, diesen »Wert« anders zu verteilen.

Drittens: Eine auch massenhafte äquivalenzlose Übertragung von Wert an Einzelpersonen ist durchaus mit der kapitalistischen Produktionsweise vereinbar. Lange war dies sogar deren Existenzbedingung. Ein Widerspruch zum Wertgesetz? Wäre dann die Forderung nach Grundeinkommen nicht auch heute zwingend? Eine funktionierende Wertproduktion setzt voraus, dass auch dann jene gesellschaftlichen Bedingungen gesichert werden, wenn diese durch kapitalistische Unternehmen selbst nicht profitabel zu schaffen sind: Reproduktion von Menschen, Infrastruktur, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen usw. Diese individuellen bzw. allgemeinen Aufgaben wurden im persönlichen, familiären Bereich bzw. durch staatliche und Ideologie-Institutionen geleistet. Während der Unterhalt etwa von Kindern im Lohn der Verdiener in der Familie enthalten sein musste, wurde letzteres mittels Steuern usw. finanziert durch Abzug vom durch kapitalistische Lohnarbeit produzierten Wert.

Foto: DDP / Roland Magunia

Das bis in den westlichen Hochfordismus hinein ausgebaute soziale Netz erhielt etwa arbeitslose oder kranke Lohnabhängige (und ihre Familien) auch dann in einem ausbeutungsfähigem Zustand, wenn sie vorübergehend selbst keine Werte schufen – eine Art Grundeinkommen. Die Arbeiterbewegung hat das oft gegen den betriebswirtschaftlich begründeten Widerstand der Unternehmer erzwungen. Es beförderte die kapitalistische Entwicklung und den darin möglichen zivilisatorischen Fortschritt. Es sicherte dem nationalen Kapital bei aggressiver Expansion zugleich die Gefol- bzw. Gevolkschaft. Dieser Abzug am produzierten Wert und die wachsende Produktivität der Lohnarbeit senkte zwar immer schon tendenziell die Profitrate, doch Konkurrenzvorteile und Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise in die Weite und Tiefe haben das immer wieder wettgemacht. Ausdruck dessen war der durch alle Krisen und Kriege hindurch tendenziell wachsende Bedarf an Arbeitskraft.

Was ist heute so neu, dass die Grundeinkommensforderung falsch wird? Die Senkung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit für die Produktion der jeweiligen Waren, also die Produktivitätssteigerung hat eine solche Dynamik erreicht, dass ein immer größerer Teil der Menschen für die Wertproduktion unnötig wird oder nur noch zu frühkapitalistischen Bedingungen im Niedriglohnsektor arbeiten kann. Diese Entwicklung reduziert die Quelle des produzierten Wertes derartig, dass alle ökonomischen Gegentendenzen wett gemacht werden. Der Wert der freigesetzten Arbeitskräfte tendiert gegen Null, damit deren Zahlungsfähigkeit, ihre Möglichkeit der Teilhabe an zivilisatorischen Errungenschaften, an Beweglichkeit, Bildung, Gesundheit usw.

Kann vernünftige Politik helfen? Einer auf Wert gegründeten Produktionsweise bindet auch die Politik unvermeidbar an die Verteilung zuvor produzierten Wertes. Solange der sachliche Reichtum in der Wertform produziert wird, kann sie nichts daran ändern. Auch die stärkste Linksregierung könnte auf der Basis der Warenproduktion nicht dauerhaft gegen die ökonomischen Grundlagen handeln. Der Abbau der sozialen Netze, der Rückfall hinter erreichte zivilisatorische Standards ist nicht primär Ergebnis einer korrigierbaren Politik, sondern Ausdruck der Tatsache, dass die Wertproduktion selbst zur miserablen Grundlage der Zivilisation wird. Damit wird die Forderung nach Grundeinkommen unrealistisch und demagogisch. Sie vernebelt außerdem noch die Suche nach einem wirklichen Ausweg aus dem Dilemma: Auf der Basis heutiger Produktivität wird nämlich eine solche Produktion von Reichtum möglich, die nicht mehr über den Wert vermittelt ist. Heute verlangt nachhaltiges Ringen um die Existenz nicht unrealistisch gewordene Hoffnungen auf ein Grundeinkommen zu befördern, sondern theoretisch und praktisch nach einer solchen neuen Produktions-, Lebens- und Denkweise zu suchen.●

BRASILIEN: BANCO PALMAS

Ein erfolgreiches Experiment

Der Hauptunterschied zwischen Europa und Brasilien besteht im Fehlen eines Systems sozialer Sicherung. Die Armen werden sowohl vom Produktionsprozess als auch von der Verteilung des Reichtums der Gesellschaft ausgeschlossen. Das Land hat niemals das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht, obwohl das soziale Sicherungssystem an Beiträge gekoppelt wurde. Dies bedeutet, dass soziale Rechte an ein Beschäftigungsverhältnis gebunden wurden, eine andere Absicherung gab es bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahr 1988 nicht. (1)

Von Clóvis Zimmermann ● In der Folge wurden Arbeitslose von jeglicher Absicherung ausgeschlossen, wodurch sich die sozialen Probleme des Landes vehement verschärften. Um diese in den Griff zu bekommen, werden sowohl die Strategie eines neuen Produktionsprozesses (solidarische Ökonomie) als auch die Verteilung des Reichtums (Grundeinkommen) genannt. In diesem Artikel wird argumentiert, dass beide Strategien nicht in Widerspruch zu einander stehen, sondern sich entfalten und ergänzen.

Ein bekanntes Projekt der solidarischen Ökonomie in Brasilien heißt Palmenbank (Banco Palmas), das in der Favela Conjunto Palmeira der Stadt Fortaleza (2) entstanden ist. Die Palmenbank (3) wurde in zahlreichen Medien als »ein erfolgreiches Experiment« (4) der solidarischen Ökonomie genannt, welches ein Beispiel für Fortaleza sei, weil dadurch Arbeitsplätze und Einkommen für die armen Menschen geschaffen würden. Durch die Palmacard gab es einen Anstieg der Ernährungssicherheit im Viertel, weil die Armen dadurch ihre Grundbedürfnisse besser befriedigen konnten. Allein im Jahr 2001 konnten 150 besonders bedürftige Familien ihren Grund- und Notbedarf, insbesondere an Nahrungsmitteln, über die Benutzung der Palmacard befriedigen. Auf der anderen Seite zeigen neue Studien, dass das Projekt der solidarischen Ökonomie nicht die Grundbedürfnisse aller Menschen decken konnte (s. ANDRADE; ZIMMERMANN, 2007).

Außerdem ist das Projekt der solidarischen Ökonomie von einer unzureichenden Vermarktung der Produkte geprägt. Der Markt ist immer mehr von der Konkurrenz geprägt, was die Platzierung der Produkte erschwert, weshalb die Betriebe der solidarischen Ökonomie unter schwierigen Bedingungen und Konkurrenz arbeiten müssen. Dies trägt dazu bei, dass die Bedürfnisse der Menschen nicht allein durch eine solidarische Produktion gedeckt werden können. Deshalb ist es sinnvoll, die solidarische Ökonomie durch das Grundeinkommen zu ergänzen. Ein Grundeinkommen kann die Grundbedürfnisse der Menschen im solidarischen Produktionsprozess garantieren, wodurch der Druck der Vermarktung der Produkte gemildert werden kann. Zusätzlich kann das Grundeinkommen als Kredit für die Finanzierung der Aktivitäten der solidarischen Ökonomie dienen.

Ein Obdachloser liegt auf der Straße vor einem Schild, das auf spanisch zeigt „Nur für Privatkunden"

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Brasilien hat im Januar 2004 als erstes Land der Welt ein Gesetz zur Einführung des Grundeinkommens (Renda Básica de Cidadania) unterzeichnet. Nach dem Gesetz sollen alle Personen – auch Ausländer, die mehr als fünf Jahre im Land leben – eine staatliche Förderung erhalten, mit der sie ihre Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Erziehung und Gesundheit befriedigen können. Dabei handelt es sich um eine allgemeine finanzielle Unterstützung, die monatlich bedingungslos und ohne Unterschied an Reiche und Arme, Jung und Alt, Frauen und Männer gleichermaßen ausbezahlt werden soll.

Ein Grundeinkommen könnte in Brasilien zum ersten Mal die Menschen von der Drohung des Hungertods befreien und sie auf diese Weise wirtschaftlich wahrhaft frei und unabhängig von jeglicher Art unwürdiger Arbeit machen. Außerdem könnte somit die Wahlfreiheit der Menschen wesentlich erhöht werden. Niemand müsste sich mehr auf unmenschliche Arbeitsbedingungen einlassen. So verhält es sich beispielsweise im Extremfall mit der Sklavenarbeit, die es in Brasilien immer noch gibt, weil die Menschen keine andere Überlebensmöglichkeit haben und deshalb befürchten, zu verhungern.

Im brasilianischen Kontext ist die solidarische Ökonomie nur dann sinnvoll, wenn sie durch das Grundeinkommen ergänzt wird. Dieses kann die Grundbedürfnisse der Menschen im solidarischen Produktionsprozess garantieren, womit der Druck der Vermarktung von Produkten reduziert werden kann. Außerdem kann das Grundeinkommen als Kredit für die Finanzierung der Aktivitäten der solidarischen Ökonomie dienen, wodurch die Wahlfreiheit und Unabhängigkeit der Menschen von Banken und Kreditgebern wesentlich erhöht werden kann.●

Clóvis Zimmermann ist Doktor der Soziologie an der Universität Heidelberg und Dozent für Sozialpolitik an der Universidade Estadual de Montes Claros, Brasilien

Literatur

ANDRADE, Dorinha, ZIMMERMANN, Clóvis Roberto (2007) Solidarisches Handeln und die solidarische Ökonomie: Die Erfahrung der Palmenbank in Fortaleza, Brasilien. In: Sepp Fiedler; Andreas Eickelkamp (Hg.). Die Lifestyle-Falle: Der Klimawandel als Chance für ein neues Lebensgefühl. Berlin Rhombos-Verlag, S. 113-126.

FROMM, Erich. (1984). Über den Ungehorsam und andere Essays. Zürich: Ex Libris.

ZIMMERMANN, Clóvis Roberto (2007). Die Einführung des Grundeinkommens im Kontext der brasilianischen Sozialpolitik. In: Andreas Exner; Werner Rätz; Birgit Zenker (Hg.). Grundeinkommen: Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien: Deuticke, S. 211-221.

Anmerkungen:

1) In den 90er Jahren haben sich die Debatten und Kampagnen um die Einführung von Mindesteinkommensprogrammen zur Bekämpfung der Armut intensiviert. Auf kommunaler Ebene knüpfen diese Programme an dem im Jahr 1991 vorgeschlagenen Gesetzentwurf des Senators Eduardo Suplicy (PT) an. Dieses Projekt hat intensive Debatten in den Medien, vor allem in angesehenen Zeitungen und Zeitschriften, entfacht. In deren Folge wurden durchaus neue Wege bei der Armutsbekämpfung auf lokaler Ebene beschritten. Von 1995 an haben zahlreiche Kommunen Brasiliens, zunächst Campinas, Ribeirão Preto und der Bundesdistrikt Brasília, Mindesteinkommenprogramme zur Armutsbekämpfung eingeführt. Ab dem Jahr 2000 wurden Mindesteinkommen von der Regierung Fernando Henrique Cardosos auch auf Bundesebene eingeführt. Auf diese Weise entstanden folgende Einkommenstransferprogramme: die Schulbeihilfe für arme Familien, die ihre Kinder in die Schule schicken, die Ernährungsbeihilfe (Programm zur Ernährung der Mütter) und die Gasbeihilfe, eine kleine, zweimonatlich ausbezahlte Summe, um Gas für die Küche zu kaufen. Bereits Ende Oktober 2003 hat die Regierung Lula dann die unterschiedlichen Einkommenstransferprogramme in einem Familienstipendium (Portugiesisch Bolsa Família) zusammengeführt. Jede in extremer Armut lebende Familie bekommt monatlich einen Betrag von 50 bis 95 Real, je nach Anzahl der Kinder. Der Grundbetrag liegt bei 50 Real, bis pro drei Kinder werden 15 Real hinzu bezahlt. Der Durchschnittswert des Familienstipendiums lag im Jahr 2006 monatlich schätzungsweise bei etwa 70 Real, etwa 25 Euro pro Familie.

2) Fortaleza ist mit 2.141 Millionen Einwohnern (Stand Jahr 2000) die Hauptstadt des Bundesstaates Ceará im Nordosten Brasiliens.

3) Die Einwohnervereinigung des Conjunto Palmeiras hat am 20. Januar 1998 die Palmenbank ins Leben gerufen. Ziel der Palmenbank ist es, Kleinkredite für die lokale Produktion und Konsumtion über niedrige Zinsen zu gewähren, ohne Einkommensnachweis, Bürge oder sonstige Bedarfsprüfungen. Die Nachbarn geben Hinweise über die Vertrauenswürdigkeit des Kreditnehmers. Damit soll gezeigt werden, dass die Palmenbank ein Netz der Solidarität zwischen Produzenten und Konsumenten sei.

4) Zeitung O Povo von 28.08.2000.

GENTECHNIK-KRITIK II

Die Gründe oder: Warum eine emanzipatorische Perspektive der Gentechnikkritik notwendig ist

Glaubt mensch den Umfragen, so sind 70, zeitweise sogar 80 Prozent der Menschen in Deutschland skeptisch bis ablehnend gegenüber Gentechnik im Agrar- und Lebensmittelbereich. Einen wesentlichen Anteil an dieser breiten Mobilisierung von Öffentlichkeit hatten zwar die oft mit herrschaftskritischen Positionen verbundenen Feldbesetzungen der 90er Jahre, doch unter der anschließenden Führungsrolle von Umweltverbänden mit ihren politischen und PR-Interessen verschoben sich die Begründungen.

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von Unten ● Nun stehen schon seit längerem gesundheitliche und ökologische Risiken im Mittelpunkt formulierter Ängste und Kritiken. Die sind oft nachvollziehbar und wichtig. Aber sie sind ein Ausschnitt – und zwar der, der im gehobenen BildungsbürgerInnentum und damit in der Zielgruppe der oft sehr klientelorientierten Umweltverbände im Vordergrund steht. Diese Verkürzung war und ist gefährlich. Denn in der Folge wandelte sich die Auseinandersetzungsform. Die in den Risikodebatten auf wissenschaftliche Sprache trainierten GenpfuscherInnen konnten sich hier gut bewegen und als »Wissenschaftler« inszenieren, denen es vermeintlich nur um die Sache ging. Ständig warfen sie mit irgendwelchen Gutachten um sich und schüchterten die KritikerInnen ein, die nicht so viele Quellen und chemische Formeln herunterbeten konnten – oder schlicht nicht gewohnt waren, so dreist zu lügen und irgendwelche sog. wissenschaftlichen Erkenntnisse zu zitieren, die es zum Teil überhaupt nicht gab. (1)

Es gibt eine weitere Schwäche der Risikodebatte – nämlich die, dass es eben um Risiken, also nur mögliche Nachteile, geht. So können GentechnikbefürworterInnen unwidersprochen formulieren, dass zwischen Vorteilen und Risiken abzuwägen ist. Das aber ist schon tendenziös, denn es besagt, dass Gentechnik das Positive tatsächlich schafft, das Negative aber nur entstehen könnte. Oft bleibt es unbemerkt, dass sich die BefürworterInnen so einen argumentativen Vorteil verschaffen. Daher ist eine Erweiterung und Zuspitzung der politischen Begründungen auf weitere gesellschaftliche Fragen notwendig. Denn durch die »Herrschaftsbrille«, d.h. mit herrschaftsdemaskierendem Blick, hat die aktuell entwickelte Gentechnik bereits deutlich erkennbare Nachteile. Diese lassen sich auch nicht durch weitere »Sicherheitsforschung« abschaffen – daher kippt auch das Argument der heute propagandistisch fast immer als Sicherheitsforschung deklarierten Gentec-Versuche.

Im Folgenden sollen Kritikpunkte gegen Gentechnik benannt werden, die im System dieser Technik verankert sind und innerhalb der herrschenden Verhältnisse antiemanzipatorische Tendenzen stärken:

● Bereits häufiger in die Diskussion eingebracht wurde der Hinweis auf steigende Abhängigkeiten der VerbraucherInnen und der LandwirtInnen. Die Entwicklung der Gentechnik bei Profit- und Machtorientierung soll die KundInnen an die Produkte der Firma ketten durch Knebelverträge, Kombinationen von Saatgut und Spritzmittel sowie Patentierungen.

● Neue Profit- und Machtsphären entstehen durch die Ausdehnung der Verwertungslogik auf bisher nicht erfasste Lebensbereiche, z.B. die Patentierung von Tieren und Pflanzen, Gensequenzen usw. Hierdurch werden die Spielräume für eine selbstbestimmte Entwicklung eingeschränkt, da die patentierten Organismen und Sequenzen für selbstorganisierte Ökonomien verloren gehen.

Wissen und Möglichkeiten der Nahrungsmittelversorgung, der Bekämpfung von Krankheiten und Verletzungen oder anderer lebenswichtiger Technologien sind nicht für alle Menschen gleich verfügbar, sondern werden von profitorientierten Unternehmen gehortet. Da Konzerne aufgrund der Regel der ständigen Verwertung und des Marktes immer alle Möglichkeiten ausnutzen, sich Profit, Monopol und Macht zu sichern, ist das Patent auf Leben keine Spitze des Eisberges, sondern ein Grundmuster, dass unter Herrschaftsverhältnissen zur Gentechnik dazugehören wird.

● Gentechnik ist vom Ansatz her ein Reparieren an Natur und Mensch – zumal mit technischen Mitteln, d.h. es lenkt den Blick vom Sozialen auf das Technische. Die Ziele der Gentechnik aber sind fast ausnahmslos soziale: Gesundheit, Lebensmittelverteilung (nicht deren vermehrte Erzeugung, denn die Menge ist nicht das Problem!), Überwachung, Eugenik bis Euthanasie. Somit fördert die Gentechnik prinzipiell die Ausdehnung des Ingenieursdenkens auf soziale Fragen. Die Gesellschaft und die in ihr lebenden Menschen werden immer stärker zu einem Gegenstand des Sezierens in Laboren und Fabriken.

● Selbst in den Fällen, wo offensichtlich die Ausdehnung von Elend, Ausbeutung, Armut und Hunger dem Zweck der Profitmaximierung dient, ist die Forschung und Entwicklung sofort dabei. Dass Firmen und EntwicklerInnen dann bewusst den Weg über Leichen wählen, ist wieder kein Zufall oder eine Entartung kapitalistischer Wirtschaft, sondern folgt schlicht deren Grundlogiken.

> Emanzipatorisch heißt, die Befreiung und Selbstentfaltung des Menschen (als Individuum und als Gruppe, die aber aus freier Selbstbestimmung gewählt wird – also nicht Kategorien wie Nation, Volk, Frau, Mann, Minderjährig, Behindert ...) in den Mittelpunkt zu stellen und immer vom Menschen her zu denken und nicht in vermeintlich über ihm stehenden Zielen. Wer die Heimat, die Schöpfung, das Volk u.ä. beschützen will, denkt nicht vom Menschen, sondern von über dem Menschen eingeordneten Einheiten her.

Das berühmteste Beispiel war und ist die Terminatortechnologie. Mittels spezifischer Gensequenzen soll verhindert werden, dass die geernteten Samen als Saatgut weiterverwendet werden können. So wird Selbstversorgung unmöglich gemacht und die LandwirtInnen werden in dauerhafte Abhängigkeit getrieben. Wer sich den Bedingungen der Konzerne nicht unterwirft und nicht zahlungskräftig ist, scheidet aus. Da in weiten Teilen der Welt die Grundversorgung der Bevölkerung von der Selbstorganisierungsfähigkeit der BäuerInnen abhängt, kann solche Gentechnik den Hunger eher verschärfen als ihn zu bekämpfen. Das ist kein Risiko, sondern ein bereits realisierter und wachsender Nachteil – zumindest zeigt es an, welches Gedankengut in den Laboren der Gentechnikentwicklung vorherrscht.

● Aus Profit- und Machtinteressen kombinieren die Konzerne und Institutionen der Gentechnik ihre gentechnischen Veränderungen mit Kontroll- und Steuerungsmechanismen. Damit verfolgen sie nicht Ziele des Umweltschutzes, der sicheren Nahrungsmittelversorgung oder der Hilfe für LandwirtInnen, wie sie in ihrer Werbung stets als Grund für Gentechnik angeben. Sondern sie wollen die Weiterverwendung des Saatgutes, ja selbst die Verbesserung des Saatgutes durch Weiterzüchtung unterbinden, wenn sie ihnen keinen Profit bringt, und vereinfachte Nachweismöglichkeiten für (z.B. aus der puren Not heraus entstandene) Weiterverwendungen haben.

Zudem wollen sie den Einsatz und die Wirkungen besser steuern können. So entwickeln Konzerne zur Zeit gentechnische Schaltersequenzen, die bestimmte Wirkungen der Pflanze bei Kontakt mit bestimmten chemischen Substanzen auslösen. Dadurch ist nicht nur der Kombinationsverkauf z.B. mit Pestiziden garantiert, sondern es lassen sich auch ganz andere Anwendungsfälle vorstellen, deren von Machtinteressen angetriebene Erforschung längst läuft: Beispielsweise die Möglichkeit, in Konfliktfällen durch das Besprühen ganzer Landschaften gezielt Hungersnöte auszulösen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen dienen Forschung und Anwendung der Gentechnik prinzipiell Profit- und Machtinteressen. Das gilt auch für andere Forschungs- und Technikbereiche. Daher ist mit der Kritik an der Gentechnik auch die Kritik an den Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft zu benennen. Die anderen, zur Zeit im Vordergrund stehenden, gesundheitlichen und ökologischen Argumente gegen die Agro-Gentechnik bestehen darüber hinaus weiter.

Feldbefreiungsaktion im Oderbruch Ende Juli 2007. Über 400 Menschen diskutierten vor der Bühne über Agro-Gentechnik und Widerstand

Blick in eine bessere Zukunft?

Solange die Gesellschaft durch die in ihr durchgesetzten Regeln auf Sicherung und Ausbau von Macht und Profit ausgerichtet ist, werden alle technischen Entwicklungen ebenso wie das praktische Handeln in Politik und Wirtschaft auch diesen Zielen dienen. Umgekehrt heißt das: In einer herrschaftsfreien Welt fallen die Motive des Herrschaftsausbaus (zu diesem Zweck entwickelte Kontroll- und Durchsetzungsmittel, Waffen usw.) weg. Es würde »nur« noch geforscht nach dem, was aus der Sicht der Menschen selbst von Vorteil ist. Und das ist vieles, wovon so einiges zur Zeit kaum verfolgt wird, weil es eben keinen Profit und keine Machtausdehnung bringt. Kleine, hocheffiziente Windräder für jedes Hausdach oder Mini-Blockheizkraftwerke mit automatischer Faulschlammgärung aus Vakuumtoiletten der umgebenden Wohnungen zum Beispiel: Die würden den Strommarkt überflüssig machen und damit den Ort, wo der Profit realisiert werden kann.

Die Ausweitung der Gentechnikkritik durch die Herrschaftsbrille und das offensive Formulieren einer Zukunft, in der nicht die Zunahme von Kontrolle, Macht und Reglementierung, sondern deren Verschwinden die menschliche Produktivkraft für ein besseres Leben nutzbar macht, hat noch einen kleinen, aber in der politischen Praxis wertvollen Nebenaspekt. Es entsteht eine deutliche Abgrenzung gegenüber antiemanzipatorischen Blickwinkeln. Solange nämlich nur Gesundheit und Umweltschutz die Kritik ausmachen, können sich Rechtsextreme, AnbeterInnen fremder Mächte (von kosmischer Energie bis zu irgendwelchen Göttern, deren Willen zu befolgen sei oder deren Werke mit der Gentechnik besudelt würden) oder FreundInnen entfesselter Regulierungswut durch immer neue Gesetze und Ordnungstruppen (Kameras an allen Feldern?) problemlos einreihen. Die Unterschiede würden nicht auffallen. Sie wären im Kern ja auch gar nicht vorhanden. Wo aber eine emanzipatorische Orientierung sichtbar wird, entspannt sich die Lage. Wer sich um die Machtfülle von Staaten oder Göttern, die Reinheit von Völkern oder die Unversehrtheit von Heimat sorgt, steht dann im Widerspruch dazu. Ausgrenzungen sind gar nicht mehr nötig, weil der Unterschied sichtbar ist.

Widerstand und Vision

Die emanzipatorische Kritik der Gentechnik ersetzt weder andere Argumente noch die Propaganda der Tat. Erstrebenswert wäre eine Kombination, d.h. die Vision einer herrschaftsfreien Welt und die konkrete Kritik der Gentechnik entfalten ihre größte Wirkung, wenn sie den Erregungskorridor füllen, der durch die praktische Tat entsteht – sei es die Feldbefreiung oder -besetzung, die subversive Aktion gegen die Propaganda der Konzerne, eine symbolische Aktion an den Zentren der Macht oder die Blockade bzw. Sabotage des laufenden Betriebs.●

www.herrschaftsfrei.de.vu

1) Probieren Sie doch mal, in einer Debatte ein nie existentes Gutachten zu zitieren – mit Namen, Quelle, am besten noch den Hinweis, dass es nur englischsprachig vorliegt. Das macht Eindruck. Dafür ist es überhaupt nicht notwendig, dass es existiert.

Exkurs zur Frage von Herrschaft und Technik

Technikentwicklung und Projektrealisierung finden auch in herrschaftsfreien Zeiten statt. Sie nehmen aber eine andere Richtung, weil sie auf anderen Logiken basieren. Realisiert wird, an was Menschen interessiert sind – und zwar von sich aus, nicht aus dem Zwang zur Verwertung oder dem Willen zur Beherrschung heraus.

Weil sie ihr Wissen nicht von anderen abschotten können, ist jede Erfindung oder Entwicklung potentiell für alle gut. Und weil das unmittelbar einleuchtend ist, wird auch das Interesse steigen, dass Wissen sich austauscht und verbreitet – was wiederum fördert, dass horizontale Kommunikationssysteme entstehen. Denn: Nur unter Profit- und Machtgesichtspunkten ist es vorteilhaft, wenn Wissen gehortet, patentiert oder geheimgehalten wird. Das steigert den Preis oder Herrschaftsnutzen.

Wo aber die Verwertungslogik fehlt, kann einE ErfinderIn nur alles für sich behalten, Konstruktionspläne verbrennen oder was auch immer. Davon hat sie/er nichts. Ist das Wissen aber frei, wird jedeR ErfinderIn schnell Verbesserungsvorschläge erfahren und wiederum bei anderen abgucken können. Es ist besser für jede Person, wenn sich jede andere Person auch voll entfalten und maximal viele gute eigene Gedanken entwickeln kann.

Was herauskommt, wäre ein grandioser Schub an Technikentwicklung für ein besseres Leben. Und das schnelle Ende der Entwicklung von Technik für mehr Profite. Statt großen, zentralen Kraftwerken oder Windparks, die ja wegen des dann erzwungenen Stromvertriebs über den Markt vor allem aus Profitinteressen entstehen, wird es viele kleine, oft technisch sehr fortschrittliche Lösungen geben, deren Ziel es ist, dass die Menschen es gut haben: Warm in den Räumen, schlaue Geräte am Stromnetz, arbeitssparende und hoch-effiziente Entsorgung von Fäkalien und Abfällen usw. Um Totalausfälle zu vermeiden, lohnt sich ein Verbund zwischen den verschiedenen Organisationseinheiten, deren Grenzen ohnehin nicht scharf gezogen sind – warum sollte daran jemand Interesse haben?

Alles basiert in einer herrschaftsfreien Welt auf Interessen der Menschen selbst. Sie werden eine Mobilität entwickeln, die ihren Wünschen entspricht: Reisen zu können (viele Menschen haben Lust auf Mobilität, daher werden Methoden des Vorankommens entstehen), ohne Lebensqualität zu verlieren (viele Menschen werden Lust auf lärm- und gestankarmes Leben haben, Kinder und Erwachsene wollen vor der Haustür spielen, daher wird die heutige Form der mit Zwang durchgesetzten Auto-Mobilität keine Chance haben).

Was wird entstehen? Schwebebahnen? Das ist schwer vorherzusagen. Wir sind von dieser Welt weit entfernt. Nur eines dürfte klar sein: Eine herrschaftsfreie Welt ist keine anti-technische Welt. Ganz im Gegenteil: Die Produktivkraft wird extrem steigen, wenn die Menschen für ein besseres Leben tätig werden. Auch wenn sie (was zu erwarten ist) viel mehr das bessere Leben auch genießen werden – sie werden viel produktiver, einfallsreicher und kommunikativer agieren. Weil es ihnen hilft! Der Egoismus in Form des Willens zu einem besseren Leben, treibt die Produktivität und den Erfindungsreichtum der Einzelnen an, führt aber ebenso zu viel Kooperation und zum Wunsch, dass sich andere auch entfalten, weil ich das von ihnen Erschaffene nutzen, kopieren oder weiterentwickeln kann.

Anzeige

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT
STICHWORT BAYER
GENTEC
BAYER-Labor „3. Welt“
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.org
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

INFORMATIONEN ZUM LAUFENDEN 129a VERFAHREN GEGEN ANTIFAZUSAMMENHÄNGE IN BERLIN UND NORDDEUTSCHLAND

Weg mit dem Gesinnungsparagraphen 129a

Der Paragraph 129a (»Bildung einer terroristischen Vereinigung«) hat leider wieder Konjunktur. Er wird von den Repressionsbehörden mal wieder genutzt, um linke Projekte oder Einzelpersonen auszuspähen und zu kriminalisieren. Wolfgang Kaleck, Vorsitzender des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) und Verteidiger in dem Verfahren gegen den Berliner Andrej H., wies dieser Tage auf die grundsätzliche Handhabung des §129a in den vergangenen Jahren hin: »Nach dem 11. September 2001 sind leider die Stimmen gegen den §129a leise geworden. Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass dieser Paragraph weiter gegen Soziale Bewegungen und bestimmte Formen militanten Protestes angewandt wird. Deshalb ist es wichtig, weiter daran zu arbeiten, dass die Terrorismussondergesetze abgeschafft werden.« Nachfolgend ein Text der Berliner Soligruppe zu dem 129a-Verfahren, das leider keinen Namen hat, weil es Beschuldigte in Schleswig-Holstein und Berlin gibt und die Durchsuchungen an zwei unterschiedlichen Tagen im Juni stattgefunden hatten.

Am 13. sowie am 19. Juni 2007 durchsuchte das Bundeskriminalamt unter Federführung der Bundesanwaltschaft mit Hilfe der verschiedenen Länderpolizeien mehr als ein Dutzend Wohnungen in Hamburg und Umgebung sowie drei Wohnungen in Berlin. Diese Hausdurchsuchungen stellen den vorläufigen Höhepunkt eines Ermittlungsverfahrens nach Paragraph 129a gegen politische aktive Antifaschisten und junge Linke aus der norddeutschen Kleinstadt Bad Oldesloe sowie aus Hamburg und Berlin dar.

In den vorangegangenen Ermittlungen des schleswig-holsteinischen LKA und des BKA kam das gesamte Instrumentarium, welches die Polizei bei »Anti-Terror-Ermittlungen« zur Verfügung steht, zur Anwendung. Es wurde observiert, teilweise bis in den Urlaub beschattet, Telefone wurden abgehört, der Email-Account und die Internetnutzung überwacht, Autos verwanzt und mit Peilsender versehen sowie mittels des großen Lauschangriffs auch Privatwohnungen abgehört. Diese Maßnahmen liefen teilweise gegen einzelne Beschuldigte und deren »Kontaktpersonen« über ein Jahr.

Was war passiert?

Im Februar 2002 ereignete sich ein Brandanschlag auf ein Bundeswehrfahrzeug in dem Dorf Glinde, welches in der Nähe der vor den Toren Hamburgs gelegenen Kleinstadt Bad Oldesloe liegt. Im März 2004 gab es Brandanschläge auf Bundeswehrfahrzeuge in Berlin und eine Rüstungsfirma in Bad Oldesloe. Im März 2006 fand ein Brandanschlag auf eine Rüstungsfirma in Bad Oldesloe statt. Es entstand jeweils Sachschaden. Menschenleben waren zu keiner Zeit gefährdet.

Im Juli 2006 stieg eine »Ermittlungsgruppe Sudan« des LKA Schleswig Holstein in das Verfahren ein und wertete den letzten Anschlag als Aktion gegen den G8 Gipfel 2007, welcher in Deutschland stattfinden sollte. Dieses Treffen der politischen Repräsentanten der acht führenden Industriestaaten versetzte die verschiedenen deutschen Sicherheitsbehörden, in Alarmbereitschaft und lässt diese in ungezügelten Aktionismus gegen einen fast schon in Vergessenheit geratenen Feind verfallen: Die radikale Linke.

Eine »terroristische Bedrohung« wird im Vorfeld des Gipfels an die Wand gemalt und mit einer martialischen Durchsuchungswelle am 9. Mai 2007 (siehe CONTRASTE Nr. 273) in ganz Norddeutschland und Berlin unterstrichen. »Linksextreme« und »autonome Gewalttäter« waren nun nach Jahren der öffentlichen Abstinenz eine Gefahr und wieder von Interesse bei den Staatsschutzbehörden und der mit ihnen befreundeten Journalisten. Das alte Angstgespenst des »Linksterrorismus« wurde wieder aus der Gruft hervorgeholt, welches im inneren Sicherheitsdiskurs der letzten Jahre, durch Nazis und Islamisten verdrängt worden war.

Die 129a-Ermittlungen in der norddeutschen Provinz laufen an. Die »Ermittlungsgruppe Sudan« des schleswig-holsteinischen LKA prüfte nun, welche Handys in der Tatnacht im Juni 2006 in Bad Oldesloe eingeloggt waren. Sie wurden fündig bei zwei linken AktivistInnen, die in dem Ort lebten und der Polizei aufgrund ihres antifaschistischen Engagements bekannt waren. Bei Ihnen wurde fortan das Telefon abgehört. Zeitgleich kam das Bundesinnenministerium zu dem Schluss, dass das Bekennerschreiben zu dem letzten Brandanschlag in der Region Übereinstimmungen zu den »Selbstbezichtigungsschreiben« – kurz SBS – (so das abgebrochene Polizeideutsch) der von anderen Gruppen unterzeichneten Aktionen im Jahr 2004 und 2002 besitzen solle. Zwei weitere AktivistInnen aus der Region und Berlin werden dem Verfahren gegen die beiden ermittelten Handybesitzer aufgrund »polizeilicher Erkenntnisse« zugeschlagen. Fertig war die »terroristische Vereinigung«!

Demonstration »Freiheit statt Angst« am 22.9.2007 in Berlin Foto: indymedia

Verdächtig ist von nun an alles

Aus den vier Verdächtigen der herbei phantasierten »terroristischen Vereinigung« wird im Jahr 2007 bis zu den Hausdurchsuchungen Mitte Juni 2007 eine Gruppe von elf Personen.

Hierbei nahmen die Konstrukte des BKA und der ihnen zu arbeitenden LKAs aus Berlin, Hamburg und Schleswig Holsteins immer abstrusere Formen an. Sie verliefen aber immer nach einem recht ähnlichen Schema: Person X aus der »terroristischen Vereinigung« kennt Person Y. Person Y ist ebenfalls politisch aktiv und den Staatsschutzbehörden bekannt, verkehrte in norddeutschen Antifa-Zusammenhängen und ist vermeintlich konspirativ. Konspirativität ist in der behördlichen Logik schon, wenn nicht über Straftaten und politischen Aktivismus am Telefon gesprochen wurde. Umso unverdächtiger desto verdächtiger bzw. konspirativer und gerissener.

Nun kennt Person Y, die über die Bekanntschaft mit Person X in den Kreis der Verdächtigen gerutscht ist aber auch noch Person Z. Person Z ist wiederum auch in linken Strukturen aktiv und führt nach Ansicht der Ermittlungsbehörden ein konspiratives Leben. Und wieder hat das BKA ein neues Mitglied der »terroristischen Vereinigung« gefunden.

Mehr als widersprüchlich sind die Analysen der Sicherheitsbehörden in ihrem Konstrukt. Einerseits wird dem beschuldigten Personenkreis ihr ständiges »konspiratives Verhalten« am Telefon zur Last gelegt, auf der anderen Seite basiert das ganze Verfahren auf der Unterstellung, einige der Beschuldigten hätten während eines Brandanschlages nicht nur ihre Telefone dabei gehabt, sondern sogar noch mehrfach während der Ausführung der Tat miteinander telefoniert. Eine Logik die nur mit viel behördlicher Gesinnung logisch erscheinen mag.

Diese BKA-Spinnereien führten sogar dazu, dass das Antifa-Engagement der verdächtigen Person X, Y und Z, die dadurch überhaupt erst in das Raster der Polizei gefallenen waren, auf einmal nur noch die Tarnung für das eigentliche »terroristische Anliegen« sein sollte.

Das Karussell der Absurditäten der im Ermittlungseifer festgefahren Beamten dreht sich aber noch weiter. Im November 2006 findet eine Aktionskonferenz zum bevorstehenden G8-Gipfel statt. Das ganze Arsenal, dass den Ermittlern durch den Paragraphen 129a zur Verfügung steht, wie GPS-Sender, stille SMS und verdeckte Observationen wird angewandt, um zu beobachten, was die vermeintlichen Gipfelgegner an diesem Wochenende machen. Keiner der Verdächtigen nimmt an dieser Konferenz oder an thematisch ähnlichen Aktionen teil. Der Umstand, dass sich keiner der Beschuldigten für die Konferenz interessierte, wurde durch die behördlichen Stalker messerscharf als »demonstratives Fernbleiben« und »auffallend unverdächtiges Verhalten« gewertet. Das angebliche konspirative bzw. eben nicht-politische Verhalten der Beschuldigten wird auf die vermeintliche Planung militanter Aktionen gegen den nahenden G8 Gipfel geschoben. Die Überwachung wird noch weiter intensiviert. Bis zum G8 Gipfel begeht keiner der »Terrorverdächtigen« eine thematische verwandte Straftat. Anstatt die Ermittlungen mit Schamesröte im Gesicht in irgendwelche Archive verschwinden zu lassen, schlagen Bundesanwaltschaft, BKA und die örtlichen LKAs vereint zwei Wochen nach dem G8-Treffen in Heiligendamm mit knapp 20 Hausdurchsuchen gegen Wohnungen, Arbeitstellen von Beschuldigten und Zeugen, sowie linke Projekte erneut zu.

Und wozu das Ganze?

Bevor es an eine Ursachenerforschung gehen soll, muss noch einmal an die, durch ihre andauernde Wiederholung, abgedroschen wirkende Feststellung erinnert werden, dass die Paragraphen 129 und 129a »Schnüffelparagraphen« sind, denen selten Verurteilungen folgen. Sie dienen zumeist dazu, betroffene Personen einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Diese von Juristen und Bürgerrechtlern getroffene Feststellung, dass selten Anklagen erhoben werden, bleibt statistische Wahrheit, wie sich aus einer kleine Anfrage an die Bundesregierung aus dem Jahr 2005 ersehen lässt!

Was die Motivation der Bundesanwaltschaft, des BKA, der verschiedenen LKAs und in diesen Behörden der einzelnen Abteilungen und ihrer Mitarbeiter ist, lässt sich nur erahnen. Ob die für die Maßnahmen Verantwortlichen wirklich denken, einer »ganz großen Sache« vor dem G8-Treffen auf die Schliche gekommen zu sein oder ob einzelne Beamte so ihren Hass auf Linke oder einzelne Aktivisten austoben möchten, bleibt natürlich im Dunkeln. Vielleicht denkt auch ein mancher Staatsschützer hinter dem Schreibtisch, ein paar ermittelte »Terroristen« können ihn/sie auf der Karriereleiter nach oben stoßen oder vielleicht finden die Damen und Herren der Inneren Sicherheit auch nur, dass Autos anzünden kein Mittel dazu ist, die eigentlich hehren Ziele durchzusetzen. Oder alles geschieht nur aufgrund des Kontrollwahns einzelner Behörden, die es nicht ertragen können, dass es Strukturen gibt, bei denen ihnen der Durchblick fehlt. Oder die Beschuldigten sind Teil einer gigantischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme geworden. Alle diese aufgeführten möglichen Motivationen sind mehr oder weniger gut begründete Spekulationen. Denn niemand von uns blickt in die Köpfe der Mitarbeiter der verschiedenen Strafverfolgungsbehörden.

Die Folgen eines 129 a Verfahrens

Wenn die behördliche Motivation von außen schon nicht ergründet werden können, so kann doch einiges über die Folgen eines 129a Verfahrens gesagt werden.

Strukturen und die Privatsphäre der Beschuldigten wurden bis in den letzten Winkel durchleuchtet. Die von der Polizei gewonnen Erkenntnisse fließen in neue Ermittlungen ein. Die betroffenen AktivistInnen sind gelähmt oder geben resigniert ihr politisches Engagement auf. Bürgerliche Existenzen und Karriereambitionen können vernichtet worden sein. Bündnispartner der von Ermittlungen Betroffenen gehen eventuell auf Distanz. Beschuldigte und ihre Gruppen kümmern sich nur noch um Solidaritätsarbeit, anstatt an gesellschaftlichen Veränderungen zu arbeiten. Die Möglichkeit eines Gefängnisaufenthalts steht im Raum. Erfahrungen aus den 129 und 129a-Verfahren der vorangegangenen Jahrzehnte gegen autonome Antifas, Atomkraftgegner und Linke zeigen diese möglichen Folgen auf.

Aus allem diesem Irrsinn gibt es nur zwei Forderungen zu ziehen: **Weg mit dem Gesinnungsparagraphen 129a und Solidarität mit den Betroffenen!!!**

Ein Mittel, Solidarität zu üben, ist es die Betroffenen finanziell nicht alleine zu lassen.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V., Kto Nr.: 191 100 462, BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund,
Stichwort: Razzien 2007●

Mehr unter:
www.soligruppe.blogsport.de
www.soligruppenord.blogsport.de
http://delete129a.blogsport.de
www.einstellung.so36.net

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Volker Eick / Rolf Gössner / Eberhard Schultz:
Wider den § 129a
Arno Klönne: Das Ungeheuer im Sauerland
Otto Köhler: Joschka lacht am besten
Hartwig Hohnsbein: Der heilige blutige Konstantin
Martin Petersen: Psychologisches Kapital
Otto Meyer: Die SPD verbraucht viel Schminke
Christoph Butterwegge: Neoliberalismus in der Krise
Ralph Hartmann: Illusionistisches Staatstheater
Kurt Pätzold: Drohende Jahrestage

Zehnter Jahrgang 20. Oktober 2007
21
€ 2,50 sFr 5,50

Mit weiteren Texten von Heinz Kersten, Sigurd Schulze, Lothar Kusche, Herbert Altenburg, Volker Bräutigam, Ludwig Elm, Bernd Heimberger, Felix Mantel, Thomas Rothschild, Eike Stedefeldt, Marja Winken u.a.

Bestellung:
Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 52,- (Ausland € 84,-),
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 29,-
Jahresförderabo € 75,- oder € 104,-
Kostenloses Probeheft anfordern.

Verlag Ossietzky
Weidendamm 30 B
30167 Hannover
www.sopos.org/ossietzky
Fax 0511- 21 55 126
ossietzky@interdruck.net

NIEDERLAGE FÜR DIE BUNDESANWALTSCHAFT

Erste Erfolge gegen §129a-Repression

Der Haftbefehl gegen den Berliner Soziologen und Aktivisten Andrej H. wurde aufgehoben. Er war Ende Juli gemeinsam mit drei weiteren Männern wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« (»militante gruppe«) inhaftiert worden. Am 22. August wurde ihm gegen Kaution und Meldeauflagen eine Haftverschonung gewährt, wogegen die Bundesanwaltschaft (BAW) Widerspruch einlegte. Nun hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, dass der Haftbefehl unrechtmäßig war und ihn aufgehoben.

Peter Schmidtke, indymedia ● Von verschiedenen Seiten wird die Entscheidung als Niederlage für die BAW gewertet. Das Verfahren nach Paragraph 129a gegen insgesamt sieben Beschuldigte läuft jedoch weiter. Drei von ihnen sitzen nach wie vor unter verschärften Bedingungen in Untersuchungshaft. Die AnwältInnen der Betroffenen und das Einstellungsbündnis fordern die Einstellung des Verfahrens gegen alle sieben Beschuldigten.

Wie die Pressestelle des BGH mitteilte, entschied der zuständige 3. Strafsenat bereits am 18.10. über die Beschwerde der BAW gegen die Haftverschonung H's. Der BGH hat demnach nicht allein die Haftverschonung bestätigt, sondern den Haftbefehl aufgehoben. Das Rechtsmittel der BAW »hat keinen Erfolg; vielmehr führt es zur Aufhebung des Haftbefehls«, heißt es in der Begründung des Beschlusses. Zwar hätten die Ermittlungen »die Einbindung des Beschuldigten in die linksextremistische Berliner Szene« und weitere Indizien belegen können, die einen »Anfangsverdacht« ausmachten, doch fehle für die Erlassung eines Haftbefehls der dringende Verdacht einer Straftat. Dieser könne aber mit »bloßen Vermutungen« nicht bejaht werden. Damit rechtfertigte der BGH zwar die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, sah aber für einen Haftbefehl keine Rechtsgrundlage.

Auf einer Pressekonferenz am 24.10. begrüßten die Anwältinnen und Anwälte der Beschuldigten die Entscheidung des BGH. Der BGH habe bestätigt, »dass die Rückschlüsse der Bundesanwaltschaft überzogen und rein spekulativ sind«, sagte Christina Clemm, die Andrej H. vertritt. »Sämtliche Grundrechtseingriffe, die mein Mandant in den vergangenen Monaten über sich ergehen lassen musste, sind damit rechtswidrig. Der nächste Schritt wird sein, das Verfahren einzustellen.«

Auch Ulrich von Klinggräff, einer der Verteidiger von Florian L., bewertete die Entscheidung als einen Schritt zur Einstellung des Verfahrens. Die Ermittlungen beruhten »größtenteils auf Mutmaßungen und Konstruktionen«, erklärte er. Da auch bezüglich der weiteren drei Beschuldigten kein dringender Tatverdacht nach Paragraph 129a vorliege, forderte er auch den Haftbefehl gegen Axel H., Florian L., und Oliver R. aufzuheben, die seit dem 1. August in Untersuchungshaft sitzen.

Für die BAW ist der Beschluss eine klare Schlappe. Dies sahen auch Volker Ratzmann (Anwalt und Fraktionschef der Berliner Grünen), Renate Künast (Fraktionschefin der Grünen im Bundestag) und Tobias Pflüger (MdEP der Partei Die Linke) so. Sie nannten das Ergebnis eine »Ohrfeige für die Bundesanwaltschaft«. Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke) forderte nach der Entscheidung, das Verfahren gegen alle sieben Beschuldigten einzustellen.●

INTERVIEW

Es geht voran – aber langsam: Erfahrungen mit der Betreuung von Genossenschaftsprojekten

Wie lassen sich verstärkt Genossenschaftsgründungen auf den Weg bringen? Die innova eG mit Hauptsitz in Leipzig hat zwei Jahre lang u.a. das Projekt »QuaGeno – praxisorientierte Qualifizierung für genossenschaftliche Projektentwicklungen« – im Rahmen der Entwicklungspartnerschaften NASE (Neue Arbeit und soziales Engagement) und NAVEX (Navigationssystem für Existenzgründer in der Region Oberfranken/Oberpfalz) durchgeführt. Beide Entwicklungspartnerschaften werden gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Equal. Die Koordinatorin von NASE, Regina Stipani, vom SPI – Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft in Magdeburg führte mit Burghard Flieger dazu ein Interview durch.

Welche Unterstützung bietet QuaGeno für Genossenschaftsinitiativen?

QuaGeno richtet sich vorrangig an Multiplikatoren, also an engagierte Menschen, die immer wieder Genossenschaftsgründungen initiieren und betreuen wollen. Einzelne Initiativen können aber auch eine Macherin oder einen Macher in diese Qualifizierung schicken. Sie oder er bekommt dann das Handwerkszeug bzw. die notwendigen Kenntnisse für die geplante Gründung. Da mit der Qualifizierung ein Support, also Hilfestellungen für eine konkrete Teamgründung verbunden ist, erhalten Genossenschaftsinitiativen so eine optimale Unterstützung für ihr Projekt.

Aus welchen Zusammenhängen kommen die Genossenschafts-Multiplikator/innen im QuaGeno-Projekt?

Das Spektrum der Branchen als auch der persönliche Hintergrund sind sehr breit. An der Weiterbildung nehmen selbständige BeraterInnen teil, aber auch Menschen, die in einem konkreten Projekt, beispielsweise einem Tagungshaus mitarbeiten, das aufgrund seiner Professionalisierung auf die Rechtsform der Genossenschaft zurückgreifen will. Im Idealfall sind die TeilnehmerInnen in einer Organisation eingebunden, beispielsweise in einem Wohlfahrtsverband, der beabsichtigt, in seinem Bereich verstärkt genossenschaftliche Projekte auf die Beine zu stellen. In einzelnen Fällen nehmen an der Weiterbildung auch Arbeitslose teil, die sich durch ihr Engagement selbst einen Arbeitsplatz aufbauen wollen.

Was müssen Teilnehmer Ihres Projekts mitbringen, um erfolgreich mit Genossenschaftsinitiativen arbeiten zu können?

Idealerweise besteht bereits eine Gruppe und eine Geschäftsidee und die TeilnehmerIn kann mit juristischen, wirtschaftlichen und gruppenpsychologischen Themen gut umgehen. Entscheidend ist aber eine hohe persönliche Überzeugung von der Genossenschaftsidee, so dass das Durchhaltevermögen besteht, die immer wieder auftretenden Hürden bei Gruppengründungen zu überwinden.

Welche Initiativen betreuen die QuaGeno-Teilnehmer/innen? Lassen sich Gemeinsamkeiten zwischen den betreuten Initiativen benennen?

Das Spektrum der betreuten Projekte ist wirklich sehr breit. Bei QuaGeno I gab es mehrere Selbsthilfegenossenschaftsinitiativen aus der Arbeitslosigkeit, die haushaltsnahe Dienstleistungen anbieten. Ebenfalls lag ein Schwerpunkt bei Wohngenossenschaften mit Zielen des generationsübergreifenden Wohnens bzw. des betreuten Wohnens im Alter. Bei QuaGeno II sind mehrere Initiativen für Stadtteilgenossenschaften eingebunden. Deren Kennzeichen ist fast immer ein sehr breites Leistungsangebot mit dem Ziel die wirtschaftliche und soziale Situation in einem vernachlässigtem Stadtteil zu verbessern.

Welche Unterstützung erfahren die Genossenschaftsinitiativen vor Ort, welche Unterstützung bräuchten sie?

Die meisten Projekte stoßen auf ein großes Wohlwollen bzw. auf eine hohe Bereitschaft der Unterstützung. Sobald diese aber konkret werden sollen, gibt es oft Schwierigkeiten. Die Projekte sitzen durch ihre Verknüpfung von sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben oft zwischen den Stühlen der Fördermittelvergabe. Auch sind viele Unterstützungsansätze eindimensional auf Langzeitarbeitslose, MitgrantInnen oder Ältere zugespitzt, so dass Gruppengründungen mit einem aus Sicht der Genossenschaft sinnvollerweise vielfältigen Mitgliederspektrum durch die meist einseitig formulierten Förderraster fallen. Hier wäre mehr Flexibilität und Bereitschaft zu unkonventionellem Handeln vor Ort durch Unterstützungseinrichtungen erforderlich.

Die 20 TeilnehmerInnen der zweiten Weiterbildung hatten im Oktober die sechste Einheit mit dem Schwerpunkt Kooperation und Vernetzung

In welchen Themengebieten sehen Sie Unterstützungs- und Qualifizierungsbedarf für Genossenschaftsmultiplikator/innen?

GenossenschaftsmultiplikatorInnen müssen eigentlich Allrounder bzw. UniversalistInnen sein. Der Unterstützungsbedarf umfasst deshalb juristische, betriebswirtschaftliche und gruppenpsychologische Themen. Die Scheitergründe der meisten Genossenschaftsgründungen liegen bei einer schlecht ausgearbeiteten Geschäftsidee oder in der unzureichenden Sozialkompetenz der Mitglieder. Insofern sind dies auch die Bereiche, in denen bei den Multiplikatoren der höchste Unterstützungsbedarf existiert.

Welche Ratschläge würden Sie Genossenschaftsinitiativen geben?

Erfolgreiche Genossenschaftsinitiativen haben in der Regel eine/n »Wahnsinnigen«, der trotz aller Höhen und vor allem Tiefen dabei bleibt und das Projekt permanent vorantreibt. Wenn sie bzw. er auch noch in der Lage ist, trotz hohen Engagements und Wissensvorsprungs die Gruppenmitglieder zu motivieren, sich dauerhaft zu engagieren, ist bereits sehr viel gewonnen.

Was ist entscheidend für den Erfolg einer Genossenschaftsinitiative? Was zeichnet erfolgreiche Genossenschaftsinitiativen aus?

Die ideale Konstellation, wie sie viele Genossenschaftsgründungen Mitte der achtziger Jahre, also vor zwanzig Jahren aufwiesen, gibt es gegenwärtig selten. Da waren oft drei oder mehr Personen gleich hoch engagiert und ließen sich auch von attraktiven Angeboten nicht aus ihrem Projekt abwerben. Wichtige Rollen wie die Außenvertretung, die Rolle des Finanzfachmanns, der Gruppenpsychologin und des Visionärs wurden von unterschiedlichen Personen wahrgenommen und schafften so eine attraktive Gruppenkonstellation. Darauf zu achten, dass solche unterschiedlichen Rollen in der Gruppe wahrgenommen werden, erhöht die Wahrscheinlichkeit auf dauerhaft soziale und wirtschaftliche Stabilität.

Welches sind die größten Hindernisse, die einer erfolgreichen Genossenschaftsgründung entgegenstehen?

Intern sind es Mängel bei der Geschäftsidee und des Gruppenzusammenhalts, extern spielen die bereits angedeuteten unzureichenden Unterstützungsstrukturen eine Rolle. Für Gruppengründungen mit Personen, die aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt sind, fehlen Förderinstrumente und damit auch oftmals Finanzierungen. Letzteres entsteht immer wieder, weil sich kein Programm bzw. keine Institution zuständig fühlt: Genossenschaften sind für die einen zu sozial und für die anderen zu wirtschaftlich orientiert.

Welche Erfolge hat das Projekt Quageno bisher erreicht?

Vieles lässt sich noch nicht endgültig sagen, da Teamgründungen und die Veränderungen der Umfeldbedingungen langfristige Prozesse darstellen. Es wurden aber rund 30 Genossenschaftsprojekte initiiert. Zudem stehen etwa 25 engagierte MultiplikatorInnen dafür zur Verfügung, so dass Genossenschaftsinitiativen nach dem Prinzip der kürzeren Wege nun kompetente AnsprechpartnerInnen in ihrer Nähe finden können. Einige Multiplikatoren haben sich auch auf spezielle Gründungen wie Wohnprojekte oder Stadtteilgenossenschaften spezialisiert. Genauso wichtig ist, dass sich ein erheblich größeres Interesse für das Thema Gruppen- und Genossenschaftsgründungen entwickelt hat als vor dem QuaGeno-Projekt.

Wie lange sollte der Atem sein, den man für eine erfolgreiche Genossenschaftsinitiative von der Idee bis zur Aufnahme des Geschäftsbetriebs braucht?

Entscheidend ist, wie engagiert die Gruppe ihr Projekt vorantreibt. In seltenen Ausnahmen gibt es Gründungen, die von der Kontaktaufnahme zur innova eG bis zur Gründung zwei oder drei Monate gebraucht haben. Da es sich in vielen Fällen bei den Gründungen, im Zusammenhang mit QuaGeno um Gründungen aus der Arbeitslosigkeit handelt, sollte schon von der Idee bis zur Eröffnung der Geschäftstätigkeit mit neun Monaten, manchmal auch bis zu einem Jahr gerechnet werden. Entscheidend ist, wie schnell die Geschäftsidee mit dem Wirtschaftsplan ausgearbeitet werden kann und wie schnell sich eine relativ offene Gruppe zu einem arbeitsfähigen Team entwickelt.●

Projektmanagement, Gruppenentwicklung, Wirtschaftsplanerstellung, Finanzierung und Ausarbeiten der Satzung sind feste Bestandteile im Curriculum von QuaGeno

BUCHBESPRECHUNG

Zukunftsperspektiven für Genossenschaften

Der Sammelband mit dem Untertitel »Bausteine für typengerechte Weiterentwicklung« verfolgt den hohen Anspruch »den aktuellen Stand der Forschung und zukunftsgerichtetes Denken in dieser Disziplin in kompakter Form« wiederzugeben. Die Herausgeber Münkner und Ringle, beide anerkannte Wissenschaftler im Bereich Genossenschaften, halten das Buch für geeignet, als Lehr- und Lernbuch im Fach Genossenschafts- bzw. Kooperationslehre zu dienen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Veröffentlichung »Zukunftsperspektiven für Genossenschaften«, herausgegeben von, Hans-H. Münkner und Günther Ringle, umfasst, für solche Sammelbände typisch, ein sehr breites Spektrum an Aufsätzen.

Die Hintergründe der AutorInnen sind sehr unterschiedlich. Vom DATEV-Mitarbeiter, über den Wissenschaftler, der vor allem mittelständische Kooperationen von selbständigen Unternehmen vorantreiben will, über die Referentin beim Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. und den Fachmann für ostdeutsche Wohnungsgenossenschaften bis hin zu mehreren Autoren, die vor dem Hintergrund einer Position im Volksbankensektor schreiben, ist alles vertreten. Auf diese Weise kommt ein buntes Kaleidoskop der Genossenschaftslandschaft zusammen. Gleichzeitig hat aber fast jede AutorIn einen anderen Genossenschaftstyp vor Augen, ohne dass dieser spezielle Blickwinkel in jedem Fall benannt wird.

Realität stärker wiederspiegeln

Entsprechend veranschaulicht der Sammelband mehr oder weniger unbewusst: Ohne eine ausreichende Differenzierung nach Genossenschaftsarten und -branchen und ihre Konkretisierung in Richtung empirische Wirklichkeit, bleiben viele Ausführungen zu abstrakt. Sie »erden« den von ihnen verfolgten Erkenntnisgewinn nicht auf den Bereich, für den er vielleicht vorantreibenden Charakter hätte. Besonders deutlich wird dies an den Ausführungen von Brunner »Genossenschaftliches Unternehmertum als geteiltes Unternehmertum«. Indem er für seine Ausführungen die Dülferschen Strukturtypen (traditionelle Genossenschaft, integrierte Genossenschaft und Marktgenossenschaft) nutzt, bleibt unklar, ob er auch realwirtschaftliche Phänomene abbildet und welche realen Genossenschaften in welchen Branchen denn gemeint sein könnten.

Einen Gegenpol hierzu nehmen die Ausführungen von Göler von Ravensburg ein. Nach einem theoretischen Vorspann, der sich in dem folgenden empirischen Überblick über neue Genossenschaften nur sehr begrenzt widerspiegelt, werden veränderte Umfeldbedingungen für Genossenschaftsneugründungen aufgezeigt. Dazu gehören Globalisierung, Novellierung des Genossenschaftsgesetzes, Thematisierung der missbräuchlichen Verwendung des Vereins für gewerbliche Zwecke, geänderte Verbandslandschaft etc. Anschließend veranschaulicht sie das breite Spektrum realisierter Neugründungen mit Hinweisen auf aktuelle Internetseiten. Sie reichen von Gründungen im Gesundheitssektor über IT- und Dorfladengenossenschaften bis hin zu Energie- und Sozialgenossenschaften. Sie empfiehlt als Schlussfolgerung zu Recht: Genossenschaftswissenschaft als auch -verbände sollten sich vor allem dem Thema Genossenschaften im Gesundheits- und Sozialwesen gezielter und ausführlicher widmen als bisher.

Visionärer Ausblick fehlt

Trotz solcher anschaulichen Beiträge, wie der zuletzt skizzierte, ist der für den Verkauf formulierte Anspruch der Veröffentlichung »Zukunftsperspektiven aufzuzeigen« zu hoch gegriffen. Unter den AutorInnen befinden sich zwar neben zahlreichen engagierten Nachwuchswissenschaftlern Hochschullehrer, die innerhalb der Genossenschaftswissenschaft einen eher kritischeren, für sozialwirtschaftliche Fragestellungen offeneren Part einnehmen. Über die Zukunft bleiben aber mehr Fragen als Einsichten. Weder wird ein ausreichender Einblick darüber gegeben, in welchen Branchen verstärkt genossenschaftliche Entwicklungen zu erwarten sind, noch welche Genossenschaftstypen unter den europäischen aber auch den begrenzenden bundesdeutschen Bedingungen zukunftsträchtig erscheinen. Ein oder zwei »visionäre« Ausblicke am Ende hätten der Veröffentlichung gut getan. Dennoch: Wer einen Einblick und Abbild des interessanteren Bereichs der aktuellen Genossenschaftsdiskussion in Deutschland gewinnen will, kommt an diesem Sammelband nicht vorbei.●

Münkner, Hans-H. / Ringle, Günther (Hg.): Zukunftsperspektiven für Genossenschaften. Bausteine für typgerechte Weiterentwicklung, Bern, Stuttgart, Wien 2006, 38,50 EUR

Der Rasen und Vietnam

Bis zur Ermordung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 war West-Berlin das eindeutige Zentrum der deutschen sogenannten »Studentenbewegung«. Mit der Überführung des Sarges am 8. Juni nach Hannover kam dann die Studentenbewegung auch nach Westdeutschland. Görlich erzählt in seinem Buch die Geschichte der Berliner Studentenbewegung im Zeitraum von ungefähr zwei Jahren vor und nach dem 2. Juni 1967 nach. Dies macht er in der Form angelehnt an die eines Reiseführers. Die Orte werden anhand einer Karte vorgestellt und in der Regel auch die Vorgeschichten der einzelnen Gebäude erzählt.

Er referiert die Orte und Adressen in Berlin, die für die Studentenrevolte wichtig waren, stellt sie und die dazugehörigen Ereignisse vor. Da sind das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft und der Henry-Ford-Bau, beide an der Freien Universität. Die Deutsche Oper an der Bismarckstraße, die mit dem Besuch des iranischen Schahs und der in einer Querstraße erfolgten Erschießung von Benno Ohnesorg verbunden ist. Der Kurfürstendamm als Aushängeschild des kleinbürgerlichen Berlin – Stichwort: Café Kranzler – wie auch als Ort der großen Demonstrationen und der gegen sie gerichteten Polizeieinsätze. Das Kriminalgericht Moabit am Tegeler Weg, das als Ort der Prozesse gegen einige Protagonisten der Studentenbewegung immer wieder Ziel und Schauplatz von Aktionen war. In der Nähe des Kriminalgerichts findet am 4. November 1968 die sogenannte Schlacht am Tegeler Weg statt, die gleichzeitig der Höhepunkt der Massenmilitanz wie der Endpunkt der Studentenbewegung ist. Das Haus am Kurfürstendamm 140, in dem der SDS residierte, und vor dem am 11. April 1968 das Attentat auf den damals 28jährigen Rudi Dutschke geschieht, ist mittlerweile abgerissen, heute steht dort ein mehrstöckiger Neubau. Das Springerhochhaus an der Kochstraße in Kreuzberg nimmt Görlich zum Anlass, die BILD-Zeitung, die »Enteignet Springer«-Kampagne und die gegen Springer gerichteten Osterunruhen darzustellen. Am Rathaus Schöneberg findet am 21. Februar 1968 die große Demonstration gegen die Studentenbewegung statt, 80.000 Menschen nehmen teil, die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen der Studentenbewegung bewegen sich in der Regel eher im vierstelligen Bereich.

Einige Personen aus dieser Zeit werden näher vorgestellt, Dutschke, der Bürgermeister Heinrich Albertz, Horst Mahler. Der SDS löst sich am 21. März 1970 auf, die letzte ordentliche Delegiertenkonferenz hatte im September 1968 stattgefunden. Die Studentenbewegung war an dem Umstand, dass sich viele aus der Bevölkerung über das verbotene Betreten des Rasens erregten, jedoch nicht über das Verbrennen von Kindern in Vietnam oder den Nationalsozialismus, gescheitert, wie es Peter Schneider in seiner berühmten Rede »Wir haben Fehler gemacht« schon am 5. Mai 1967 im Henry-Ford-Bau feststellte. Ihre Breitenwirkung in Form einer kulturellen Modernisierung der Gesellschaft sollte sich freilich erst viel später zeigen – sie reicht heute bis weit in die Lebenswelt wie auch in die etablierten Parteien hinein.

Eine ausführliche Zeittafel und eine Literaturliste schließen diesen sehr guten und reich illustrierten Band ab.●

Bernd Hüttner

Christoph Görlich: Die 68er in Berlin. Schauplätze und Ereignisse; Reiseziele einer Region, Band 4; Kai Homilius Verlag 2007, 368 S., 18 EUR

In Bewegung bleiben

Dieses Buch wird ein Standardwerk werden, dies ist schon zu seinem Erscheinen absehbar. Denn wo sonst fänden sich so viele lebendige und vielfältige Artikel zur Geschichte von Lesben und lesbischer Politik und Kultur in einem Band. Noch dazu informativ, historisch und bunt, analytisch und streitbar geschrieben. Das Buch ist aus der Sicht von Aktiven aus den Jahrgängen 1931 bis 1981 geschrieben und versammelt über 100 Beiträge zu Bewegung, Alltag und Kultur lesbischer Frauen im 20. Jahrhundert: politische Kämpfe, Widerstand und Rückschläge, Kontroversen und Streit, Spaß und Lust. Sehr sympathisch ist, dass darin linksradikale und militante Formen lesbischer Politik ebenso ausdrücklich ihren Platz haben, wie Tabuthemen, wie etwa Armut von Lesben oder Gewalt in lesbischen Beziehungen.

Sechs große Kapitel bilden die Struktur dieses schwergewichtigen Bandes. Nach einem ersten mit zwei Beiträgen zu lesbischem Leben im Kaiserreich, Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik folgt die Beschreibung des politischen Aufbruches der 1970er Jahre in der BRD. Danach platzieren die HerausgeberInnen im dritten Kapitel sieben Beiträge über lesbisches Leben in der DDR. Das vierte Kapitel versucht die politischen Kämpfe der 1980er einzufangen: Kämpfe gegen Imperialismus, Gentechnologie, und die schon beginnende Debatte um »Schwarz-sein« und Rassismus und Klassenhierarchien in der Frauen- und Lesbenbewegung.

Das darauf folgende Kapitel beschreibt die politische und Szenekultur der 1970er und 1980er Jahre in Westdeutschland: Hier werden Debatten nachgezeichnet, einzelne Projekte, wie selbstverwaltete Lesbenkneipen, Frauentagungshäuser oder lesbisch/feministische Medienprojekte vorgestellt. Ein eigener Abschnitt sind die überregionalen Orte des Zusammentreffens und der Auseinandersetzung unter Lesben, wie das alljährliche Lesbenfrühlingstreffen oder Lesbenwochen in größeren Städten. In den 1990er Jahren wurde es im Feminismus und auch in der Lesbenbewegung unübersichtlich und diffiziler, dies schlägt sich im Buch nieder. Das letzte Kapitel nimmt fast die Hälfte seines Umfangs ein, da hier das allermeiste dessen zumindest angesprochen wird, was nicht nur unter den Schlagworten *queer* und »Antirassismus« in diesem Zeitraum wichtig war. Da ist z.B. die Debatte um Transgender, um das Verhältnis der weißen »deutschen« Lesben zu lesbischen Migrantinnen oder people of color und die Institutionalisierung von Lesbenpolitik, etwa in Form der »Homo-Ehe«, die in der Lesbenbewegung sehr unterschiedlich aufgenommen wird.

Über 300 Fotos, Plakate und Titelbilder aus Bewegungsaktionen und -alltag illustrieren den Band, der – sehr vorbildlich – auch ein detailliertes Schlagwortregister und ein ungemein hilfreiches Literaturverzeichnis samt »grauer« Literatur und Internetadressen enthält.

Dieses Buch ist ein ebenso gutes wie gelungenes Beispiel dafür, wie eine Zeitgeschichtsschreibung der (neuen) sozialen Bewegungen aussehen kann. Es ist parteiisch, aber trotzdem vielfältig, die Autorinnen nicht allzu akademisch, die Beiträge sind in der Regel kurz und von verschiedenen politischen oder biographischen Standpunkten aus geschrieben, und nicht zuletzt ist das Buch zwar relativ konventionell, aber trotzdem ganz nett illustriert. Es so zu machen, wie es nun geworden ist, liegt sicher auch an der vergleichsweise kleinen Lesbenszene und ihrem – so sieht es zumindest von »außen« aus – großen inneren Zusammenhalt.

(Geschichts-)Bücher dieses Zuschnittes sollten auch noch für andere soziale Bewegungen produziert werden, auch wenn dies eine große Aufgabe sein mag.●

Bernd Hüttner

Gabriele Dennert, Christiane Leidinger und Franziska Rauchut. Unter Mitarbeit von Stefanie Soine (Hrsg): In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben; Querverlag Berlin 2007, 456 Seiten, 24,90 EUR

Gegenöffentlichkeit und Mediengesellschaft

Diese Veröffentlichung ist die Buchfassung einer Promotion an der Universität München. Die Promotion bestand aus einem empirischen und einem theoretischen Teil. Der theoretische liegt nun mit dem Buch vor, der empirische, über dessen Inhalt nichts bekanntgegeben wird, soll, so der Autor, »in einer anderen Form« veröffentlicht werden.

Wimmer stellt zuerst verschiedene theoretische Konzepte von Öffentlichkeit vor: Öffentlichkeit aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht, zweitens Öffentlichkeit als normatives Prinzip, ferner Habermas, Luhmann, die Ansätze von Öffentlichkeit als »intermediäres Kommunikationssystem« und das Phänomen der neuen transnationalen Öffentlichkeiten. Im zweiten Kapitel widmet sich Wimmer dann der Gegenöffentlichkeit beziehungsweise den Konzepten von Gegenöffentlichkeit. Hier referiert er Kritische Theorie (Brecht, Enzensberger), dann Nancy Fraser und Oskar Negt / Alexander Kluge als VertreterInnen der These der »maginalisierten Öffentlichkeiten«, drittens die neueren Ansätze der Cultural Studies aus den 1980er und 1990er Jahren (Hall, Fiske, Grossberg). Als »Institutionen« (sic!) von Gegenöffentlichkeit nennt Wimmer neue soziale Bewegungen, alternative Medien inclusive Netzaktivismus und Kommunikationsguerilla. Zum Schluss untersucht Wimmer das Verhältnis von Gegenöffentlichkeit und Massenmedien und arbeitet heraus, dass beide in einem Wechselverhältnis stehen, die Gegenöffentlichkeiten können ohne Massenmedien keine grössere Resonanz erreichen, gleichzeitig nutzen Massenmedien alternative Medien als Ideenlieferant und Korrektiv für ihre eigene Arbeit.

Das Buch ist in seinem mittleren Teil im enzyklopädischen Sinne ganz brauchbar, insgesamt leidet es aber unter einem unsäglichen soziologischen Stil, der die Lektüre zur wirklich harten Arbeit macht. Wimmer will zwar systematisieren und vergleichen, dies erschließt sich dem Leser und der Leserin aber leider nicht, seine andauernden Querverweise (a la »vgl. ausführlich Kapitel 3.5.2.«) und die stellenweise ausufernde Nennung von Literatur im Fließtext helfen da auch nicht weiter, stören eher. Hier liegt ein weiteres Werk aus dem universitären Zirkus vor, dessen Lektüre sich Menschen außerhalb der Kommunikationswissenschaft und Mediensoziologie im Grunde sparen können.●

Bernd Hüttner

Wimmer, Jeffrey : (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsfelds; VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, 297 S., 34,90 EUR

Neue Wege der Sexualität

»Sexualität birgt in sich eine wunderbare Kraft. Sie kann helfen, unser Leben schöner zu machen. Sexualität kann unser Leben glücklicher machen. Wir müssen uns aber auch um sie kümmern und sie pflegen. Sexualität ist eine Möglichkeit, anderen Menschen zu begegnen. Sie kann Menschen verbinden. Viele Menschen haben Probleme mit Sexualität, so zum Beispiel: Sie wünschen sich eine Partnerin oder einen Partner, um Sex erleben zu können, aber sie finden niemanden, oder die Beziehung hält nicht lange – sie haben noch keine Erfahrung mit Sex und haben Angst, sich zu blamieren. Sie wissen nicht genau, was sie sich beim Sex wünschen – oder sie trauen sich nicht, es zu sagen. Sie wollen ganz besonders toll sein beim Sex und machen sich damit Druck – und dann geht gar nichts mehr. Manche Menschen glauben, Sexualität mache nur Probleme, besonders für Behinderte, und gerade so entstehen Probleme.

Im Institut zur Selbst-Bestimmung Behinderter (ISBB) kommen behinderte Menschen zusammen und wollen ihre eigene Sexualität finden und reicher machen. Sie können dabei ein Stück ihres Weges mit uns, den Sexualbegleiterinnen und Sexualbegleitern zusammen gehen. Sie wollen so wichtige Erfahrungen machen. Diese Erfahrungen helfen ihnen, in ihrem Alltag mehr Sexualität und vielleicht bessere Partnerschaften zu leben.« (www.sexualbegleitung.org)

Wie begegne ich dem Büchlein »Hautnah« von Lothar Sandfort, Diplom-Psychologe, das bei AG SPAK Bücher erschienen ist? Die erweiterte Neuauflage gibt mir die Gelegenheit. Sexualität ist ja schon beim Nicht-Behinderten ein schwieriges Thema (siehe oben), was es mir nicht leicht macht, über das Buch zu schreiben.

Doch es nähert sich behutsam dem Thema Liebe und Sexualität, dem Sex. Der Auszug oben über die SexualbegleiterInnen zeigt das ja: Der Text könnte sich ja auch an Nicht-Behinderte richten, doch ist der Sex bei uns Nicht-Behinderten vielleicht ein Persönlichkeitsproblem, bei Behinderten ist sie neben der Partnerschaft die Gretchenfrage zu Emanzipation.

»Viele von uns Behinderten leben so, als seien sie ganz normal. Sie schießen sogar über das Ziel hinaus. Weil alle Welt glaubt, unser Leben sei voller Probleme, leben sie als Gegenbild die permanente Fröhlichkeit. Bis sie in die Verlegenheit kommen, die Bettdecke aufschlagen zu müssen. An Sexualität und Partnerschaft bricht für uns Behinderte jeder Täuschungsversuch, jede Vertuschungsbemühung, jede Integrationsmär. Wenn mitten in die schönste Romantik der Satz bricht: »Aber deine Behinderung macht mir gar nichts aus«, dann sind wir definiert – und das ist gut so. Endlich kommen unsere Wirklichkeit und die der Konsensrealität zusammen. Endlich hört der harte Verleugnungskrampf auf und wir können beginnen, uns zu befreien.« (Hautnah, S. 15) Damit und mit diesem Thema verlässt Sandfort die altbekannten Wege des Umgangs mit Behinderten, aber auch das noch vielfach vorkommende Selbstverständnis mancher Behinderten. Sandfort schafft es, ein selbstverständliches Bild von Behinderten zu zeichnen.

Das Schöne an dem Buch ist, das Lothar Sandfort von sich spricht und das sehr offen und selbstkritisch tut. Mitleid ist hemmend, normalsein-wollend ebenfalls, und er erzählt ohne Tabus von der Sexualität Behinderter. Er berichtet von seiner Sexualberatung, von »Amelos«, Kindern als Assistenz, von Body-painting, Erotik-Workshops und der Ausbildung zur Sexualbegleitung. Von Liebe in Einrichtungen und Sexualität im Dienstverhältnis, von der Liebe und dem Verlust.

Folgerichtig lehnt er Sex auf Krankenschein ab, da in dem Fall die Sexualität Behinderter eine Krankheit wäre, aber Sexualbegleitung ist keine Behandlung, Sexualbegleitung verschafft Lust und hilft bei der Persönlichkeitsentwicklung.

Ein Buch aus dem Liebe, Zärtlichkeit und die Lust am Sex spricht.●

Dieter Koschek

Der Autor Lothar Sandfort ist Psychologe, querschnittgelähmt und Leiter des Institut für Selbst-Bestimmung Behinderter in Trebel. Siehe auch im Internet:
www.peercity.de

Lothar Sandfort: Hautnah – Neue Wege der Sexualität behinderter Menschen. AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2. aktualisierte Auflage 2007, ISBN 978-3-930830-30-5, 149 S.

Masse Mensch

Gibt es eine europäische Identität? »Der Wissenschaft erwachse ... die Aufgabe, den europäischen Integrationsprozess durch die 'Konstruktion einer europäischen Meistererzählung' zu rechtfertigen«, ist in dem beeindruckenden Buch über das »Wir – sprachlich behauptet, ästhetisch inszeniert« zu lesen. Dort wird nicht nur die künstliche Produktion eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls seziert, sondern die Masse als Summe der Einzelnen, in denen diese Einzelnen mit ihren Eigenarten und Unterschieden völlig untergehen in dem Brei der kollektiven Identität, wird an vielen Beispielen durchleuchtet und hinterfragt.

Das fängt bei historischen Betrachtungen, den Tricks vor 100 Jahren an, findet seinen Schwerpunkt aber in den Identitätskonstruktionen von heute – vom Kopftuchstreit über die Beleidigungsfähigkeit des Kollektivsubjekts bis zu identitätsstiftenden Ritualen der neuesten Zeit reichen die Kapitel.

Als Grundlage für die Kritik der prägenden Gesellschaftsformationen auf dem Globus bietet das Buch seitenweise Anregungen. Denn ob Gott, Volk oder Schicksalsgemeinschaft – alle Gesellschaften fußen auf kollektiven Identitäten, denen der autonome Mensch ein natürlicher Feind ist und deshalb unterworfen werden muss.●

Jörg Bergstedt

Andrea Jäger/Gerd Antos/Malcolm H. Dunn: Masse Mensch. 2006, Mitteldeutscher Verlag Halle, 344 S., 20 EUR

Handbuch: Aktivierende Befragung

Aktivierende Befragung ist eine Methode, die in der Gemeinwesensarbeit entwickelt wurde. Die Bürgerinnen und Bürger eines Wohngebiets oder Stadtteils werden nicht nur nach ihren Meinungen und Einstellungen befragt, sondern gleichzeitig dazu angeregt und ermutigt, aktiv zu werden, für ihre Interessen einzutreten und bei der Lösung von Problemen im Gemeinwesen mitzuwirken. Die erfolgreiche Arbeitshilfe erschien nun in der 2. Auflage.

Aktivierende Befragung ist kommunikatives Handeln und unterscheidet sich damit von anderen Umfrageformen, die ausschließlich der Datenerhebung dienen. Sie ist ein Beitrag zur Demokratieentwicklung von unten, weil sie sich vor allem an jene Gruppen richtet, die bei anderen Beteiligungsprozessen zu kurz kommen oder nicht beachtet werden. Sie ist aufsuchende Arbeit und setzt an der Lebenswelt der Menschen an.

Maria Lüttringhaus und Hille Richers, die über langjährige Erfahrung in der Praxis der Gemeinwesenarbeit verfügen, werfen zunächst einen Blick auf die Entstehung der Methode. Nach einer Diskussion ihrer Möglichkeiten und Grenzen geben die Autorinnen Einblick in die Methodenkasten mit zahlreichen Tipps und Anregungen für die Durchführung. Die vielfältigen Praxisbeispiele und Erfahrungsberichte decken ein breites Spektrum ab. Im Anhang finden sich umfangreiche Arbeitsmaterialien, Literaturhinweise und Internettipps.●

Aus: mitarbeiten 02/07

Maria Lüttringhaus/Hille Richers: Handbuch Aktivierende Befragung, Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 29 – Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2007 (2. Auflage), 244 S., ISBN 978-3-928053-82-2, 10 EUR

Die Bauern-Internationale

Vom »Bauernsterben« ist in Europa schon seit langem die Rede. Es gibt sie aber noch, die Bauern – auch wenn die Landwirtschaftspolitik ihnen das Leben immer schwerer macht. Es gibt sie vor allem weltweit: Sie bilden nämlich fast die Hälfte der Menschheit und ernähren auch die andere Hälfte.

Dieses Buch rekapituliert die Geschichte der Landwirtschaft in ihren großen Zügen und zeigt, wie Bauern überall auf der Welt Garanten für Werte wie Solidarität und ökologisches Gleichgewicht gewesen sind. Angesichts der sozialen und ökologischen Verwüstungen, welche die Industrialisierung der Landwirtschaft inzwischen angerichtet hat, bildet sich heute wieder vermehrt das Bewusstsein für die Verantwortung heraus, die Bauern sowohl als Produzenten der Lebensmittel wie auch als Hüter des ökologischen Gleichgewichts haben. Eine neue, selbstbewusste Bauernschaft vernetzt sich heute global im Bemühen um eine lebensgerechtere Welt.

Dies ist auch die Geschichte von Via campesina, der immer stärker werdenden »Bauern-Internationale«, der u.a. zahlreiche europäische Bauernorganisationen und weltweit über 200 Millionen Bauern und Bäuerinnen angehören.

Silvia Pérez-Vitoria ist Soziologin und Dokumentarfilmerin. Mitarbeiterin des Ecologiste (französische Version von The Ecologist). Sie hat Dokumentarfilme über Bauern in den USA, in Frankreich, Spanien, Mexiko, Eritrea, Bolivien und Nicaragua gedreht. Herausgeberin von Défaire le développement, refaire le monde (Lyon 2003).●

diego

Perez-Vitoria, Silvia: Bauern für die Zukunft. Auf dem Weg zu einer globalen Bewegung. 22 EUR / ca. 34 SFr, ISBN/ISSN: 3-85869-342-1. Rotpunktverlag Zürich

Berichterstattung der G8-Proteste 2007 auf DVD

Während der Proteste, Demonstrationen und Blockaden um Heiligendamm und Rostock versorgte die Videoplattform G8-TV eine breite Gegenöffentlichkeit mit aktueller Berichterstattung. Weltweit verfolgten Menschen die live oder zeitnah ausgestrahlten Sendungen. Eine Auswahl der Videoclips wird nun auf DVD veröffentlicht.

Bereits im Vorfeld der Proteste gegen den G8-Gipfel hatte sich das *Netzwerk Videoaktivismus*, bestehend aus meist deutschsprachigen Einzelpersonen und Videokollektiven, den Aufbau einer Videoplattform als temporären Schwerpunkt gesetzt. Die so entstandene Internetplattform G8-TV (http://g8-tv.org/) wurde von VideoaktivistInnen aus der ganzen Welt genutzt, die an die Ostsee gekommen waren, um von den Protesten zu berichten. So wurden Themen und Positionen ins Licht gerückt, denen sonst in Massenmedien kein Platz eingeräumt wird.

Während der Protestwoche vom 2. bis 8. Juni 2007 konnte G8-TV etwa 40.000 BesucherInnen pro Tag verzeichnen. Neben Video-Direktzugriff und einer täglichen Live-Sendung konnten die Clips und Sendung auch heruntergeladen werden. Die nun erscheinende Doppel-DVD enthält eine Auswahl der Clips in DVD-Qualität sowie eine Daten-DVD mit der gesamten Clipsammlung von G8-TV in geringerer Auflösung. Die Videos sind in bis zu sieben Sprachen (engl., frz., span., ital., port, ndl., russ.) untertitelt.

Bei Bestellung einer Doppel-DVD wird eine Spende von mindestens 8 EUR empfohlen (die Versandkosten betragen 2 EUR). Spenden bitte als Bargeld und Briefmarken im Briefumschlag mit Angabe einer Versandadresse an:
Netzwerk Videoaktivismus, Postfach 1925, D-49009 Osnabrück
oder auf folgendes Konto überweisen:
Empfänger: Netzwerk Selbsthilfe e.V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Kto-Nr. 3029803, **Stichwort:** indymedia videoactivists●

Sabine Hütten

Links:
http://g8-tv.org/
www.videoactivism.de

PROJEKTE

Das Kommunespiel:
Für Gruppen und interessierte Leute spiele ich mit Euch das Kommunespiel: »**Wir gründen eine Kommune!**«.
Unterkunft bei uns im Seminar- und Ferienhaus. Jeweils von Freitagabend bis Sonntagmittag. Kostenbeitrag: 70 Euro / Person.
Informationsmaterial bitte anfordern.
Uwe von der Kommune Olgashof
Seminar- und Ferienhaus Olgashof,
D-23966 Olgashof, Haus 1
☎(0 38 41) 36 08 81, Fax: 79 33 38

Gemeinschaftsprojekt in Gründung
sucht Menschen mit Ideen und Initiative zur Besiedelung eines parkartigen Geländes Nähe Kassel mit Gewächshäusern.
☎(0 55 93) 802 91 02
Info: www.gut-im-fluss.de

In unserer Kommune in Kassel ist wieder Platz für engagierte, aktive, interessierte und interessante Mitmenschen, die Lust haben, sich auf eine 30-köpfige Gruppe, deren Lebensalltag(lichkeit)en und Zukunftsvisionen einzulassen und sich darin einen eigenen Platz zu gestalten.
Schreib uns doch eine Mail, wenn Du Interesse hast, uns kennenzulernen:
info@gemeinsam-leben-eg.de
www.villa-locomuna.de
☎(05 61) 920 09 49 25

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

www.jungewelt.de

... den Hammer schmieden

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail:** info@abfallgut.de; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de, **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, **E-Mail:** contraste@t-online.de; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 **Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK:** 68167 **Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13, **E-Mail:** nrschindler@aol.com; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 13359 **Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail:** finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten:** 35447 **Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, **Fax 90 32 85, E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag**, 35447 **Reiskirchen-Saasen**, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Verkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 14.-16.12.2007
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

GENOSSENSCHAFTEN

Wohnen solidarisch gestalten
Ein Seminar rund um Genossenschaften
Unkonventionelle Lebensstile brauchen alternative Wohn- und Lebensstrukturen. Doch wie kann man ein vom Wohnungsmarkt abgekoppeltes Leben verwirklichen, bei dem Entscheidungen gemeinsam getroffen werden und der soziale Status nicht entscheidend ist für die Teilhabe? Wer auf der Suche nach einer Form der Sozialorganisation ist, die möglichst vielen offen steht und solidarisches Handeln in den Vordergrund stellt, ist bei diesem Seminar richtig.
Im Rahmen dieses Wochenendseminars lernen die Teilnehmer die grundlegenden Prinzipien der Genossenschaftsidee kennen. Es werden die formalen Grundlagen erläutert, die für eine Genossenschaftsgründung wichtig sind und verschiedene Genossenschaftsmodelle vorgestellt. Fokus wird dabei auf die Wohngenossenschaft gelegt und diese auf ihr Potential hin geprüft, alternative und solidarische Wohn- und Lebensgemeinschaften zu ermöglichen.
Referent: Christian Sternberg aus Hamburg beschäftigt sich seit Jahren mit der Genossenschaftsthematik und ist Vorstandsmitglied in einer Genossenschaft.
Termin: 7. bis 9.12.2007
Ort: Lohra /Hessen
Information & Anmeldung:
info@motives-verein.de

UMSONSTLÄDEN

Gib und Nimm 2007
Treffen von Umsonstläden und anderen Projekten selbstbestimmten Wirtschaftens
»Wie können wir aus Umsonstläden und ähnlichen Projekten einen Erfahrungsraum entwickeln für nicht-kommerzielles, waren- und herrschaftskritisches Wirtschaften und sich selbst befreiendes Leben?«
Während der letzten drei Jahre hat der Kontakt zwischen den Umsonstläden eher abgenommen... Versinken die Einzelnen und die Initiativen im stressigen Alltag einer meist gut besuchten »Dinge-Verteil-Station« ??
Gibt es noch, oder wieder ein Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch? Was wollt ihr aus eurem Umsonstladen, aus eurem Projekt machen? Gibt es Ansätze bei euch, sich gegenseitig den Alltag solidarisch zu erleichtern? Was setzt ihr dem (wachsenden?) Druck der Erwerbsarbeit entgegen? Vielleicht habt ihr ganz andere Fragen?!
Jedenfalls laden wir (Aktive aus Hamburg und Berlin) euch recht herzlich zu einem 3. Umsonstläden-Treffen mit anderen ähnlichen Projekten ein:
Kommt vom **Do, den 29.11. bis So, 2.12.2007** nach Berlin! (wieder im Bereich der »Offenen Uni Berlin«)
Diesmal haben wir etwas länger Zeit für das Treffen vorgeschlagen, damit wir uns besser kennen lernen können und damit die Arbeitsgruppen in Ruhe zu Ergebnissen kommen. Berufstätige können gerne noch am Freitag oder Sonnabend hinzukommen.
Kontakt:
geschenkoekonomie@web.de

ANARCHISMUS

Vom Zorn und von der Freiheit
»Anarchie!«, das deutschsprachige Standardwerk über den Anarchismus von Horst Stowasser, ist im März 2007 erschienen und stand bereits im Juni auf Platz 1 der deutschen Sachbuchbestenliste - inzwischen liegt es in zweiter, korrigierter Auflage vor. In einer Mischung aus Lesung und Plauderei wird der Autor das Buch vorstellen und die Zuhörerschaft in die faszinierende Welt der anarchistischen Ideen entführen, von ihren Experimenten und Visionen berichten, ebenso wie von ihren Triumphen, Niederlagen und neuesten Projekten. In der anschließenden Diskussion soll der Versuch unternommen werden, auf die Frage »Was ist eigentlich Anarchie?« eine oder auch mehrere Antworten zu finden. (Referat mit Diskussion) (Eintritt frei)
Termin: 19.11.2007, 19 Uhr
Veranstaltungsort:
Haus der Demokratie, Saal im 2. Hof (EG) Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

WORKSHOP

»..und was machst du so?
Leben mit der Doktrin der Erwerbsarbeit«
Der Workshop bietet eine gemeinsame Auseinandersetzung zum Thema Arbeit und zu eigenen und gesellschaftlichen Vorstellungen von Arbeit an. Themen, wie Fremd- und Selbstbestimmung und Ideen für alternative Arbeits- und Lebensentwürfe, wollen wir uns mit Methoden wie Statuentheater, Bildern, Biographien etc. nähern.
Termin: 23.-25.11.2007
Mehr Informationen gibt es im Flyer:
http://home.arcor.de/danijela_cenan/

KONGRESS

No way out?
Der ...ums Ganze Kongress
Die Lage ist unübersichtlich, eine einfache Lösung nicht in Sicht:
Nicht erst seit dem G8-Gipfel in Heiligendamm ist die Linke an der Frage einer grundsätzlichen Gesellschaftsanalyse und der daraus resultierenden Praxis gespalten. Die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Ansätzen, sieht man einmal von internen Streitigkeiten und überflüssigem Szeneklüngel ab, liegen nicht zuletzt darin begründet, dass das grundsätzliche Ziel – die Überwindung des Kapitalismus – noch lange nichts über das Verständnis dieser Gesellschaftsformation aussagt. Dementsprechend kontrovers werden aus verschiedenen Spektren auch die Möglichkeiten für eine emanzipatorische Praxis gesehen. Sowohl die Bestimmung der politischen Subjekte, als auch die Bezugnahme auf soziale Kämpfe sind das Ergebnis der Einschätzung gesellschaftlicher Strukturen, Prozesse, Kräfteverhältnisse und Perspektiven. Gerade an der Frage, wo mögliche Anknüpfungspunkte für emanzipatorische Politik in gesellschaftlichen Konflikten bestehen, gehen die Meinungen weit auseinander. Im Hinblick auf die Frage, wie künftige Organisationsmöglichkeiten aussehen können, ist eine grundsätzliche Diskussion über Strategien und Konzepte daher mehr als überfällig. Im Zentrum dieser Diskussion steht für uns die Frage, wie eine theoretische Gesellschaftsanalyse die Verhältnisse angemessen beschreiben – und wie mit dieser Analyse die Überwindung des Kapitalismus in Angriff genommen werden kann.
Termin: 7.-9.12.2007, Frankfurt/Main
Näheres:
http://umsganze.blogsport.de/
ums-ganze-kongress-no-way-out

JUBILÄUM

Wem gehört das Internet?
20 Jahre Vernetzung von unten: Vordenker aus Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Neuen Sozialen Bewegungen waren die ersten, die sich mit den Neuen Medien nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch beschäftigten. Anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums des CL-Netzes entwickelt der Kongress Visionen über die aktuellen Hypes hinaus. Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Deutsche Journalisten-Union/verdi, Kommunikation und Neue Medien e.V., das Bayerische Seminar für Politik, Link-M und die Journalistenakademie laden am **16. und 17. November 2007** ein ins DGB-Haus München.
Den Freitagabend eröffnet Sebastian von Bomhard mit der Keynote »Wem gehört das Internet?«. Im Anschluss diskutieren Experten (Rena Tangens, padeluun, Udo Schacht-Wiegand, Gabriele Hooffakker u.a.). Am Samstag gibt es vier Panels zu den Themen Partizipation & Politik, Gesellschaft & Globalisierung, Technik & Geschichte, Journalismus & Kommunikationswissenschaft.
Ein Tagungsband mit den Kongressbeiträgen erscheint Anfang 2008.
Am Samstag Abend ab 19 Uhr feiert Link-M das 20-jährige Bestehen mit einer großen Party.
Programm & Anmeldung auf:
www.wem-gehoert-das-internet.de

BUCHMESSE

12. Linke Literaturmesse
14.-16. Dezember, Nürnberg, K4 (Königstr. 93)
Verkaufsmesse veranstaltet von metroproletan – archiv & Bibliothek und Gostenhofer Literatur- und Kulturverein Libresso. Eintritt frei. Buchvorstellungen, Lesungen, Diskussionen gegen den kapitalistischen Mainstream.
www.linke-literaturmesse.org

JUNGE LINKE

Über Armut und Reichtum
Wochenendseminar zur Kapitalismuskritik
(Drohende) Arbeitslosigkeit, ein Arbeitsplatz, an dem man einiges an körperlichem und psychischem Stress auszuhalten hat, und eine Freizeit, in der man zu fertig ist oder zu wenig Geld hat, um sie für sich zu nutzen; dies alles sind Sachen, mit denen die meisten Menschen irgendwann mal Bekanntschaft machen. Warum gibt es neben dem Reichtum in den kapitalistischen Gesellschaften soviel Armut? Im Gegensatz zu manch anderen »Kapitalismuskritikern« meinen wir, dass all das nicht von Managementfehlern oder Heuschrecken mit schlechten moralischen Grundsätzen herrührt, sondern dass es die notwendigen Resultate einer Produktion für den Markt sind. Bei der fortschreitenden Technik springt für die Leute, die mit ihrem Einkommen kalkulieren müssen, wenig heraus.
Viele werden entlassen und diejenigen, die noch dabei sein dürfen, werden noch härter ran genommen – die teuere Maschinerie muss sich ja rentieren. Zusehend, wie alles bei gleichem Aufwand in größeren Massen hergestellt werden kann, sollen heute die Lohnabhängigen endlich einsehen, dass ihr Lohn ständig zu hoch ist für das Glück, beschäftigt zu sein. Trotz des rasanten Fortschritts in der Produktion heißt es, dass man sich bestimmte Sachen, z.B. in der Gesundheitsversorgung, einfach nicht mehr leisten könne.
Manche meinen, dass der Staat den freien Markt zügeln müsse, damit alles besser wird. Auf dem Seminar wollen wir deshalb über die ökonomischen Fragen hinaus diskutieren, warum der angeblich rettende Einsatz des Staates für die Bedürftigen in dieser Gesellschaft immer so dürftig ausfällt. Nicht der Mangel, sondern der Überfluss ist einigen Kapitalismuskritikern in der Linken ein Dorn im Auge. Konsumterror, Werbung, Image, kurz die »Konsumgesellschaft« ist für sie das zentrale Problem. Was die Unterscheidung von »eigentlichen« und »künstlichen/fremden« Bedürfnissen bringt, wird ein weiterer Diskussionspunkt auf dem Seminar sein.
Termin: 16.-18.11.2007, Hannover

Übers Ja sagen zu diesem Land
Wochenendseminar zur (neuen) deutschen Integrationspolitik
Mittlerweile ist es parteiübergreifender Konsens, dass »Deutschland ein Einwanderungsland« sei. Die Kanzlerin hat Integration zur Chefsache erklärt und lobt den Integrationsgipfel im Sommer letzten Jahres als ein »fast historisches Ereignis«. Parteifreund und Bundesinnenminister Schäuble wiederum lädt Vertreter des muslimischen Glaubens zu einer Konferenz, weil »der Islam ein Teil unseres Landes ist«.
Doch nicht jede Äußerung, die ausländische MitbürgerInnen betreffen, fällt so anerkennend aus. Demnach machen sich Parallelgesellschaften in Deutschlands Städten breit, das Projekt Multikulti wird für gescheitert befunden und scheinbar angepasste Araber deponieren Bomben in deutschen Zügen. Neue Wege in der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik stehen also nicht für eine Abkehr vom grundsätzlichen Misstrauen gegenüber all jenen, die keinen stolzen Greif auf ihrem Pass präsentieren können.
Von diesem Standpunkt aus wird Integration dann auch betrieben: Integrationskurse, Sprach- und Wissenstests sollen eines sicherstellen: das ultimative Bekenntnis zum deutschen Arbeitsmarkt, zur deutschen Verfassung und zur deutschen Kultur.
Damit ist die Sache aber noch nicht gegessen. Aus verschiedenen Ecken sind kritische Fragen zu hören: Wer stellt denn sicher, dass das Ja zu Deutschland am Ende nicht bloß Heuchelei ist? Was hat das Wissen um deutsche Flüsse und Mittelgebirge mit unserer tollen Verfassung zu tun? Wie viel an Zwang und Strafandrohung darf man den zu Integrierenden zumuten?
Wir wollen mit Euch die Gemeinsamkeiten dieser verschiedenen Standpunkte in der Politik, den Medien, NGOs und dem »kleinen Menschen von der Straße« herausarbeiten, diskutieren und kritisieren.
Termin: 30.11.-2.12.2007, Berlin
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
hannover@junge-linke.de
www.junge-linke.de

STIFTUNG MITARBEIT

Fundraising
Wie komme ich an Stiftungsgelder?
Wie finde ich die zu mir oder meiner Idee passende Stiftung? Um diese Frage zu beantworten, vermittelt das Seminar Einblicke in die Stiftungslandschaft und die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten durch Stiftungen. Die Teilnehmer/innen erhalten nützliche Tipps von der Recherche geeigneter Einrichtungen bis zur erfolgreichen Antragsstellung. Das Seminar wendet sich an Projektträger, Engagierte und an Vertreter von Initiativen und Vereinen.
Termin: 23.-24.11.07 in Köln
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 6 04 24-0, Fax 6 04 24-22
anmeldung@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

MEDIEN

Radiotechnik
für die Öffentlichkeitsarbeit
Von Radioformaten über Produktion bis Podcast
Sie wollen das Webangebot ihres Verbandes um Audiobeiträge ergänzen? Sie möchten ihre Arbeit für junge Radiosender interessant machen? Sie wollen verstehen, wie sich junges Radio von Programmen wie etwa dem Deutschland-Radio unterscheidet und warum dem so ist? Sie wollen wissen, wie sie die Podcast-Technik für ihre Arbeit nutzen können? Erleben sie es! Die PNJ-Radiowerkstatt macht Radio zum Anfassen. Zum vierten Mal laden wir Verbandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, Journalistinnen und Journalisten ein, ihre publizistischen Erfahrungen um die Grundlagen des Radio-Journalismus zu ergänzen: Welche Themen sind potentiell interessant und spannend? Welche Themen passen zu welchen Radioformaten und werden formatgerecht verarbeitet? Wie gehe ich ein Thema im Radio jugendgerecht an? An einem Wochenende lernen sie Schreibtechniken für Radiobeiträge und typische stilistische Formen des Radios kennen. Dazu kommen grundlegende Hinweise und Tipps zum Umgang mit Aufnahmegeräten, digitaler Audioschnitt-Software und Podcast-Technik. Am Ende des Seminars werden sendbare Radiobeiträge entstanden sein.
Zwei junge Rundfunkprofis führen durch das Seminar, das sich vor allem an ehrenamtlich tätige Presse- und Öffentlichkeitsarbeiter in Jugendverbänden sowie an Journalisten mit Themenschwerpunkt »Jugend« richtet.
Termin: 30.11.-2.12.2007, Berlin
Information & Anmeldung:
Pressenetzwerk für Jugendthemen e.V. (PNJ), Jörg Wild, Beethovenstr. 38a, D-53115 Bonn
☎(02 28) 21 77 86, Fax: 21 39 84
E-Mail: buero@pressenetzwerk.de
www.pressenetzwerk.de

ÖKODORF

Interspirit. ÖKODORF-Festivals jährlich **28.12.-1.1.** Taunus-Gemeinschaft, **8.-14.8.2008** Gemeinschaft bei Mainz: Begegnung spirituell/ökol./sozialer Gemeinschaften, Gründungsinitiativen & Interessierter.
Info: ÖKODORF-Institut,
Alpenblickstr.12, D-79737 Herrischried
☎(0 77 64) 93 39 99
www.gemeinschaften.de

SYMPOSIUM

ALSO goes WISSENSCHAFT
»Wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert«
Die ALSO Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, eine der ältesten unabhängigen Erwerbsloseninitiativen in Deutschland, wird in diesem Jahr 25 Jahre alt. Seit 1982 bietet sie eine unabhängige und kostenlose Sozialberatung für Erwerbslose und Menschen mit geringen Einkommen an. Sie mischt sich in die Kommunalpolitik und in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Arbeit, Existenzsicherung und Sozialstaat ein.
Zusammen mit der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften und dem Professor Dr. Dirk Lange, lädt die ALSO zu diesem Symposium ein, das sich mit diesem Thema auseinandersetzen soll.
Dabei soll es nicht nur um die Umstrukturierung der Sozialsysteme in den letzten Jahrzehnten mit ihren finanziellen und sozialen Auswirkungen gehen, sondern auch um Veränderungen der demokratischen Kultur, des Gerechtigkeitsbegriffs, der Auffassung von Menschenwürde und gesellschaftlicher Teilhabe, der Transparenz von Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen. Die Frage, wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert, muss nicht nur negativ beantwortet werden. Mehr als zwanzig Jahre Massenerwerbslosigkeit auf der ganzen Welt zeigen, dass ausreichend gesellschaftlicher Reichtum für alle Menschen auf der Welt mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft geschaffen werden kann. So heben Erwerbsloseninitiativen immer wieder die drängenden Fragen einer vernünftigen Organisation und Verteilung von Arbeit und Einkommen auf die Tagesordnung. Und damit ist gleichzeitig die Frage nach Perspektiven und Utopien gestellt. Dass eine Erwerbsloseninitiative ihr 25-jähriges Bestehen zum Anlass für ein wissenschaftliches Symposium nimmt, liegt in der Hoffnung begründet, die Wissenschaft könne ihre gesellschaftliche Verantwortung für die soziale Frage noch engagierter wahrnehmen. So soll das Symposium auch dazu dienen, Kontakte zu knüpfen und eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen sozialen Initiativen und wissenschaftlicher Forschung und Lehre (neu) zu beleben.
30. November 2007, 9 bis 22.30 Uhr
Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg

Kontakt: Michael Bättig
☎(04 41) 920 04 72
mail: baettig@t-online.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg